

Von der Inflation zur Revolte

孫子兵法
Sūnzǐ
Bīngfǎ

#39 - 22. August 2022

Themen in diese Ausgabe:

Von der Inflation zur Revolte

Rostock Lichtenhagen - Die Tage die alles veränderten

Konspiration und Rauschen

**MANIFEST: الشعوب تريد - Einladung zu einem
Internationalismus von unten**

Libanon: Unsere Kräfte

**Die französischen Anarchisten, die es mit finsternen Tech-
Giganten aufnahmen - Machine in Flames**

**Kuba: Anarchistische Überlegungen ein Jahr nach dem 11.
Juli (Interview)**

Zurück zum Leben

**Paris 1973: Die Schlacht im Quartier Latin gegen Bullen
und Faschisten**

Griechenland - Gegen das Vergessen

Manifest der Jugend (Frankreich 2022)

**Konfliktbereite Gewerkschaften unter Beschuss: Der Krieg
der Bosse gegen die sozialen Kämpfe (Italien)**

孫子兵法

Sūnzǐ Bīngfǎ

Von der Inflation zur Revolte



n+1

Den italienische Originalartikel vom 28.6.2022 findet Ihr [hier](#). Sunzi Bingfa

Während der Telefonkonferenz am Dienstag, an der 15 Genossinnen und Genossen teilnahmen, sprachen wir über steigende Lebensmittel- und Kraftstoffpreise, das Wiederaufleben des Proudhonismus und die Merkmale künftiger revolutionärer Bewegungen.

Kürzlich veröffentlichte 'The Economist' zwei Artikel über die sozialen Folgen des Preisanstiegs. Der erste ("[Hungrig und wütend](#)"), eher zusammenfassend, warnt vor der Ankunft einer neuen Welle von Unruhen und Aufständen; die zweite, eine erweiterte Version mit einem aussagekräftigen Titel ("[Von der Inflation zum Aufstand](#)"), beschreibt ausführlicher die Situation der Länder, die am Rande einer sozialen und wirtschaftlichen Krise stehen, und wird von einer Karte begleitet, die die Gebiete der Welt hervorhebt, in denen in den nächsten zwölf Monaten ernsthafte Ausbrüche von Unruhen zu erwarten sind. Um zu dieser Vorhersage zu gelangen, erstellte die britische Wochenzeitung ein statistisches Modell auf der Grundlage von

Daten, die im Rahmen eines globalen Forschungsprojekts über "Unruhen" (ACLED) seit 1997 gesammelt wurden, um den Zusammenhang zwischen Inflation und Unruhen zu bewerten.

Das letzte Mal, dass die Welt einen Lebensmittelpreisschock erlebte, führte zum "Arabischen Frühling", der zu einer Welle von Aufständen und in einigen Fällen zu regelrechten Bürgerkriegen (Syrien und Libyen) führte. Heute steht der wirtschaftliche Schock im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und kündigt eine neue Welle sozialer Unruhen an. Steigende Lebensmittel- und Kraftstoffpreise sind die schlimmste Form der Inflation, so "The Economist", die die Bevölkerung am meisten trifft, vor allem in armen Ländern, die den Kauf von Sekundärgütern aufschieben können, aber nicht darauf verzichten können, zu essen oder Verkehrsmittel zu benutzen, um einzukaufen oder zur Arbeit zu fahren.

Laut einer Studie des IWF befinden sich 41 Länder, in denen 7 % der Weltbevölkerung leben, in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. In Laos besteht die große Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit; die Türkei befindet sich aufgrund einer "unorthodoxen" Währungspolitik und der Blockade von Getreideimporten aus Russland und der Ukraine in einem sehr instabilen Zustand; in Pakistan kommt es nach einem Staatsstreich zu Massenunruhen; in Indien sind Unruhen gegen eine Reform ausgebrochen, durch die Arbeitsplätze abgebaut werden; in Sri Lanka hat eine Landreform das Land verarmt und ausgehungert, und Proteste sind an der Tagesordnung; in Kasachstan bat die Regierung die russischen Streitkräfte um Hilfe bei der Niederschlagung eines Aufstands; in Tunesien, wo der Arabische Frühling 2011 begann und wo die Hälfte der Bevölkerung unter 30 Jahre alt und ein Drittel der jungen Menschen arbeitslos ist, legte ein großer Generalstreik am 16. Juni das Land lahm, an dem sich fast drei Millionen Arbeitnehmer beteiligten. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen und zeigt, wie der globale *Wirtschafts-Sturm* die bestehenden Probleme in einem Land nach dem anderen verschärft hat. Hinzu kommt die Dynamik, dass sozioökonomisch motivierte Unruhen mit einem weiteren Rückgang des Wirtschaftswachstums einhergehen: Unruhen und Aufstände fügen den bereits angeschlagenen Volkswirtschaften noch mehr Schaden zu, führen zu globalen Auswirkungen auf die Investitionen und behindern letztlich das weltweite BIP-Wachstum.

Die Schlussfolgerungen sind klar: Von der Inflation bis zum Aufstand kann der Schritt kurz sein. Die Bourgeoisie gibt die Daten in die Computer ein, lässt sie durchlaufen und entdeckt ein erschreckendes Szenario, in dem die Zahlen das Sagen haben, und erweist sich als weitaus materialistischer als die selbsternannten Marxisten, die sich noch immer mit dem Problem des erwachenden Gewissens herumschlagen.

Einer der interessantesten Aspekte der beiden Artikel ist, dass sie ihre Analyse auf ein mathematisches Modell stützen. Die Schlussfolgerungen sind klar: Von der



Inflation bis zum Aufstand kann der Schritt kurz sein. Die Bourgeoisie gibt die Daten in die Computer ein, lässt sie durchlaufen und entdeckt ein erschreckendes Szenario, in dem die Zahlen das Sagen haben, und erweist sich als weitaus materialistischer als die selbsternannten Marxisten, die sich noch immer mit dem Problem des erwachenden Gewissens herumschlagen. Die beiden Texte erwähnen nicht die innenpolitische Situation in den Vereinigten Staaten und insbesondere nicht die jüngsten Unruhen, die nach der Abschaffung des Rechts auf Abtreibung ausgebrochen sind, aber sie stellen sicherlich auch ein weiteres Element der Instabilität dar.

Angesichts der sich verschärfenden Nahrungsmittelkrise werden von manchen Menschen Lösungen aus dem Gedankengut von Proudhon hervorgekramt. In den letzten Tagen kursierte der Artikel ["Globale Nahrungsmittelkrise, Krieg und Neokolonialismus"](#) auf mehreren Websites der Bewegung. Die Daten über die Nahrungsmittelknappheit sind alarmierend, und der Autor des Papiers ist sich darüber im Klaren, dass diese Situation nicht nur eine Folge des andauernden Krieges ist, der eher ein beschleunigender Faktor ist, sondern das Ergebnis eines umfassenderen und strukturelleren Prozesses, der mit der derzeitigen Produktionsweise zusammenhängt. Doch die Schlussfolgerungen, zu denen er kommt, sind entwaffnend und laden zur Ausarbeitung der [Via Campesina](#) (link d. Ü.) ein: *"Jedes Volk, auch das kleinste, hat das Recht, seine eigene Nahrung zu produzieren. Der Agrarhandel sollte diesem übergeordneten Recht untergeordnet werden. Nur die Überschüsse sollten international gehandelt werden können, und zwar ausschließlich bilateral. Wir sind gegen die WTO und gegen die Monopolisierung des weltweiten Agrarhandels durch multinationale Unternehmen. Wie José Martí sagen würde: Ein Volk, das seine Lebensmittel nicht selbst produzieren kann, ist ein Sklave, es hat nicht die geringste Form von Freiheit. Eine Gesellschaft, die nicht selbst produziert, was sie isst, wird immer von jemand anderem abhängig sein".*

In der heutigen vernetzten Welt lässt der Gedanke an Ernährungssouveränität einen lächeln. Das bringt einen zum Schmunzeln, denn man müsste diese Produktionsweise auf den Kopf stellen, um ein solches Ergebnis zu erzielen, es bräuchte eine Revolution, aber warum sollte man dann nicht daran denken, das derzeitige System von Grund auf zu überwinden? Außerdem wird in dem Artikel die demografische Tatsache nicht berücksichtigt, dass es bei einer Weltbevölkerung von fast acht Milliarden Menschen und angesichts der bereits bestehenden Logistik- und Versorgungsketten, die alles und jeden miteinander verbinden, undenkbar ist, die Frage der Ernährung durch Selbstverwaltung, lokale Produktion und die Gründung kleiner Bauerngemeinschaften zu lösen. Die Frage der Bodenrente, insbesondere die unterschiedliche Bodenrente für landwirtschaftliche Flächen, wird ebenfalls nicht berücksichtigt. Wie wir in dem Artikel ["Grundnahrungsmittel für die Menschheit"](#) geschrieben haben:

"Wir sind nicht für eine Landwirtschaft, die aus kleinen, armseligen Parzellen besteht, auf denen durch Arbeit, Familie und Schulden geschundene Bauern leben. Die Lösung für den Hunger liegt nicht in einer Rückkehr zu archaischen Verhältnissen. Aber der Kapitalismus, der eine enorme industrielle Produktion in jeder einzelnen Produktionseinheit aufweist, hat eine sehr geringe soziale Produktion. In der Landwirtschaft ist er nicht einmal in der Lage, die Größe der Betriebe entsprechend der Bodenbeschaffenheit zu planen, er kann nicht einmal die Menge der von einem Jahr zum nächsten benötigten landwirtschaftlichen Erzeugnisse planen. Die landwirtschaftliche Rente ist eine Verteilung des Mehrwerts, und insbesondere in Krisenzeiten, wenn der Mehrwert knapp wird, müsste der Landwirt ihn selbst produzieren, ohne sich anderweitig umzusehen. Dazu müsste er die Lohnarbeit auf den Feldern ausnutzen, was nur bei großen Flächen und 'extremen', intensiven (Gewächshausgemüse) und extensiven (Getreide, Soja) Anbaumethoden rentabel ist, und was nur durch Investitionen in großem Maßstab, auf großen Flächen und mit Hilfe der biochemischen Wissenschaft zur Steigerung der Produktivität möglich ist."

Diejenigen, die für Ernährungssouveränität eintreten, zielen letztlich auf eine Stärkung der staatlichen und lokalen politischen Strukturen ab, und das, obwohl wir mit einem immer deutlicher werdenden und weitreichenden Zerfall staatlicher Formen konfrontiert sind. Im Extremfall lösen sich Staaten auf und machen Platz für Bandenkriege (siehe Syrien und Libyen), während in Ländern, in denen es noch ein Mindestmaß an Stabilität gibt, der bürgerliche Überbau knarrt und die Risse sich vertiefen. Anachronistischerweise hoffen die Souveränisten, die Staaten gegenüber der überwältigenden Macht der multinationalen Konzerne und der internationalen Finanzwelt zu stärken, indem sie eine Art Proudhon'sche Dezentralisierung auf lokaler Ebene vorschlagen.

In der kürzlich erschienenen Ausgabe des Euronews-Magazins werden die [besorgten Worte des Chefökonom des IWF](#) über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges wiedergegeben, die sich wie seismische Wellen weithin ausbreiten. In dieser Situation wären internationale Gremien, die die Probleme nicht aus einer sektoralen oder nationalen, sondern aus einer globalen Perspektive angehen könnten, am besten geeignet, einzugreifen. Wie wir bereits in den akutesten Phasen der Pandemie gesehen haben, sind sie jedoch machtlos und aufgrund der Markt Anarchie nicht in der Lage, eine Führungsrolle zu übernehmen. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass sich ein Crescendo von Revolten anbahnt, das noch größer ist als das, das mit dem [Arabischen Frühling](#) begann.

In diesen Tagen ist [Ecuador](#) Schauplatz gewalttätiger Mobilisierungen und Streiks, die sogar zu einem versuchten Sturm auf das Parlament geführt haben. Die Aufstände knüpfen an die Aufstände von 2019 an, die sich gegen ein vom IWF

auferlegtes Maßnahmenpaket richteten, das zur Streichung einer Subvention auf den Treibstoffpreis führte. Damals sprach man von der Kommune Quito, weil sich in einigen Vierteln der Hauptstadt echte Gemeinschaften mit Gemeinschaftsküchen und Strukturen der gegenseitigen Hilfe gebildet hatten, die einige Monate bestanden und an das erinnerten, was wir bei Occupy Wall Street gesehen haben. Jetzt geschieht wieder etwas Ähnliches: Der Aufstand, der von den indigenen Gemeinschaften angefacht wurde und an dem sich später auch Studenten und Arbeiter beteiligten, hat nach der Räumung seines Zentrums im Haus der Kultur in Quito an der Universidad Central einen neuen Knotenpunkt geschaffen, der zu ähnlichen Zusammenschlüssen wie 2019 führt. So gibt es wieder Solidaritätsküchen, medizinische Brigaden, Sammelstellen für Grundbedürfnisse usw. Diese Art von Strukturen ist inzwischen zu einer *Invariante* geworden: Angefangen mit dem Zuccotti-Park haben wir sie im Gezi-Park in Istanbul, in Hongkong während der Umbrella-Revolution und anderswo wiedergefunden.

Eine durch steigende Temperaturen ausgelöste Ernährungskrise kann zu Millionen von Toten führen. Was das Problem der Dürre betrifft, so gibt es bereits heute Techniken zur Maximierung der Wassernutzung, die jedoch nicht systematisch eingesetzt werden, da jedes Unternehmen und jeder Staat selbst entscheidet, wie es vorgeht und welche Technologien es einsetzt. Damit kommen wir zum Kern der Sache: Entweder wir ändern das System oder wir versinken im Chaos. Selbst einige Randgruppen der Bourgeoisie haben dies verstanden, man denke nur an die Studie *“Die Grenzen der Entwicklung: Der Bericht”*, die 1972 vom ‘Club of Rome’ beim MIT in Auftrag gegeben wurde, sie schloss mit einem Appell an die Regierungen, die Entwicklung zu stoppen, bevor es zu spät ist.

In diesem Zusammenhang wird es einfacher, sich auf den nicht-fordernden Aspekt der kommenden revolutionären Bewegung zu konzentrieren. In dieser Gesellschaft etwas zu finden, das man beanspruchen und somit retten kann, ist zu einer schwierigen Aufgabe geworden, umso mehr, als sich das Proletariat heute beträchtlich vergrößert hat und neben der Arbeiterklasse die zig Millionen Menschen repräsentiert, die vom Produktionszyklus und der Arbeitswelt vorbehaltlos ausgeschlossen sind. Die Bilder im Internet oder im Fernsehen zeigen uns die Verzweiflung von Hunderten von Menschen in Melilla, die versuchen, den Stacheldraht zu überqueren, der sie von Spanien trennt, oder sie erzählen uns von Migranten, die im Mittelmeer ertrunken sind, in Lastwagen an der Grenze zwischen den USA und Mexiko erstickt sind oder an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland festsitzen. Es handelt sich um die Bewegungen von Millionen von Menschen, die in Zukunft noch zunehmen werden, weil sie mit den Auswirkungen von Kriegen, Dürren und Hungersnöten verbunden sind.

Welche Rolle können Kultur und Wissen für den sozialen Wandel spielen?

Die "italienische kommunistische Linke" (SCi) war der Ansicht, dass das Problem

nicht so sehr im Mangel an Kultur liegt, sondern in der Tatsache, dass den Proletariern zu viel bürgerliche Kultur eingepflegt wurde. Und sie sagte auch, dass die Massen instinktiv zu bestimmten Schlussfolgerungen kommen, ohne die Texte von Marx oder Lenin gelesen zu haben. Wäre dies nicht der Fall, müsste man die Ärmel hochkrempeln und sich im Bildungsbereich engagieren, vielleicht Schulen oder Vereine eröffnen, in denen proletarische Kultur gelehrt wird. In der ["Skizze der Herangehensweise"](#) (1946) heißt es: *"Die Revolutionäre (und wir werden den vorläufigen Begriff der Anti-Formalisten übernehmen) sind die Bewegungen, die den Angriff auf die alten Formen proklamieren und durchführen, und noch bevor sie die Merkmale der neuen Ordnung zu theoretisieren wissen, neigen sie dazu, die alte zu zerschlagen und die unwiderstehliche Geburt neuer Formen zu provozieren"*. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Zukunft offen: Es könnten sich Bewegungen bilden, die sich nicht direkt auf Marx oder die Arbeit des SCi beziehen. Verweise auf die amerikanische Arbeitergeschichte und die Pariser Kommune tauchten aus der Magma von Occupy Wall Street (OWS) auf, aber man kann nicht sagen, dass OWS eine marxistische Bewegung war: Sie hatte völlig neue Aspekte, mit Stärken und Grenzen gleichermaßen. Die Entwicklung von Bewegungen ohne die Merkmale oder die Ästhetik der früheren Bewegungen, ohne die mit der Dritten Internationale assoziierte Ikonographie, ist also möglich. Es ist auch nicht auszuschließen, dass in der Hitze des Gefechts die Arbeit des SCi wiederentdeckt wird, für den der Kommunismus keine Ideologie und schon gar nicht auf eine politische Doktrin reduzierbar ist, sondern eine Art Forderung, die sich notwendigerweise durchsetzen muss.



Rostock Lichtenhagen

Die Tage die alles veränderten



Am 22. August 1992 begann das Pogrom von Rostock Lichtenhagen, das vier Tage dauerte und auf dessen Höhepunkt nur durch Zufälle einer Gruppe von einhundert Menschen, die meisten von ihnen ehemaligen DDR Vertragsarbeitern aus Vietnam, die Flucht aus einem brennenden Hochhaus gelang.

Bereits am 23.8. waren etliche organisierte Nazis, darunter viele Führungskader, aus Westdeutschland in Rostock eingetroffen und beteiligten sich an den Angriffen auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST). Aber auch antifaschistische Zusammenhängen waren vor allem aus Berlin und Hamburg angereist um die zahlenmäßig überschaubaren antifaschistischen Rostocker Gruppen zu unterstützen. Am späten Abend gelang es einer größeren Gruppe von Antifas aus der Rostocker Innenstadt fast bis zum Ort des Pogroms vorzustoßen, sie wurde dann aber von den Bullen gestoppt, wobei mehrere Dutzend Antifaschisten festgenommen wurden.

Nachdem die Bewohner der ZAST am 24.8. evakuiert worden war, richteten sich die Angriffe von mehreren tausend Menschen gegen das daneben liegende Wohnheim für die vietnamesischen Vertragsarbeiter. Die Bullen unternahmen wenig, ihre eh sehr überschaubaren Kräfte wurden teilweise weit entfernt vom Brennpunkt der Krawalle eingesetzt. Am 24.8. waren mittlerweile einige hundert Leute vor allem aus Hamburg und Berlin eingetroffen, darunter viele Genoss*innen mit Erfahrungen aus militanten Auseinandersetzungen. Es gelang jedoch den ganzen Abend über nicht, zu einer einem gemeinsamen Handeln zu kommen. Im zentralen Treffpunkt, im Jugendzentrum in der Rostocker Innenstadt, gingen Gruppen rein und andere wieder raus, ständig tagten Plenas, die aber nur wenige Zusammenhänge repräsentierten, die Rostocker waren völlig übermüdet und überfordert, ständig tauchten neue Gerüchte auf, teilweise auch völlig unzutreffende wie das die Nazis vorhätten das Jugendzentrum in der Rostocker Innenstadt anzugreifen, was viele, im Zusammenhang mit fehlenden Ortskenntnissen, dazu brachte, nicht nach Lichtenhagen aufzubrechen. So fuhren immer wieder nur kleine Konvois nach Lichtenhagen, waren aber angesichts von tausenden von Rassisten und Nazis nicht handlungsfähig. Zusammenfassend muss man konstatieren, dass es an diesem Abend bei besserer Koordination vielleicht möglich gewesen wäre, bis zu dem später in Brand gesetzten Wohnheim vorzustoßen. Die Entschlossenheit, dies trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit zu wagen, war bei vielen Genoss*innen vorhanden. So aber kam es nur zu einer symbolischen bundesweiten Demonstration am Wochenende nach dem Pogrom, um die es auch noch viele Konflikte gab, weil die vorbereitenden Gruppen in erster Linie daran interessiert waren, eine "autonome Strafexpedition" in Rostock Lichtenhagen zu verhindern. Der Vorbereitungskreis ging soweit, intern anzukündigen, dass man militante Aktionen in Lichtenhagen mit Gewalt unterbinden würde.

Die Tage von Rostock sorgten im Ausland dafür, dass die Fratze des "hässlichen Deutschen" wieder überdeutlich wahrgenommen wurde, ein Bild, das später unter anderen mit den medial inszenierten "Lichterketten", bei denen Hunderttausende das "bessere Deutschland" repräsentieren sollten, wieder versucht wurde zu korrigieren. Es folgten die Mordanschläge von Mölln und Solingen, die weitgehende Abschaffung des Asylrechts, und eine linksradikale Grundsatzdebatte über das Verhältnis zum mörderischen deutschen Sonderweg.

Wir erinnern am Jahrestag des Beginns des Pogroms von Rostock Lichtenhagen mit einem Buchauszug aus "Begrabt mein Herz am Heinrichplatz" von Sebastian Lotzer, in dem seine subjektiven Erinnerungen an das Geschehen aufgeschrieben hat, sowie der fünf Jahre nach dem Pogrom entstandene "[Blick zurück im Zorn](#)" aus dem Antifa Infoblatt (AIB). Außerdem mit dem 2012 stattgefundenen Gespräch "[Es waren nicht die bleiernen Jahre](#)" mit mehreren Leuten aus Berlin und Rostock, die 1992 vor Ort waren (ebenfalls Antifa Infoblatt), sowie der grundsätzlichen Diskussion "[Von der aufgezwungenen Selbstverteidigung zur Gegenmacht](#)" aus dem "Telegraph", ein Gespräch, dass sich auch im empfehlenswerten Buch "[30 Jahre Antifa in Ostdeutschland](#)" wiederfindet. Sunzi Bingfa

August 1992 (Sebastian Lotzer)

Vor einer Viertelstunde waren sie mit drei Wagen aus Berlin angekommen.

Sie haben immer noch niemand gefunden, der ihnen sagen kann, wie die Situation in Lichtenhagen ist.

Im Fünf Minuten Takt kommen im Jugend Alternativ Zentrum kleine Gruppen an, während andere sich schon wieder auf den Weg, wohin auch immer, machen. Es gibt keinerlei zentrale Koordination. Ständig treffen neue Meldungen ein, aber es ist unmöglich herauszufinden, welche davon stimmten. Die Leute aus Rostock haben sich völlig erschöpft und überfordert in einen Raum zurück gezogen und wehren alle Versuche von Paul ab, ihnen genauere Infos zu geben.

Gestern war es einer größeren Gruppe, darunter Leute aus Hamburg und Berlin, gelungen, bis fast zu dem belagerten Sonnenblumenhaus vorzudringen. Die ersten Faschos hatten schon die Beine in die Hand genommen, aber dann waren die Bullen dazwischen gegangen und hatten viele Antifas verprügelt und festgenommen. Daraufhin waren viele Auswärtige erst einmal wieder frustriert nach Hause gefahren.

Nach einer halben Stunde quälend unnützer Warterei treffen ein weitere bekannte Gesichter aus Berlin im JAZ ein. Die Genossen sind schon bei dem gestrigen Vorstoß dabei gewesen und gehören zu den wenigen, die in Rostock geblieben sind. Gemeinsam zieht man sich in einen leeren Raum zurück, um sich zu beratschlagen. Während die Genossen ihnen noch vom gestrigen Abend berichteten, kommt eine Frau in den Raum gestürzt. Es gibt angeblich gesicherte Meldungen, dass der Mob aus Nazis und Anwohnern Molotows in das Wohnheim der Vietnamesen wirft, eine Etage soll in Flammen stehen. Allen ist klar, dass sie jetzt sofort etwas unternehmen müssen. Gemeinsam mit einer größeren Gruppe in Richtung Lichtenhagen loszuziehen, erscheint angesichts der chaotischen Situation im JAZ völlig unrealistisch. Grimmig entschlossen wird der Beschluss gefasst, mit den sechs Berliner Wagen gemeinsam nach Lichtenhagen zu fahren. Sie schnappen sich einen Einheimischen und lassen sich auf einer Karte die örtlichen Gegebenheiten erklären. Dann brechen sie auf. Während der Fahrt wird kaum ein Wort gesprochen. Paul wird jetzt klar, dass er mit ganz anderen Vorstellungen angereist war. Er hatte gehofft, dass sich angesichts der bestürzenden Bilder, die im Fernsehen versendet wurden, wesentlich mehr Leute auf den Weg nach Rostock gemacht hätten. Aber offensichtlich ist das nicht der Fall. Sie sind nur einige hundert Leute, die bereit sind, sich dem Pack entgegenzustellen. Und sie sind nicht in der Lage, ihr Vorgehen gemeinsam zu organisieren. Paul hat Angst. Das heute ist ein einziger Albtraum. Sechs Autos, nicht einmal dreißig Leute, was können sie da schon ausrichten? Aber sie können ja nicht einfach im JAZ herumsitzen, während ein Haus voller Menschen vom Pack angesteckt wird.

Sie erreichen Lichtenhagen und parken ihre Wagen am Saum des Neubaugebietes an einer Stelle, die schlecht beleuchtet ist. Sie sind zu wenige, um Leute für den Schutz der Fahrzeuge abzustellen. So können sie nur hoffen, ihre Fahrzeuge mit den Berliner Kennzeichen bei ihrer Rückkehr noch heil vorzufinden. Die Helme werden sie im Auto lassen müssen. Ebenso die langen Holzknüppel. Damit würden sie sofort auffallen. Ihnen bleibt nur das CS Gas und das, was sich sonst noch unter

die Jacken stecken lässt. Vielleicht befindet sich darunter auch das eine oder andere Messer. Für den äußersten Notfall. Paul will es lieber gar nicht so genau wissen. Sie setzen sich in Bewegung, möglichst unauffällig in Zweier- und – Dreiergruppen. Die Straßen werden belebter, je weiter sie in die Richtung vordringen, in der das Wohnheim der Vietnamesen liegen muss. Ihnen begegnen keine offensichtlichen Nazis, nur der ganz normalen Querschnitt der Bewohner einer ehemaligen DDR Plattensiedlung. Die Stimmung bei den Leuten auf der Straße ist ausgelassen. Man hat den Eindruck, die Menschen kämen von einem Volksfest. Junge und Alte sind unterwegs. Zu zweit, zu dritt, zu viert. Lauthals scherzend. Pärchen, einander im Arm haltend, ein Lächeln im Gesicht. Worüber freuen sie sich, worauf freuen sie sich? Der ultimative Fick, die sexuelle Ekstase, nachdem man die Zigeuner vertrieben und jetzt die Fidschis angezündet hat? Paul hätte jeden Einzelnen packen und verprügeln können.

Zwei Genossen sind als Spähtrupp vorausgegangen. Sie stoßen auf eine Bulleneinheit mit aufgesetzten Helmen, die eine Straße absperrt. Weit weg vom brennenden Haus. Ganz offensichtlich nur dazu da, linke Gegner des Pogroms ausfindig zu machen und aufzuhalten. So wie ein Teil von ihnen angezogen ist, werden sie nicht an den Bullen vorbeikommen. Und selbst wenn sie es schaffen würden, was dann? Was ist möglich mit ihren wenigen Leuten? Unschlüssigkeit macht sich unter ihnen breit, niemand weiß, was sie tun sollen. In dieser Situation, mitten auf der Straße, mit dem Risiko von den Bullen oder dem Mob als Linke identifiziert zu werden, ist es nicht möglich, gemeinsam zu diskutieren. Einige treffen für sich die Entscheidung, sofort umzudrehen und so bleibt auch dem Rest nichts anders übrig, als sich diesem Rückzug anzuschließen. Auf dem Rückweg zerstören einige noch die Scheiben von ein paar geparkten Trabis. Sie erreichen ihre geparkten Autos und es findet sich niemand, der noch in Rostock bleiben will. Auf der Rückfahrt nach Berlin kommt zu erbitterten Diskussionen untereinander über die eingeschlagenen Autoscheiben. All die aufgestaute Ohnmacht, die Ungewissheit über die Situation der vom Mob Eingeschlossenen, die Scham über das eigene Versagen, entladen sich in hasserfüllten verbalen Attacken untereinander.

Paul weiß nicht wohin mit seiner Wut, hilflos tritt er gegen die Tür. Die internen Konflikte sind endgültig eskaliert. Am Samstag ist die Demo in Rostock und es sieht alles einfach nur noch beschissen aus.

Schon nach dem Pogrom Einundneunzig in Hoyerswerda hatte es ja geknallt, waren sie aufeinander losgegangen. Überdeutlich erinnerte er sich an die spannungsgeladene VV im überfüllten Versammlungsraum.

„Kapitulanten“, tobten die Einen, „Macker Militanz“, tönte es aus der anderen Ecke.

Die eigenen Leuten hatte auf der Demo in Hoyerswerda eine Kette vor den Bullen gebildet, um zu verhindern, dass Steine flogen. So etwas hatte es bis dahin nie gegeben. Ein absolutes No Go.

Achtundachtzig hatten sich mal ein paar von den autonomen Reformisten vor den Plus am O Platz gestellt, um zu verhindern, dass dieser während eines Straßenfestes geplündert wird. Aber beide Seiten hatten die Nerven bewahrt und es war bei verbalen Ausbrüchen geblieben. Ein paar jahrelange Freundschaften waren

den Bach runtergegangen, aber der politische Schaden hielt sich noch in Grenzen.

Aber jetzt war nichts mehr zu retten. Wenn sie nach Rostock fahren würden, war eine Massenschlägerei untereinander unvermeidbar. Die andere Seite hatte sich klar positioniert. Wenn es auf der bundesweiten Demo zu Vergeltungsaktionen gegen die rassistischen Anwohner, die sich an dem tagelangen Pogrom beteiligt hatten, kommen würde, würden sie das mit Gewalt zu unterbinden suchen. Diese Leute schienen echt nicht wahrhaben zu wollen, was in diesem Land abging. Seit über zwei Jahren tobte sich diese Melange aus Faschisten und rassistischen Arschlöchern schon aus. Und sie hatten es weder geschafft zu verhindern, dass der Mob sein „Ausländerfreies Hoyerswerda“ feiern konnte, noch brachten ihre Feuerwehr- Politik Ausflüge an den Wochenenden zu den Brennpunkten in den diversen Ost Käffern wirklich etwas. Mittlerweile griff die Scheiße auch schon im Westen um sich.

Am Vatertag hatte sich ein Mob von fünfhundert Anwohnern unter Rufen wie „Asylantenschweine raus“ vor einem Flüchtlingsheim in Mannheim versammelt und damit gedroht, das Heim anzuzünden. Leute aus der Region, vor allem aber aus dem Rhein Main Gebiet hatten daraufhin eine bundesweite Demo am Samstag nach den Angriffen organisiert. Die Demo sollte direkt vor das Flüchtlingsheim in Schönau ziehen, aber daraus war nichts geworden. Ein Teil der Vorbereitungsgruppe war nach einem Verbot der Demo in Schönau durch die Bullen umgefallen und hatte die anreisenden Leute einfach in die Mannheimer Innenstadt gelost.

Paul und die Seinen hatten sich auch auf den Weg nach Mannheim gemacht und hatten sich einem kleinen Frankfurter Konvoi angeschlossen, der direkt nach Schönau fahren wollte. Da davon auszugehen war, dass die Bullen alle wichtigen Zufahrtsstraßen nach Mannheim kontrollieren würden, hatte ch der Konvoi über Nebenstraße und mit weiten Umwegen der Stadt genähert. Zum Schluss war es nur noch im Schrittempo über abgelegene Feldwege vorwärts gegangen. Hatte aber nichts genutzt. Als sie endlich die Stadtgrenze erreicht und ihre Fahrzeuge abgestellt hatten, wurden sie von zwei Hundertschaften gestoppt und gekesselt. Am Ende hatten sie nach zähen Verhandlungen mit den Bullen weitab vom Schuss in Mannheim Sandhausen ziemlich sinnfrei demonstriert, während zeitgleich in der Innenstadt dreitausend Leute unterwegs waren. Nach Schönau war niemand gelangt, und ihr Ziel, den rassistischen Mob zu konfrontieren, hatten sie nicht im geringsten erreicht. Der Mob versammelte sich unterdessen zu Hunderten drohend vor der Flüchtlingsunterkunft. Und die Leute von der *wildcat* hatten auch nichts besseres zu tun gehabt, als in Mannheim oberdumpfe Flugblätter zu verteilen:

Rebellion ist gerechtfertigt. Aber so geht's nicht! Es gibt gute Gründe, auf die Straße zu gehen. Wohnungsnot, Mieten, Löhne, kurz gesagt, das Gefühl, ständig 'was weggenommen zu kriegen. Es gibt auch gute Gründe, gegen die Scheiße hier mit Gewalt vorzugehen... Es bieten sich viele Ziele an: Makler, Chefs, Politiker, Banken, Bullen etc. (...). Es ist vollkommen klar, dass die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, die darüber hinaus noch aus verschiedenen Kulturkreisen kommen, zu Spannungen führt. Es ist nachvollziehbar, wenn es zu Problemen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung kommt.

Und nun wiederholt sich in Rostock alles wieder.

Die Ausländer sind die falsche Adresse haut den Politikern auf die Fresse tönt es, nachdem einhundert Menschen nur mit Glück knapp dem ihnen vom Mob zugedachten Flammentod entkommen sind. Sie hatten während der Tage des Pogroms komplett versagt und nun wurden an den Mob pädagogisch aufklärerische Ansprachen gehalten?

Paul weiß, er darf seinem Impuls, trotzdem nach Rostock zu fahren, nicht nachgeben, sie dürfen ihren Impulsen, es darauf ankommen zu lassen, nicht nachgeben. Wenn sie es tun, werden sie sich mit dem Mob, den Bullen und einem Teil der eigenen Leute gleichzeitig prügeln müssen. Und auch wenn ihm eigentlich genau danach ist, weiß er, dass das sinnlos und Kamikaze wäre. Er muss mit seinen Leuten reden und hoffen, dass die das auch so sehen werden. Ihn kotzt einfach alles nur noch an. Er schließt die Wohnungstür und macht sich auf zum Delegiertentreffen.



Blick zurück im Zorn (AIB #41)

Eines ließen die hektischen Wochen seinerzeit nicht zu: kritisch zu betrachten, wie die radikale Linke sich verhielt, den eigenen Anteil und das eigene Versagen völlig zu begreifen. Denn sofern man von einzelnen Ereignissen spricht, war das Pogrom sicherlich eine der bedeutendsten Niederlagen der deutschen Linken nach 1945. Unmittelbar nachdem am Sonntag, dem 23.8.1992, die ersten Übergriffe vom Vorabend bekannt geworden waren, machten sich in verschiedenen Städten Norddeutschlands und in Berlin dutzende von Leuten auf den Weg nach Rostock. Ihre Absicht war, nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres – den Angriffen in Hoyerswerda, Mannheim und anderswo – weitere Pogrome zu verhindern. Am Nachmittag hatten sich sechzig oder mehr Personen zusammengefunden und berieten, was zu tun sei. Damit keine Missverständnisse auftauchen: Hier standen Leute, die seit Jahren mit militanten Auseinandersetzungen vertraut waren, die in anderen politischen Bereichen und z.T. für weit unwichtigere Fragen lange

Gefängnisstrafen oder ihre Gesundheit riskiert hatten, und die nicht prinzipiell Gewalt ablehnten. Aus Lichtenhagen erreichten Augenzeugenberichte das Plenum. Während die Antifas zum Teil noch anreisten, hatten sich bereits wieder erste Gruppen jugendlichen Mobs zusammengefunden, waren aber noch wenig entschlossen.

Aus dem Haus, in dem die VietnamesInnen lebten, kamen Anrufe, die von neuen Angriffen berichteten. Für das jämmerlich unentschlossene Plenum stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. Einzelne, gerade diejenigen, die schon vor Ort gewesen waren, plädierten dafür, vor das Haus zu ziehen und weitere Angriffe durch Präsenz zu verhindern, nötigenfalls auch mit Gewalt zurückzuschlagen. Es war eine realistische Einschätzung, dass zumindest die Chance bestand, hiermit die Situation grundlegend zu ändern. Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, eine Eskalation der Übergriffe zu verhindern, was unabsehbare Folgen für die weiteren Ereignisse hätte haben können.

Damit bestand aber in diesen zwei oder drei Stunden die reale Chance, die kommende Pogromwelle bereits zu ihrem Auftakt zu unterbinden. Von der Mehrheit des Plenums wurde allerdings die Angst geäußert, dass man gegen den tobenden Mob keine Aussicht habe und die Gefahr bestehe, gelyncht zu werden. Diese Angst war sicher verständlich und wohl nicht ganz unbegründet. Doch die wenigen, die offen für ein sofortiges, direktes Eingreifen stimmten – und ich bekenne, dass ich selbst nicht zu ihnen gehörte — erklärten, dass es Situationen gebe, in denen man dann im Zweifelsfall bereit sein müsse, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Als Weiße und als geschlossene Gruppe sei unsere Situation allemal sicherer als die der eingeschlossenen Flüchtlinge und Vertragsarbeiterinnen. Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zurecht vorgeworfen, durch ihr Zusehen mitschuldig zu sein.

Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewusstsein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klargemacht, dass in solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. Angst als dumpfes Gefühl unterscheidet sich von Furcht – einer rationalen, sachlich begründeten Risikoeinschätzung. Angst entsteht dort, wo eine Situation unvertraut ist; seit den Erfahrungen von Hoyerswerda hätten wir uns aber zumindest theoretisch mit den Notwendigkeiten und Gefahren angesichts eines Pogromes vertraut machen können. Ich schreibe dies, weil ich – mehr als in anderen Situationen – hier ein großes konkretes Versagen der Linken angesichts einer echten historischen Verantwortung sehe, das ich außerdem für ein ganz persönliches Versagen halte. Denn obwohl ich die Forderung, sofort in Lichtenhagen einzugreifen, für das einzig

Richtige hielt, hatte ich nicht den Mut, dies auch offen zu sagen. Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen. Wenn Gefahr drohte, dann sicher – wie der weitere Verlauf des Abends zeigte – durch die Polizei, die offenbar den Auftrag hatte, das Pogrom in jedem Falle stattfinden zu lassen. Übrigens nahmen Menschen mit weit weniger entwickeltem antirassistischen »Bewusstsein« als unserem, die Gefahren in Kauf. Ständig waren Deutsche im Haus, die durchaus Gelegenheiten zu individueller Flucht hätten nutzen können. Das Plenum entschied sich für eine Geste der Hilflosigkeit, für eine Demonstration im sicheren Hinterland des Pogroms. Explizit wurde erklärt, dass dieser Schritt weniger gefährlich sei...

Reaktionen

Natürlich war es richtig, zunächst die Verantwortlichen an dem Pogrom, die durch ihre Aktivitäten und ihre Hetze Schuldigen zu benennen, und so schnell wie möglich vor Ort eine zweite und größere Demo zu organisieren. Wir vergaßen darüber, dass man auch durch Unterlassung mitschuldig werden kann. Dem Mob, vor dem wir aus Angst versagten, hat die radikale Linke denn auch nie verziehen. Die Reaktion war mehr als verblüffend. Wie kaum ein anderes Ereignis zeigte doch gerade das Pogrom von Rostock, dass der rassistische Mob für sich selbst genommen nichts ist, zur Gefahr erst dann wird, wenn seine Taten geduldet werden. Das Pogrom entstand – nachweislich! – genau an dem Tag und Ort, wo die politisch Verantwortlichen es wollten; wo eine Bürokratie, welche Menschen verwaltet wie Dinge, die Situation aus Berechnung eskalieren ließ; wo eine zynische, selbstgefällige und unverantwortliche – hier passt das hässliche Wort – Journaille die Hetze aufgegriffen und verbreitet hatte. Sobald Politik und Bürokratie ihr Ziel – die faktische Abschaffung des Asylrechtes - erreicht hatten, als die Angriffe auf andere Immigrantinnen begannen, den vermeintlichen »sozialen Frieden« zu stören, und als das Ansehen Deutschlands im Ausland litt, gelang es den drei Gruppen Politik, Bürokratie und Presse, den Mob der Pogromhelden wieder zur Ruhe zu bringen.

Der Mob ist immer eine diffuse Masse von individuellen Feiglingen, die die Gelegenheit und den Mangel an Widerstand ausnutzen. Wer dies nicht glaubt, muß sich nur noch einmal die Filmaufnahmen in »The trues lies in Rostock« (dt.: »Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock«) ansehen. Sie sind in den selben Minuten entstanden, als wir einige Kilometer entfernt unsere Ängste besprachen. Man kann sie als Lehrbeispiel für die Entstehung von Pogromen und die Zusammensetzung des Mob betrachten. Hier bekommen die z.T. sehr jungen Schaulustigen, die jeweils sehr unentschlossenen Grüppchen die Pflastersteine von einigen einzelnen Aufheizern regelrecht in die Hand gedrückt. Dann freilich, und weil niemand sie an ihren Taten hindert, putschen sie sich immer mehr auf, die Meute wächst an, um sich ein paar Tage nach den Übergriffen vollständig aufzulösen, als ob es sie nie gegeben hätte. Schuld an den Übergriffen trägt nicht nur der Mob, sondern eine ganze Gesellschaft.

Aber ob wir mögen oder nicht – dazu gehören nicht nur diejenigen, die jubeln oder unbeteiligt zuschauen, sondern auch diejenigen, die aus Angst gelähmt sind, also auch wir. Indes, die antirassistische Bewegung flüchtete sich in Theoreme vom prinzipiellen Rassismus der Deutschen, in undifferenzierte Beschuldigungen, bei denen die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von aktiven Brandstiftern, jubelnden Zuschauern, journalistischen Stichwortgebern und bürokratischen Schreibtischtätern zu einem einzigen »nationalen Konsens« verwischt wurden, während die eigene Unterlassungsschuld nie und nirgends offen thematisiert wurde. Sehr bequem. Für die Zukunft müssen wir die Lehre ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich mit beeinflusst wird. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, im entscheidenden Moment das richtige zu tun. Zu dieser Fähigkeit gehört es, sich in seinem eigenen Bewusstsein darauf einzustellen. Dass wir selbst dabei Schaden nehmen können, sollten wir uns deutlich vor Augen halten. Wir sollten aber auch lernen, dass es Situationen gibt, in denen wir uns nicht mehr aussuchen können, was wir wie machen. Dann heißt es eben: Hier ist die Rose, hier tanz!



“Es waren nicht die bleiernen Jahre” (AIB 2012)

AIB: Im Rückblick anlässlich des 20. Jahrestags des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen: Welche Szenen aus dieser Woche stehen euch noch besonders vor Augen bzw. welche Szenen könnt ihr immer noch aus dem Gedächtnis abrufen?

Olga: Ich war damals 16 Jahre. Die erste Szene, an die ich mich entsinne: Es ist Sonntag, 23. August 1992, später Nachmittag oder früher Abend: Da sind wir endlich das erste Mal rausgefahren nach Lichtenhagen, mit knapp 100 Leuten. Meine Erinnerung: So stelle ich mir Bürgerkrieg vor, wir versuchen das Sonnenblumenhaus von der Nordseite zu erreichen, schleichen von hinten heran, Hubschrauber kreisen über unseren Köpfen, wir robben durchs Gebüsch, Verstecken, Schleichen, und immer wieder Verstecken, ständig die Gefahr, als Antifas erkannt zu werden, von Polizisten oder Nazis, und immer das Gefühl, im Feindesland zu sein, dazu die Geräuschkulisse der rassistischen Hassparolen. Ein Zustand zwischen Angst und der Entschlossenheit, irgendwie an das Haus heran zu kommen. Wir haben uns von der Rückseite genähert und dann doch entschieden, wieder zurück zu fahren, weil wir zu wenige waren und entdeckt wurden. Ich kann wirklich nicht sagen, wie die Entscheidung zustande kam – Strukturen wie einen Aktionsrat oder ähnliches gab es meines Wissens nach nicht. Danach war das Gefühl nicht Ohnmacht, sondern Wut.

Szene 2.: Endlich – nach stundenlangen endlosen Diskussionen – sind wir nachts gegen 3 Uhr am Sonntag wieder raus gefahren. 300 Leute, haben die Autos geparkt an der Stadtautobahn, haben Ketten gebildet, waren zügig, kraftvoll, laut und wütend, sind voller Hass auf den Mob vors Sonnenblumenhaus losgelaufen und haben die Nazis, die davor standen, vertrieben. Ein unbeschreibliches Gefühl... Wir hätten dort bleiben sollen: Stattdessen sind wir in die Stadt zurück gefahren und wurden auf dem Rückweg festgenommen.

Erwin: Auch wenn es schon zwanzig Jahre her ist, erinnere ich mich noch gut an diese Nacht, die Olga beschreibt. Am 23. August 1992, als wir mit 200 bis 300 Leuten nach Lichtenhagen rausgefahren sind, Autos abgestellt haben und dann wie im Guerilla-Krieg, ohne einen Mucks von uns zu geben, an den Häuserwänden Lichtenhagens entlang geschlichen sind, weil über uns Hubschrauber kreisten. Als wir dann an dem Parkplatz südlich des Sonnenblumenhauses ankamen, haben wir uns formiert, sind mit »Nazis-Raus«-Rufen losgelaufen und haben die Nazis verjagt. Das war schon ein sehr wichtiges Erlebnis, diese Wut, dieser Hass, die Nazis laufen zu sehen. Leider sind wir nicht geblieben.

Karen: Ich erinnere mich noch an mein eigenes Zögern, als der Anruf über die Berliner »Häuser-Telefonkette« bei uns in der WG ankam, dass in Rostock ein Mob aus Nazis und AnwohnerInnen gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge und ein Vertragsarbeiter_innen-Wohnheim mobil machen würde. Seit dem Pogrom in Hoyerswerda im September 1991 hatten wir fast jedes Wochenende irgendwo in Brandenburg oder Ost-Berlin vor einem Flüchtlingsheim oder einem besetzten Haus gestanden. Und, ganz ehrlich, die erste Reaktion war: ›Uff, schon wieder losfahren?‹ Dann, in Rostock angekommen, gab es quasi ein Open-Air-Plenum, wo Antifas aus Norddeutschland völlig bunt durcheinander gewürfelt zusammen kamen: Die Positionen lagen extrem auseinander – zwischen »los, lasst uns endlich rausfahren nach Lichtenhagen, egal wie viele Nazis da rumstehen« über »was macht eigentlich

die Polizei« – denn nach Hoyerswerda dachten viele, dass eine derartige Situation durch die Sicherheitsbehörden auf jeden Fall nicht mehr gewollt sei – bis hin zu großer Angst, weil kaum jemand von uns sich auskannte vor Ort und der Mob in Hoyerswerda kleiner und insgesamt überschaubarer gewesen war.

Paul: In Erinnerung sind noch viele Szenen aus dieser Woche. Wir sind mit Beginn der Ansammlung vor dem Haus am Sonnabend in mehrere Wohnungen der Vietnames_innen. Eine Szene ist, wie die Vietnames_innen, während draußen am späten Abend die Angriffe liefen, relativ ruhig in ihrer Wohnung saßen und das Abendessen zubereiteten, während wir uns die ganze Zeit auf dem Balkon aufhielten und immer wieder Gegenstände von oben herab warfen, um die wenigen Polizisten, die das Haus gegen die Angreifer zu verteidigen versuchten, zu unterstützen. Immer wenn sie zurückgedrängt wurden, haben wir versucht, was uns möglich war. Hinterher bedankte sich der Einsatzleiter bei uns.

Ein weiteres Bild, das ich nicht vergessen werde, waren die ankommenden Wasserwerfer. Über mehrere Stunden worden sie bereits angekündigt, doch sie kamen nicht. Als sie dann eintrafen und wir sahen, wie langsam sie anrollten und bereits dabei ihre Wasservorräte in der Luft versprühten, wussten wir, irgendwas stimmt hier nicht.

Am nächsten Tag, dem Sonntag, kamen viele aus anderen Städten zur Unterstützung und es gab viele Diskussionen. Es gab immer wieder Versuche, in größeren Gruppen nach Lichtenhagen zu gelangen, um dort irgendwie einzugreifen. Ich werde nie vergessen, wie wir mit 50–60 Personen von der Nordseite auf das Haus zustürmen wollten, um entweder hinein zu gelangen oder eine Kette um das Haus zu bilden. Es war verabredet worden, dass gleichzeitig von der anderen Seite eine größere Gruppe versuchen sollte, an das Haus zu kommen. Für mich schien das eine machbare Angelegenheit. Das Ziel war, den weiteren Verlauf des Abends irgendwie zu beeinflussen und so weitere Angriffe zu verhindern. Wir ahnten, dass wenn wir nichts tun, es weiter gehen und wahrscheinlich noch schlimmer werden würde als am Vorabend. Kurz bevor wir loslaufen wollten, sahen wir von der Seite eine Polizeikette in Richtung des Hauses aufziehen, in die wir gerade laufen wollten. Ein Teil der Gruppe lief trotzdem los. Letztendlich waren es aber zu wenige und die Leute waren zu unentschlossen.

AIB: *Wie bewertet ihr im Nachhinein die politische und praktische Reaktion von unabhängigen Antifas auf das Pogrom? Das AIB schrieb anlässlich des fünften Jahrestags 1997, die unabhängige Antifa habe die Dimension der historischen Verantwortung, die wir damals gehabt hätten, aus Angst um den »eigenen weißen Arsch« nicht erkannt und versagt, weil wir uns nicht getraut haben, uns dem Mob entgegen zu stellen und das Wohnheim der Vietnames_innen offensiv zu schützen. Was denkt ihr dazu?*

Erwin: Ich weiß nicht, ob die historische Verantwortung, die wir zweifellos hatten, für uns damals erkennbar gewesen ist. Ich kann mich nicht daran erinnern, daran gedacht zu haben. Dass es um den »eigenen weißen Arsch« ging, trifft nach meiner Erinnerung nur teilweise zu. Es waren damals viele dazu bereit, ihren »eigenen weißen Arsch« zu riskieren. Und es gab ja auch Versuche, da was zu machen. Es sind ja mehrmals am 23. und 24. August größere Gruppen nach Lichtenhagen rausgefahren. Aber man konnte sich nicht einigen. Die Bedenkenträger_innen – ich mein das auch gar nicht abfällig – waren einfach mehr – und ich glaub, vor allem lauter. Und oft standen auch Polizisten im Weg. Aber klar: Wenn wir die damals verjagt und das Sonnenblumenhaus militant verteidigt hätten, wäre die Geschichtsschreibung der letzten zwanzig Jahren eine andere gewesen.

Olga: Wir haben die historische Verantwortung wahrscheinlich wirklich nicht erkannt, zumindest ich nicht in diesem Moment. Oder wir hatten damals nicht in diesen Dimensionen gedacht. Im Nachhinein hat mich bzw. viele von uns – damit meine ich immer Leute aus Rostock –die Frage »Warum haben wir das Pogrom und die Nacht vom 24. August 1992, als das Vertragsarbeiterwohnheim mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt wurde, nicht verhindern können«, immer begleitet. Ich weiß aber auch, dass viele von uns nicht auf »ihren weißen Arsch« geachtet haben, sondern ständig raus gefahren sind – und sowohl kleine, als auch größere Gruppen im Haus waren... Was aber auch richtig ist, dass wir in der Masse nicht entschlossen waren, nicht einig und die Bedenken bei Teilen der Antifas zu groß waren. Vielleicht doch »der weiße Arsch«, der Angst hatte. Der Rest war nicht laut genug bzw. konnte sich nicht durchsetzen.

Karen: Mir hat der Text aus dem AIB Nr. 41/1997 aus dem Herzen gesprochen, ohne dass ich Olga und Erwin widersprechen würde – in dem Moment waren wir uns ganz sicher nicht bewusst, welche Konsequenzen es haben würde, dass wir nicht entschieden haben, um jeden Preis zum Sonnenblumenhaus zu kommen und zu bleiben. Ich habe oft im Nachhinein gedacht, dass wir dadurch die ganze Dynamik der folgenden 24 Stunden geändert hätten – weil vielleicht viele von uns verletzt worden wären, aber wir hätten damit auch einen Polizeieinsatz provoziert, der die Situation vor Ort verändert hätte. Und ich bin davon überzeugt, dass die Welle der rassistischen Gewalt des folgenden Jahrzehnts und die extrem rechte Hegemonie, die wir heute haben, anders verlaufen wären ohne das Pogrom.

Paul: Ich teile die Einschätzung, dass wir in diesem Moment nicht genügend und mutig genug gewesen sind. Das hatte sicherlich auch mit den unterschiedlichen Erfahrungen von Leuten aus West und Ost zu tun. Wenn wir es geschafft hätten, mit etlichen Leuten vor das Haus zu kommen und auch rein, dann wäre das weitere Geschehen anders verlaufen. Das wäre sicherlich mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden gewesen, aber zumindest die Polizei hätte im weiteren Verlauf anders agieren müssen. Womöglich wäre es dann auch nicht zu den vielen weiteren Angriffen auf Flüchtlingsheime in der Art (wie geschehen) gekommen.

AIB: *Welche politischen und praktischen Konsequenzen habt ihr nach dem Pogrom aus dieser Erfahrung gezogen?*

Olga: Die Straßen nazifrei zu halten, Gegenwehr zu organisieren, die politische Aufarbeitung in Rostock vor Ort voranzutreiben und eine breit getragene Antifapolitik in Rostock zu etablieren. Wir haben linke bzw. linksradikale Inhalte in die Bündnisse tragen können – auch Themen über Antifapolitik hinaus. Wir haben Räume geschaffen und verteidigt. Es ging ums intervenieren, um kontinuierliche politische Arbeit und eine politische, bundesweite, antifaschistische Vernetzung. Und natürlich: Handy erfinden und kaufen...

Erwin: Meines Erachtens gab es in Rostock vier vordringliche Aufgaben, die wir erfüllen mussten. Einen durch ein breites Bündnis getragenen Anti-Nazi-Konsens zu schaffen. Die Nazis auf der Straße zurückzudrängen. Eine Verbesserung der Situation für die Flüchtlinge durchzusetzen, wozu auch eine dezentrale Unterbringung gehörte. Die (radikale) Linke und die alternative Subkultur breit aufzustellen, wozu die Sicherung und Ausweitung der linken Freiräume gehörte, aber auch die linke Szene als akzeptierten lokalen Player zu etablieren.

Karen: Wir sind aus Rostock zurückgekommen und die Spaltung, die sich schon vorher abgezeichnet hatte, vertiefte sich eigentlich: Die einen haben sich auf Antira-Politik konzentriert, die damals noch sehr praktisch ausgerichtet war: Flüchtlinge zu unterstützen, die vor den Angriffen auf die Heime im Osten in die alten Bundesländer und nach Berlin flüchteten und politisch gegen das System der Zwangsverteilung vorzugehen. Für viele andere, und dazu gehörte ich auch, gingen Anti-Nazi-Recherche und Antifa- bzw. linke und autonome Gruppen, vor allem in den kleinen Orten in Brandenburg, unterstützen und deren Strukturen verteidigen, Hand in Hand. Und natürlich die Versuche von bundesweiter Vernetzung. Zusammengekommen sind Antira- und Antifa-Bewegung, aber auch viele bürgerliche Gruppen und Institutionen, die sich heute zu den Themen gar nicht mehr verhalten, dann noch einmal 1993 in den Protesten gegen die Abschaffung des Artikel 16 Grundgesetz, also des uneingeschränkten Rechts auf Asyl.

Paul: Für uns in Rostock ging es in den Jahren danach erstmal ganz einfach darum, uns gegen rechte Mobilisierung, die durch das Pogrom einen kräftigen Schub bekam, zur Wehr zu setzen. Das bedeutete bestehende Freiräume zu verteidigen und auszubauen. Daraus entwickelten wir einen linken Politikansatz, der auf das Schaffen von Bündnissen und Netzwerken ausgerichtet ist, der Menschen überzeugen und mitnehmen will, der eine Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Haltungen nicht scheut, der auf der Basis einer linken Subkultur funktioniert und eher auf Breite statt auf Abgrenzung setzt. Ich glaube, dass wir damit recht erfolgreich waren. Rostock ist ein gutes Beispiel, was damit zu erreichen ist. Das Ereignis Lichtenhagen hat hierfür Räume und Gelegenheiten eröffnet, die es anderswo nicht gab.

AIB: *Was hätte die unabhängige Antifabewegung in den 1990ern anders machen müssen – im Rückblick –, wenn wir jetzt sehen, dass es die Generation der durch Rostock-Lichtenhagen politisierten Neonazis ist, die den Kern des NSU-Unterstützungsnetzwerks bildete?*

Olga: Eine schwierige Frage, vielleicht hätten wir viel früher, viel eher interventionistische Politikansätze durchsetzen sollen, »no pasaran« und »Dresden Nazi frei« sind aktuelle Beispiele dafür. Was aber war die Antwort damals: Wohlfahrtsausschüsse.

Erwin: Ich würde von mir sagen, dass ich nie in der Antifa-Bewegung war. Antifaarbeit gehörte einfach dazu, wenn man Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre im Osten politisch sozialisiert worden ist. Nur soviel: Ich weiß nicht, ob man als Antifa sicher verhindern kann, dass sich rechtsterroristische Netzwerke herausgebildet. Ansonsten richtet sich die Frage eher an die »Recherche-/Analyse-Abteilung«: In den 1990er Jahren wurde permanent vor Rechtsterrorismus gewarnt. Warum die NSU-Morde nicht als solche erkannt worden sind, war bei uns ein Fehler.

Zur linken Bewegung allgemein: Wir hätten früher und konsequenter gegen den auf Selbstvergewisserung und Selbstbezüglichkeit ausgerichteten Teil der linken Bewegung opponieren müssen und unseren pragmatischen, auf gesellschaftliche Veränderung gerichteten Politikansatz stärker machen müssen. Diese auf Abgrenzung und Ghettoisierung gerichteten Tendenzen in der radikalen Linken, die ab Mitte der 1990er Jahre sehr stark geworden sind, waren verheerend. Wir hätten besser und attraktiver sein können.

Karen: Wir hätten unsere eigenen Analysen ernster nehmen und dann auch entsprechend besser weitervermitteln müssen. Nur ein Beispiel: Das Verhältnis zum Staat und zu Polizei. Spätestens nach den Erfahrungen der frühen 1990er muss allen klar gewesen sein, dass die Polizei im Zweifel weder Flüchtlinge, Migrant_innen noch Linke vor Nazis schützen würde. Und dennoch ist dieses Wissen im Laufe der 2000er Jahre auch bei Teilen der Antifa-Bewegung verschwunden – und das Erstaunen angesichts der Rolle von Polizei und Geheimdiensten im NSU-Komplex nun umso größer. Und noch etwas. Die Reaktionen aus der Antifa-Bewegung auf die NSU-Morde zeigen ziemlich erschreckend, wie weit entfernt wir inzwischen von einer gemeinsamen Praxis oder den selbstverständlichen Kontakten mit Migrant_innen sind. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass zum Beispiel massenhaft Antifagruppen am Strassenfest der Keupstrasse in Köln anlässlich des achten Jahrestags des NSU-Bombenanschlags oder an den Gedenkveranstaltungen in Kassel oder Dortmund teilgenommen hätten. Und wem das zu staatstragend ist, der oder die sollte sich eben was eigenes dazu ausdenken. Wir haben beim NSU-Komplex als unabhängige Antifas auch im Nachhinein eine Verantwortung, der wir gerade noch nicht einmal ansatzweise gerecht werden. Letztendlich geht es doch noch immer um die Frage, ob und wie wir

als radikale Linke gesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen.

Paul: Ich weiß nicht, was man hätte anders machen müssen. Es kommt immer auch darauf an, an welchem Ort man lebt und agiert. Es gibt sicherlich große Unterschiede, ob man in einer großen Stadt oder in einer Kleinstadt bzw. im ländlichen Raum aktiv ist. Jedenfalls wusste man, schon Mitte/Ende der 90er, dass es zahlreiche quasi-militärische Ausbildungslager gibt und dass die rechte Szene Zugang zu Waffen und Sprengstoff hat. Ich habe mich eher gewundert, dass bei jahrelangem militärischen und ideologischen Drill nicht mehr passiert ist. Einige in der rechten Szene waren sicherlich tickende Zeitbomben. Der Anschlag in Düsseldorf hat dann bestimmt vielen auch außerhalb der Linken die Augen geöffnet, auch wenn bis heute unklar ist wer tatsächlich dafür verantwortlich war.

AIB: *Was sind die Themen, die jetzt zum 20. Jahrestag des Pogroms bei den Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen bearbeitet werden sollten ? Was sollte nicht vergessen werden?*

Erwin: Es sollte die Gegenwehr nicht vergessen werden. Es waren nicht die bleiernen Jahre. Es waren auch Jahre des Aufbruchs und der Gegenwehr. Sowohl von Antifas als auch von Migrant_innen. Und diese Gegenwehr war auch an nicht wenigen Stellen erfolgreich. Zu zeigen, dass die Pogrome nicht widerspruchslos hingenommen worden sind und welche Möglichkeiten es gab, sich gegen eine so breite faschistische und nationalistische Mobilisierung zu stellen, das kann auch hilfreich sein für die Auseinandersetzungen heute.

Olga: Die Themen, die mir wichtig wären, hat Erwin zum Teil schon genannt: Die Gegenwehr, weg vom bloßen Opferstatus, die migrantische Gegenwehr, aber auch das Aufzeigen von rassistischen Kontinuitäten in all ihren Auswüchsen: Pogrome, die Grundgesetz-Änderung, der NSU, die Schengen-Grenzen und die Festung Europa.

Karen: Differenziert hinzuschauen und einzugreifen – überall!

Paul: Man sollte sich in Erinnerung rufen, welche Bedeutung die quasi-Abschaffung des Artikels 16 GG für die Gesellschaft hat. Eine Politik, die auf den Aufbau von Mauern setzt, wird die Probleme in der Welt letztlich mit militärischen Mitteln zu lösen versuchen. Am Beispiel des Lagers für Flüchtlinge in Horst, die sogenannte Erstaufnahmestelle und Wohnunterbringung, zeigt sich in eklatanter Weise eine menschenunwürdige Politik in der Form von Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.

AIB: *Danke für das Gespräch.*



Von der aufgezwungenen Selbstverteidigung zur Gegenmacht (Telegraph)

Knapp 30 Jahre ist es her, seit ihr als Jugendliche begonnen habt euch politisch zu engagieren. Ihr wart an Kampagnen und Gruppen beteiligt, die sich u.a. mit Militarismus, Ökologie, Anarchismus, Marxismus und entwicklungspolitischen Themen befassten. Zum Ende der Achtziger Jahre wurde die neonazistische Organisierung immer deutlicher spürbar. Das Thema unserer Diskussion ist euer Verhältnis zu Militanz. Eure Auseinandersetzung mit Militanz war weniger freiwillig – die hochpolitische `Wendezeit` und die Bedrohung durch Neonazis machte sie allerdings zur Notwendigkeit. Wie seid ihr – ganz persönlich – in dieser Zeit zur Militanz gekommen?

Josephine: Ganz kurz und knapp gesagt, ich bin gar nicht zur Militanz gekommen, sondern die Militanz ist zu mir gekommen. Also es war ja nicht irgendwas, was wir gewollt hätten. Es ging uns nicht darum, uns mit Nazis zu prügeln. Aber wir mussten. Wir sind angegriffen und attackiert worden. Es ging eher um eine Form von aufgezwungener Selbstverteidigung und eine aufgezwungene Auseinandersetzung mit dem Thema. Das steht für mich im Vordergrund.

Paul: Mir geht es ähnlich. Antifa heißt für mich nicht gleich Militanz. Es gab Leute, die, unabhängig von ihrem politischen Engagement, schon etwas Erfahrung mit körperlichen Auseinandersetzungen hatten, z.B. durch Fußball. Für mich und mein Umfeld spielte Militanz zu DDR-Zeiten aber eine untergeordnete Rolle. Relevant wurde sie erst mit der Wendezeit: Wir halfen einer Freundin beim Umzug von Lichtenberg zu uns ins besetzte Haus. Mit 15 Leuten fuhren wir nach Lichtenberg, um die Sachen zu holen, weil wir wussten, dass es dort von Nazis wimmelte. Wir wurden dann auch angegriffen, aber nur zwei von uns hatten den Mut, sich gegen die Nazis zu wehren und das nur, weil sie schon vorher mit Gewalt in Kontakt kamen.

Max: Schon zu DDR-Zeiten gab es in Lichtenberg organisierte Nazis: „Lichtenberger Front“ und „Bewegung 30. Januar“. Die haben Anfang der Neunzigerjahre in der

Weitlingstraße ein Haus besetzt. Das Haus war allerdings baufällig, sodass – und das ist echt ein Skandal – die Kommunale Wohnungsverwaltung ihnen dann kurzerhand ein anderes Haus zur Verfügung gestellt hatte. Das war die Weitlingstraße 122, Anfang der Neunzigerjahre das rechtsnationale Zentrum für Nazis aus Deutschland und Österreich. Von da gingen viele Angriffe von Nazis auf die besetzten Häuser im Friedrichshain aus.

Max: Ich denke, potenziert hat es sich mit der Wende. Unsere besetzten Häuser im Prenzlauer Berg waren permanentes Angriffsziel, vor allem ausgehend von Nazis des BFC [Berliner Fußballclub, Anm. d. V.]. Du wusstest, alle 14 Tage samstags war Großalarm. Naja, und eigentlich auch die Tage dazwischen, wo immer was passiert ist. An den Wochenenden war es ein permanentes Verteidigen, Verteidigen, Verteidigen.

Als Jugendlicher bin ich selber regelmäßig zum Fußball gegangen und hatte durchaus schon Erfahrung mit körperlicher Gewalt. In den späten Achtzigerjahren war ich dann in der DDR-Oppositionsbewegung aktiv. Und da spielte Gewalt keine Rolle.

Alex: Ich sehe das anders. Ich bin in Lichtenberg groß geworden und als ich in den Achtzigerjahren politisch aktiv wurde, ging es permanent darum, die eigene Haut irgendwie zu retten. Als Punk musstest du flitzen, wenn du in einen Klub wolltest und nicht die richtigen Klamotten anhattest – schlicht eben nicht kurze Haare, Bomberjacke und Springerstiefel trugst.

Wenn ich in den Achtziger Jahren, also noch vor der Wende, aufs Land gefahren bin – egal ob Mecklenburg, Brandenburg, Potsdam, Frankfurt Oder – und in Klubs gegangen bin, dann war es egal wie ich aussah. Selbst wenn man `normgerecht` angezogen war, man galt sofort als Fremder und hat auf die Fresse bekommen. So zwei- dreimal. Wittenberge oder Strausberg. Oder in Lichtenberg, die Angolaner, Kubaner und Vietnamesen, die in den Wohnheimen am Tierpark lebten. Wenn sie versucht haben in Klubs zu kommen, haben sie immer auf die Fresse gekriegt. Und es gab regelmäßig Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die schon damals alles in Skat gedrückt und verharmlost hat. Also ich habe mir die Gewalt nicht ausgesucht. Man stand irgendwie daneben oder hat es am eigenen Leib erfahren.

Für mich gab es mit der Wende dann eine Veränderung: Aus der Selbstverteidigung der eigenen Person wurde eine Verteidigung der selbsterkämpften Räume. Unsere Häuser, Kneipen oder Läden wurden permanent eingeschmissen und ständig drohten Überfälle von Nazis. Dagegen wurde sich irgendwann gewehrt, so nach dem Motto: Wir wollen jetzt diesen Stadtbezirk nicht den Nazis überlassen!

Max: Du hast schon recht, als Linke, Punks, Gruffis oder so bist du zu Ostzeiten angeeckt und warst mit rechter Gewalt konfrontiert. Aber der Unterschied ist, dass

wir selber nicht militant waren und Gewalt nicht von uns ausging. Dass wir Gegenwehr organisieren oder als Antifa über Militanz sprachen, das gab es so eigentlich nicht. Es gab zwar auch Vorfälle, aber die waren nicht geplant, sondern eher Zufall, wie 1989 am Berliner Alexanderplatz. Da gab es eine schwere Hauerei zwischen Hunderten von Nazis, Punks und Gruffis. Es begann eher zufällig, dass sich Punks mit ein paar Nazis in die Wolle gekriegt haben und dann wurden es immer mehr. Bis irgendwann die VP [Volkspolizei, Anm. d. V.] mit Einsatztruppen kommen musste. Aber das war die absolute Ausnahme. In der Regel war es eher so, dass Leute, die aus Marzahn in die Innenstadt gekommen sind, spätestens um 10 Uhr abends nach Hause mussten, um nicht wieder irgendwelchen Glatzen über den Weg zu laufen, die einen zusammenhauen. Die Erfahrung haben wirklich viele gemacht.

In der Regel haben wir als Antifa nicht über militanten Widerstand nachgedacht. Das war nicht unser Mittel. Als wir anfangen, haben wir über politische Veränderungen nachgedacht. Wir wollten das Thema Nazis in der DDR auf den Tisch bringen, Öffentlichkeit herstellen, uns selber informieren und haben recherchiert. Wir haben versucht irgendwas zu machen, um überhaupt ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es Nazis in diesem Land gibt.

Paul: Ich kann Max da nur beipflichten. Wir haben uns organisiert und wollten auf dem politischen Weg Veränderungen in der DDR erreichen. Ich glaube, wir kannten damals sowas wie den Schwarzen Block gar nicht.

Helge: Auch ich kann da zustimmen. Aber ich würde gern ein Stück zurückgehen, zu meinen eigenen Erfahrungen. Ich komme aus Sachsen-Anhalt und war in meiner Jugend, also Anfang der Achtzigerjahre, Hippie. Da hatte ich noch lange Haare, sah furchtbar aus. Mir ging es da ähnlich wie Alex es beschrieben hat: Du konntest in bestimmte Diskos nur fahren, wenn du genau wusstest, entweder du bist mit genug Leuten unterwegs oder du kennst Leute vor Ort. Wenn du so in bestimmte Kneipen gegangen bist, dann warst du immer die `schwule Sau`, allein nur wegen der langen Haare.

Als wir dann in Potsdam '87 unsere Antifagruppe gründeten, haben wir [...] angefangen uns politisch Gedanken zu machen. Wo kommt das überhaupt her, was ist Faschismus, was sind Nazis, was bedeutet für uns dieses System und so weiter. Von denen, die wieder gegangen sind, gab es einige, die hatten durchaus Gewalterfahrungen, aber ganz unterschiedliche. Im Regelfall sah das so aus, dass die Punks immer von Bullen auf die Fresse bekommen hatten. In den wenigsten Fällen waren es Auseinandersetzungen mit Nazis. Es gab aber tatsächlich in Potsdam den Fall, wo ein Großteil unserer Szene, nachdem einer von uns auf die Glocke bekommen hatte, losgerannt ist und haben welche von denen ... [...]

In der DDR wurde das Naziproblem nicht ernst genommen. Die Nazis hätten immer alles aus dem Westen bekommen, einschließlich der Jacken und der Musik. Die

kamen sozusagen vom Mars. Mit der DDR hatte das für die [Öffentlichkeit, Anm. d. V.] ja nix zu tun. Ich habe selber eins, zwei Angriffe miterlebt, wo ich auch ordentlich geflitzt bin. Ich habe mir auch Prozesse gegen die Nazis angeschaut, die gab es im Osten ein-, zweimal. Da hieß es dann über die Nazis, das seien „unsere besten Mitglieder des Sozialistischen Betriebskollektiv. Die sind ganz toll. Die sind ganz knorke“. Es war immer ein Vertreter des betrieblichen Interesses oder wie das damals hieß, der sagte: „Kann ich mir gar nicht vorstellen, kann ich mir gar nicht erklären. Die sind total sauber. Die arbeiten ganz viel“. Für den durchschnittlichen Ostspießler waren die Nazis sauber, fleißig und gingen arbeiten – und wir Linken nicht.

Im Dezember 1990 krachte bei uns im Haus das erste Mal die Tür und die Nazis stiefelten die Treppe hoch. Wir haben uns alle hinter unseren Türen verbarrikadiert und hatten tierischen Schiss. Aber wie das in Potsdam immer so war oder wie das wahrscheinlich in vielen Kleinstädten war, alle kannten sich. Also hat man sich stundenlang belabert, so in der Art „Machst du hier Stress, dann hol ich deinen Bruder“. [...]

Helge: In den Kleinstädten war das oft noch vielmehr so, dass sich die Leute alle kannten. In Potsdam gab es die Neubauviertel und auch ein paar Klubs, die die Faschos in der Hand hatten. Aber auch nicht durchgängig. Es waren auch oft Punks unterwegs oder sonst irgendwas. Und dann gab es die großen Klubs, da haben sich die Nasen nicht hin getraut. Erst mit der Wende ...

Max: Ich erinnere mich da auch noch an Geschichten in Dresden. Da hast du einen Punk gesehen mit Nazi-T-Shirt. Vor einer Woche war der noch Skinhead, vor zwei Wochen war er Punk, vor drei Wochen war wieder Skinhead. Heute Skins, morgen Punk, morgen links, übermorgen rechts. Jeder säuft mit jedem. Da kriegst du keine Trennung rein.

Euer Anliegen war es, ein Problembewusstsein für Neonazis in der DDR-Gesellschaft zu schaffen. Ihr findet euch also Ende der Achtzigerjahre in einer Situation des politischen Umbruchs wieder, in der die Militanz mehr oder weniger zu euch gekommen ist. Wie sah eure Auseinandersetzung mit der politischen Situation aus?

Max: Die Situation war die, es gab überall besetzte Häuser, die nach der Wende relativ schnell entstanden sind. Die Schönhauser 20 in Berlin wurde im Dezember '89 offiziell besetzt. Oder die Kastanienallee und andere Häuser, der halbe Prenzlauer Berg wurden im Dezember '89, Januar, Februar, März besetzt. Und ein paar Häuser in anderen Stadtbezirken, wie die Mainzer Straße in Friedrichshain. Oder in anderen Städten: Potsdam, Rostock, Görlitz, Guben – es gab mehr Möglichkeiten. Aber überall wo besetzte linke Häuser waren, wurden sie plötzlich Angriffsziele für die Naziszene. Im Prenzlauer Berg hatten die Nazis auf der Strecke

zwischen Alexanderplatz und Cantian-Stadion alle besetzten Häuser angegriffen – einmal auf dem Hinweg, einmal auf dem Rückweg. Es war eigentlich generell Alarmzustand. Das heißt, du begibst dich dann ungewollt in einen Selbstverteidigungsmodus, der erstmal nur da ist, um dein Haus zu sichern. Und dann ging es aber weiter, du fingst an dich zu bewaffnen und das Haus quasi militärisch abzusichern. Wir mussten unser Haus dichtmachen, Etagenbarrikaden. Aus Drahtzäunen von den Grenzschutzanlagen der DDR haben wir Schutzgitter für unsere Fenster gemacht. Unser Haus war komplett vergittert. Wir haben wirklich Waffen gehortet im Haus. Nicht wegen einer möglichen Räumung durch die Bullen, sondern um uns vor den Nazis zu schützen.

Helge: Die Wende war wie eine Wattesituation. Du konntest alles Mögliche machen. Du warst in Watte und hast dich nirgendwo mehr gestoßen. Gleichzeitig saßen wir als Antifa Potsdam in vier oder fünf dieser Bürgerrechtsgremien, am Runden Tisch zur Auflösung von Stasi und sonst was. Völlig bescheuert, weil das eigentlich überhaupt nicht unser Ding war. Parallel dazu haben wir mit anderen Leuten angefangen Häuser zu besetzen. Da lief eigentlich alles andere außer wirklich Antifaarbeit. Also das, was wir vorher als Gruppe hatten, hat sich quasi ein Stück weit einfach in das soziale Leben im Haus verwandelt. Hier ein Infocafé, um die Ecke noch ein Café. Jeden Abend kannst du diskutieren über Bücher, Gott und die Welt. Du fängst an, dich ein bisschen zu verwirklichen in deinem Projekt, in deinem kleinen Kosmos. Und dann kommen die Nazis urplötzlich an und fangen an dir auf den Kopf zu hauen. Die deinen kleinen Nachttisch, den du dir bunt angemalt hattest, anzünden wollen. Zwischen Weihnachten und Silvester war der erste Angriff und dann durchgängig bis Ostern 1990, jeden Freitag, jeden Samstag. Wir mussten unsere Fenster vergittern mit allmöglichen Scheiß. Ich habe mich noch nie so gefreut, dass Brüder von meinem Bekannten aus der NVA kamen, die wussten wenigsten wie man diesen scheiß Stacheldraht wickelt, damit er irgendwas brachte. Wir waren ganz froh, dass wir Beziehungen zu den Russen hatten, was man sich da an Bewaffnung zugelegt hat, ist eigentlich nicht feierlich. Eigentlich ein Wunder, dass damals nicht mehr Leute auf der Straße geblieben sind. Auch unter der Woche sind Nazis vorbeigefahren und haben Steine durch die Fenster geschmissen. Einer ist nur ein Stück neben dem Kinderbett gelandet. Das war die Situation. Wir waren völlig in Anspannung. Wir sind dann auch `Streife` gefahren, hab geguckt wo sind die Nazis, haben uns CB-Funk angeschafft, alles so ein Zeug. Ey. So eine Scheiße. Max: Ich kann mich entsinnen, dass wir öfter mal nach Potsdam gefahren sind. Ich kann mich auch erinnern mal mit auf Streife gefahren zu sein, in so einem kleinen Auto, das von oben bis unten voll war mit Knüppel und Zeugs. Du musstest erstmal die Waffen bei Seite schieben, um dich ins Auto zu setzen. Und dann sind wir durch Potsdam gefahren: „Da ist ´ne Glatze, hin, Tür auf, los!“.

Josephine: Da könnte man schon die Frage stellen, ob es dabei um´s sich gegen Nazis wehren ging, so wie ich das meinte, oder ob es nicht dann auch zum Automatismus bei einigen Leuten wurde, die das dann auch einfach cool fanden.

Paul: Definitiv. Ich wollte aber noch kurz was Anderes sagen. Nach dem Mauerfall war mindestens ein dreiviertel Jahr, dass die Polizei einen in Ruhe gelassen hat. Bildlich gesprochen: Man konnte hingehen zum Polizisten. Man konnte dem ins Gesicht spucken. Und der hätte gelächelt. Das wäre zu DDR-Zeiten nicht vorstellbar. Was Josephine sagt, dass sich Sachen als Selbstläufer entwickelt haben, das stimmt. Ich weiß noch eine Situation in Guben, das war schon zu Westzeiten, genau weiß ich es nicht mehr. Das war wirklich eine krasse Situation, wir haben uns wirklich wie die Axt im Walde benommen. Später haben uns die Leute von vor Ort gesagt – ich sag es jetzt mal mit meinen Worten – „Habt ihr ´ne Macke, wir müssen hier weiterleben und ihr fahrt wieder nach Hause“. Es gab einige Situationen, wo ich hinterher auch dachte, wir hätten uns sicher wohl anders verhalten sollen. Zum Beispiel in Schwedt wurden nachdem wir dagewesen sind, Leute vor Ort zusammengeschlagen, einer musste operiert werden und hat jetzt eine Platte im Kopf. In der Zeit, so 1991/92, hat sich richtig viel hochgeschaukelt, gerade auch an Militanz.

Helge: Um die Geschichte mit den Bullen abzuschließen: Beim letzten großen Angriff auf unser Haus war es tatsächlich so, da haben die Bullen eine Querstraße weiter gestanden und haben gebibbert und gewartet. Dann haben sie zwei Zivis [Zivilpolizisten, Anm. d. V.] zu uns in die Kneipe geschickt und gesagt, da komm´ sie [die Neonazis, Anm. d. V.] jetzt. Dann sind wir raus und haben die schon gehört. Dann kamen die dreißig Nazis, aber die wussten nicht, dass wir schon Bescheid wussten und dann gab es richtig Saures. Die Jungs sind nicht wiedergekommen.

Die Bullen haben sich auch nie dafür interessiert, es gab keine Razzien oder so. Am Wochenende, da hat es geknallt und gekracht. Aber es war nicht so, dass die Bullen dann am nächsten Morgen oder so noch in der Nacht, noch irgendwie vor der Tür gestanden hätten. Das war in der Phase überhaupt nicht vorstellbar. Wir hatten das Gefühl, wir müssen es selber in die Hand nehmen, weil die VoPos [Volkspolizei, Anm. d. V.] überhaupt nicht wissen, wo sie stehen.

Alex: Das war so eine Art Machtvakuum. Also der Staat hat sich in Form von Polizei komplett zurückgezogen. Das war so eine Phase von ungefähr einem Jahr, ab dem Fall der Mauer. Die VoPos wussten gar nicht, wie sie sich einsortieren sollen. Niemand war da, der durchgegriffen hat und gesagt hat „Das können wir hier nicht zulassen, diese Freiräume akzeptieren wir hier nicht!“. Es gab nicht die Westberliner Linie, wo innerhalb von 24 Stunden die Häuser zu räumen sind. Das war nicht durchsetzbar. Politisch nicht und gegenüber dem Personal auch nicht. Nach deren Verständnis, oder nach unser aller Verständnis war das ja Volkseigentum. Was soll man da jetzt durchsetzen. Volkseigentum enteignen? Wer wird denn jetzt enteignet und wer kriegt das denn? Also das hat alles nicht funktioniert. Aber mit dem Fall der Mainzer Straße im November [1990, Anm. d. V.] war das vorbei. Die staatliche Macht hat sich mehr oder weniger konsolidiert und die Bullen haben durchregiert von

Westberlin bis nach Ostberlin. In dieser Phase kann ich mich erinnern – Lottumstraße im Sommer als die Weltmeisterschaft war – gab es die ersten Formen von Public Viewing am Alex[anderplatz, Anm. d. V.]. Also sind die Nazis vom Alex hoch bis zum Cantian-Stadion, oder wie das da Schönhauser heißt, und wieder zurück. Und haben alles in Schutt und Asche gelegt.

Egal ob es irgendwie besetzte Häuser waren in der Schönhauser, Kastanienallee oder in der Lottum oder irgendwelche Läden. Die Nazis haben sich ausgelebt. Die haben natürlich auch diesen Freiraum genutzt. Später als es sich hochschaukelte, hatte ich das Gefühl, dass sich die Antifas im Osten eher der Doktrin der Westberliner Antifa untergeordnet haben. Dabei waren die Lebenswelten unterschiedlich, die politischen Stile und das militante Agieren. Zum Beispiel eben Guben, ich war ein- zweimal da. Beim zweiten Mal war eine Großdemo angesagt, als `koloniale Bestrafungsaktion`. Da ist ein Riesentrupp aus Berlin hingereist, mitten im Winter, es war dunkel, die Straßen waren leer, niemand wusste, wo es langgeht. Wir sind kreuz und quer mit dem Demozug, im Schwarzen Block, durch die Gegend gerast und haben irgendwas gebrüllt von, weiß ich jetzt gar nicht mehr, aber um so zu symbolisieren, hier marschiert die Antifa und „Wir haben euch was mitgebracht: Hass, Hass, Hass“. Aber es war niemand auf der Straße und es hat einfach niemanden interessiert. Was machen wir eigentlich hier? [...] Das war nur symbolische Politik, das war ja nix mit Militanz. Da war ja niemand, keine Nazis – die haben sich verpisst. [...]

Paul: Für mich persönlich kann ich sagen, es gab in meinen Augen berechnete Militanz beziehungsweise gewaltsame Auseinandersetzungen mit Nazis. Aber unsere eigentliche Arbeit, die jahrelange Umlandarbeit, Antifa Berlin-Brandenburg, die hat zur damaligen Zeit sehr große Früchte getragen. Wir haben zum Beispiel Zeitungen und Broschüren rausgebracht, wie die „Hinter den Kulissen“, haben Konzerte, Veranstaltungen und Demos organisiert. In der Arbeit find ich mich eher wieder.

Josephine: Da stimme ich dir zu. Ich bin immer schon eher die Peacer-Fraktion gewesen und fand diese Kloppereien oftmals wirklich blöd. Es gab so bestimmte Aktionen, die fand ich völlig überflüssig und mich gefragt hab, wo unterscheidet man sich jetzt in der Form von der Gewalt und in der Massivität der Gewalt von den Nazis denn überhaupt noch. Wenn ‚drauf drauf drauf‘ und immer noch ‚drauf‘ ohne Nachzudenken. Es ist echt ein Wunder, dass da keiner gestorben ist. Trotz alledem würde ich sagen, dass es auch gut war, dass in bestimmten Orten in Brandenburg und das bestimmt kann man DDR-weit oder deutschlandweit sagen, in bestimmten kleineren Städten es gut war, dass die Nazis ab und zu mal ordentlich eins auf die Fresse gekriegt haben. Sozusagen als Ansage: „Ihr könnt hier nicht machen was ihr wollt!“. Auch wir können uns verteidigen und können uns Freiräume erkämpfen. Auf der einen Seite sehe ich es problematisch, wenn Militanz nur noch einen Selbstzweck hat, also Gewalt zum Selbstzweck wird und gar keine kritische

Auseinandersetzung mehr dazu stattfindet. Aber auf der anderen Seite gibt es in meinen Augen trotz alledem 'ne Notwendigkeit, dass ab und zu mal ne Ansage verteilt wird. [...] Ich kann mich erinnern, dass ich am Alex[anderplatz, Anm. d. V.] dazwischen gegangen bin, als die Nazis ein Hakenkreuz gestellt haben. Da ist ein kleiner Skinhead von weiß der Himmel wieviel Leute umzingelt worden. Die haben den vermöbelt bis zum geht nicht mehr. Ich bin dazwischen gegangen und hätte auch fast auf die Fresse gekriegt. Glücklicherweise haben mich Leute erkannt und dann verschont. Ich konnte es nicht ertragen, da zuzugucken. Ich fand das so widerlich.

Ihr habt von unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven auf Militanz und Gewalt gesprochen. Wie habt ihr das damals diskutiert?

Max: In meiner Erinnerung war Militanz selbstverständlich, in allen, also vor allem Berliner Antifa-Zusammenhängen, egal Ost oder West nach der Wende, in denen ich mich bewegt habe. Nur da gab es überhaupt gar keine Diskussion drüber. Es wurde zwar angeschnitten in der Bündnisarbeit. Aber selbst in den bürgerlichen Bündnissen war klar, das Thema müssen wir ausklammern, weil dann würde das Bündnis nicht funktionieren. Weil dann nämlich die Antifa sagen würde „Tschüss“.

Helge: Das habe ich so tatsächlich nicht erlebt. Immer wenn wir irgendwo hingefahren sind, irgendwas gemacht haben, irgendwo anders hin zu einer Demo oder so, haben wir geklärt, was ist da vor Ort. Aber das hat sich auch erst entwickelt. Ich denke, dass es direkt nach der Wende und direkt nach Rostock-Lichtenhagen noch viel selbstverständlicher war, so 'ne Art Bestrafungsaktionen durchzuziehen.

Max: Ich kann mich auch an Aktionen in Halbe, auch '91, erinnern. Es gab eine Vorbereitung aus Berlin heraus mit einer Demo in Königs Wusterhausen. Gleichzeitig gab es Sportgruppen, die geguckt haben, wer denn alles so nach Halbe will und die abgefangen haben. Es gab in den Jahren immer die klare Überlegung in der Berliner Antifa, z.B. gab es – ich denke '92 – eine Kampagne „S-Bahn-Fahren“. Jeden Samstag sind viele Antifaleute verkleidet und konzentriert in den Problembezirken S-Bahn gefahren – in Gruppen durch Lichtenberg, Marzahn, Hellersdorf, Hohenschönhausen.

Helge: Ja, das gab es auch. Aber was ich eigentlich sagen wollte, ich bleib mal bei dem Begriff Bestrafungsaktionen. Auch wenn der salopp ist und dem eigentlichen Kern nicht gerecht. Es waren nicht einfach nur in dem Sinne Bestrafungsaktionen, sondern bei Ereignissen wie Hoyerswerda, wo sich alle einig waren, da gibt es jetzt keine Debatte, da fahren wir jetzt hin, fertig. So war das in Hoyerswerda und Rostock. Da gab es keine Debatten, da war ganz klar, wir fahren da hin. [...]

Alex: Bei der Organisierung von den Demos dort vor Ort, in Guben, Lichtenhagen oder Hoyerswerda, ging es auch darum Bündnisse zu schaffen und dann haben sie

dir natürlich die Militanzfrage um die Ohren gehauen. Dazu musstest du dich dann positionieren und das war dann immer ein bisschen haarig.

Paul: Für mich war klar während Rostock-Lichtenhagen, die Frage nach Militanz stellt sich nicht mehr. Hätte ich da ein Messer beigeht, ich hätte bestimmt zwei Leute mitgenommen.

Josephine: Und warum hast du kein Messer bei gehabt?

Paul: Ich wollte das nicht. Ich wollte ausschließen, dass sowas passiert.

Max: Ich denke, dass wir, also die mit denen ich unterwegs war, nicht die wilden Prügeltypen waren, sondern in dieser Gruppe war klar, wir nehmen den Tod nicht billigend in Kauf, sondern wir bewaffnen uns natürlich und wir greifen die Nazis an, wir wollen sie umhauen, aber wir wollen sie nicht ermorden.

War es für dich oder auch für die anderen eine persönliche oder politische Entscheidung eine Grenze zu ziehen und den Tod nicht billigend in Kauf zu nehmen?

Max: Eine politische Entscheidung. Ich denke, das war bei allen so.

Josephine: War es nicht beides, persönlich und politisch?

Paul: Ich würde beides sagen.

Max: Also ich höre das zum ersten Mal, dass jemand sagt, er wäre bereit gewesen, einen Nazi zu töten. Ich wäre dazu nicht bereit gewesen. Das ist eine Schwelle. Also in Kauf zu nehmen, dass er vielleicht auf die Intensivstation muss, aber ich wollte ihn nicht umbringen.

Paul: Nur in der Situation. Das war nicht schön, drei gegen fünfzehn.

Max: Klar hat man da blanken Hass. Da kann einem schon die Sicherung durchbrennen.

Josephine: Ich glaube in Lichtenhagen zum Beispiel ist so einigen eine Sicherung durchgebrannt.

Paul: Zu Recht.

Josephine: In so einem Rauschzustand macht man andere Sachen, die man bei klarem Verstand nicht machen würde.

Max: Ich würde nicht sagen, dass ich in so einer Situation besinnungslos werde und nicht mehr weiß was ich tue. Ich bin Hass gesteuert gewesen, aber ich habe gewusst, was ich tue. Und ich wusste auch wo die Grenze ist, wenn jemand aufm Boden liegt, dann muss ich nicht noch mit dem Fuß nachtreten.

Helge: Ich kann für mich nicht sagen, dass es eine politische Entscheidung war, sondern mehr mein Umfeld und ich nenn es mal: ein sozialer Konsens. Wir haben uns aufgeregt darüber, dass irgendwie mit Ende der Neunziger die Leute urplötzlich Messer dabei hatten. Anfang der Neunziger war das noch gar nicht `in`. Das kam erst später mit Messern, mein ich, glücklicherweise.

Diese Entscheidung Grenzen zu ziehen oder einen bestimmten Punkt nicht zu überschreiten, war eher ein sozialer Konsens. Bei uns in der Stadt gab es auch ein paar – ich sag mal – Verrückte. Da gab es drei Leute, drei Punker, die sind auch alleine in einen Klub mit 30 Nazis gegangen. Am Ende sind die 30 weggerannt. Das war wirklich so, die waren völlig durchgeknallt. Die haben alle in einem dreiviertel Jahr oder so, haben die wirklich alles weggedroschen. Darauf haben sich viele ausgeruht und mussten sich sozusagen die Finger nicht mehr schmutzig machen. Und die drei haben Glück gehabt, dass dabei niemand liegen geblieben ist. Wenn wir losgezogen sind, hatten wir zwar alles Mögliche dabei, aber keine Messer.

Es gab viel viel später, so eine Art Flashback: Die Nazis haben sich immer am Herrentag den Spaß gemacht und sind einfach so provomäßig an unseren Häusern vorbeigelaufen. Da gab es dann auch mal einen Moment von „Jetzt müssen wir es ihnen mal richtig zeigen!“. Aber auch so dumme Geschichten mit drei offenen ArmeejeePs, in jedem acht Mann drin, mit Hassis und brennenden Mollis. Dann durch die Potsdamer Innenstadt. Einfach nur um zu zeigen, wir haben hier die dicken Hosen an. Aber gleichzeitig war es in der Zeit auch so, dass uns tatsächlich die Vorstadtviertel oder die Neubauviertel nicht interessiert haben. Wir hatten ja unseren Kiez, da durften die Nazis nicht hin. Aber in Waldstadt oder so, da waren die Hools, die Faschos und die Rocker.

Max: Wir springen auch ständig zeitlich hin und her, das war in '90, Rostock war '92. Die Zeit spielt eine Rolle, wann waren wir militant, wann nicht. Ich überlege, wann habe ich eigentlich aufgehört militant zu sein. Ich habe aufgehört militant zu sein, als ich keine Antifa Arbeit mehr gemacht habe. Das geht bei mir tatsächlich bis '97. 1992 war auch Thälmann-Park: 1. Mai '92, wir hatten ja die FAP in Prenzlauer Berg, das war ihre Hochburg. Am 1. Mai '92 machte die FAP einen bundesweiten Aufmarsch am Thälmann-Park, an diesem Ernst-Thälmann-Denkmal. Wir kriegten das ein, zwei Tage vorher mit und es gibt 'ne Massenmobilisierung, die war legendär. Die FAP wurde wirklich weggeprügelt, weggedroschen, weggehauen. Die Bullen, die die schützen sollten, die haben es nicht auf die Reihe gekriegt. Nach dem 1. Mai hat die FAP im Prenzlauer Berg nur noch Probleme gekriegt, weil alle gemerkt haben, die müssen hier weg. Die hatten 'ne WG hinterm S-Bahnhof

Greifswalder. Da war auch der Harakiri-Laden und so. Da gab es eine richtige Kampagne '92, '93, '94, mit der wir es geschafft haben, die wirklich aus dem Kiez zu jagen. Die haben ihre Sachen gepackt und haben sich verpisst. 1993 ging es dann in Schöneweide los. Am 1. Mai '93, da haben Nazis in Schöneweide versucht zu demonstrieren. Die Demo ist nicht wirklich zustande gekommen. Wir haben die da weggehauen, in Schöneweide wurden sie weggeknüppelt und dann 1. Mai '94 haben sie versucht eine Demo zu machen in Lichtenberg, in der Weitlingstraße, mitten in ihrer Homepage. Daran kann ich mich noch ziemlich gut erinnern: Die haben eine Demo gemacht, Spalier der Polizei drumherum, lauter unscheinbare Leute und auf ein Signal hin, stürmten von allen Seiten Leute, in normalen Klamotten auf die Nazis zu und haben die Demo auseinandergedrückt. Das war einfach so, keine Viertelstunde und sie sind die gelaufen und es war zu Ende. Ich finde, sowas sind erfolgreiche militante Aktionen. Würde ich auf jeden Fall immer noch zu stehen. Das ist eine Form von offensivem Antifaschismus, der auf jeden Fall zu begrüßen ist.

Max hat seine aktuelle Sicht eben schon angerissen. Wir schaut ihr denn heute auf die damalige Zeit und euer Verhältnis zu Militanz? Wie schaut ihr im Rückblick auf eure Praxis?

Paul: Meiner Meinung nach gab es definitiv einen Zeitraum, vielleicht so ungefähr ab einem halben Jahr nach der Wende, dann die nächsten vier fünf Jahre, da gab es definitiv für mich berechtigte Gewalt gegenüber Nazis. Und ich bin mir auch ziemlich sicher, wenn – sagen wir mal – sechzig Prozent der gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht gelaufen wären, dann denk ich, hätten sich die Nazis definitiv noch mehr ausgebreitet, sowohl in den ländlichen Regionen oder auch in Berlin. Es gab auch gewisse Aktionen wie in Guben, bei denen sich einfach über das Verständnis der Leute von vor Ort hinweggesetzt wurde, einfach wie eine Horde durch das Dörfchen gezogen ist. Das finde ich im Rückblick schwachmattenmäßig. Aber bei einigen Aktionen kann ich nach wie vor nur sagen, die kann ich zu hundert Prozent vertreten und würde es genauso wieder machen.

Max: Militanz braucht einen politischen, ich würde mal sagen einen politisch-intellektuellen Unterbau. In Halle gab es '88 die SVKs, mit so einem beschissenen Namen „Skinhead Vernichtungskommando“. Das war eine Gruppe von Punks, die im Prinzip die gleichen Voraussetzungen hatten wie wir auch. Nur, dass die eben dann in Halle gesagt haben, wir kriegen von den Nazis hier nur auf die Glocke und haben Angst, wir haben Angst. Wir haben Angst, wir müssen was dagegen tun. Also haben sie sich organisiert, haben Kampfsport gemacht und haben gesagt, wir nehmen den Kampf an und wir jagen die hier aus unserer Stadt. Das war der einzige gemeinsame Nenner. Sie waren sozusagen eine Straßentruppe mit roter Armbinde. Sie sind losgezogen und die Nazis haben sich über eine lange Zeit nicht mehr getraut, irgendwas gegen sie zu machen. Aber damit war der Zweck dieser Gruppe auch weg. Die Gruppe hat sich dann auch in Wohlbefinden aufgelöst, weil der politische Unterbau fehlte. Dagegen haben wir gesagt, man muss auch

Überzeugungsarbeit machen, Bildungsarbeit, Aufklären. Wir haben militante Aktionen in den meisten Fällen aus einem bestimmten politischen Antrieb heraus gemacht. Das war keine besinnungslose Gewalt, das war konkrete Gewalt, zielgerichtete Gewalt. Und es war eine Form von Selbstverteidigung.

Alex: Wir hatten nicht immer so einen ideologischen Unterbau. Es ging auch um Hass. Man hat die Nazis gesehen, was sie in Hoyerswerda und Lichtenhagen gemacht haben. Blanker Hass gegen diesen tobenden Mob. Und klar, es gab das Antifa-Infoblatt und es gab Flugblätter. Ich war auch in einer Sportgruppe und wir haben nicht nur trainiert und uns nicht nur geprügelt, sondern uns auch Literatur gegenseitig übergeholfen, darüber diskutiert, bei irgendwelchen Zirkeln einmal im Monat gesessen und palavert. Die Selbstverteidigung war notwendig und sinnvoll, um das eigene Leben zu schützen und die eigenen erkämpften oder erarbeiteten Freiräume zu erhalten und weiter auszubauen. Wenn ich das so Revue passieren lasse und mich frage, was hast du da eigentlich früher gemacht und wie sinnvoll war das? Telefonkette, Fahrdienst, wir hatten einen festen Anlaufpunkt an bestimmten Tagen, der immer gewechselt hat – wir haben da schon ziemlich viel Tohuwabohu gemacht. Wenn ich heute auf eine Nazidemo gehe, kann ich daneben her spazieren und es passiert gar nichts. Wo ich mich frage, Moment mal, wo ist denn das, was wir damals vor 20 Jahren gemacht haben und mit welcher Energie und welcher Kraft wir das gemacht haben, uns denen entgegenzusetzen, was ist davon noch übrig? Aber das ist eine ganz andere Geschichte. Die Bullen sind bewaffneter, die Überwachung ist viel perfekter und die Gegenseite hat natürlich auch aufgerüstet. Die sind auch mit Waffen unterwegs, mit Messern. Da gibt es den sozialen Konsens nicht mehr, wie noch vor 20 Jahren. Sich damals in seinem eigenen Kiez, in seinen eigenen Strukturen angstfrei bewegen zu können, fand ich einfach super. Und ich finde es nach wie vor so. Dass man mit dem, was man politisch gedacht hat und versucht hat umzusetzen, nicht immer die Mehrheit der Bevölkerung erreicht hat, muss man nun schmerzlich nach 20, 25 Jahren zur Kenntnis nehmen.

Josephine: Ich denke, dass es einfach eine politische und soziale Notwendigkeit war. So wie wir das die ganze Zeit gesagt haben, dass es eine Form von aufgezwungener Auseinandersetzung war und eine Form von Selbstverteidigung, um die man nicht drum rumgekommen ist. Die Frage, ob ich das will, hat sich leider gar nicht gestellt. Ich hatte nämlich saumäßig Schiss und fand es total zum Kotzen und trotzdem musste man das machen. Ich denke, dass auch die Leute, die sehr ängstlich waren, bereit waren, Solidarität zu zeigen und nach Rostock zu fahren, wenn da irgendwie Großalarm war, weil es einen Überfall geben sollte aufs AJZ. Oder weiß der Geier wo hinzufahren, wo man sich fast in die Hosen geschissen hat dabei und dann heilfroh war, dass die blöden Nazis nicht gekommen sind. Das war eine Form von gelebter Solidarität, die total wichtig war. Klar, da sind total viele Fehler gemacht worden, auch im Umgang mit Gewalt. Aber es gab auch, wenn man sich das im Zeitverlauf anschaut, bei einem ganzen Teil Leuten einen Lernprozess und auch Verhaltensweisen und Aktionsformen wurden geändert. So größere

Events, so größere Aktionen ziehen natürlich auch Leute an, die bekloppt sind. Und die nicht unbedingt aus einer politischen Notwendigkeit heraus Sachen tun oder sich überlegen, was gibt es für adäquate Handlungsoptionen und ist Gewalt davon eine, oder ein militanter Angriff einer? Darüber gab es meines Erachtens zu wenig Auseinandersetzung. Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns diese Zeit nicht genommen haben, uns darüber ernsthaft auseinanderzusetzen oder ob uns die Zeit nicht gegeben wurde. Ich glaube eigentlich, dass es ein bisschen billig ist, sich rauszuschleichen und zu sagen, dass uns die Zeit nicht gegeben wurde. Ich kann mich schon an Diskussion erinnern, in kleineren Zusammenhängen, z.B. über die Ästhetik dieser Göttinger Antifa M mit ihren Plakaten. erinnert ihr euch noch daran? Das bunte Plakat mit den Helmen, was alle nur saumäßig cool fanden und in allen Infoläden hing.

Max: Das war autonomer Pop. Das war eben keine gelebte Militanz und kein politischer Unterbau. Das war Kasperle.

Josephine: Ich will gar nicht über Göttingen reden. In den Räumen, in denen wir uns bewegt haben, war Militanz nicht nur autonomer Pop, sondern das war gelebte Realität, dass man sich auseinandersetzen musste. Aber alle fanden diese militante, martialische Ästhetik total cool und haben das auch gelebt und sind auch so rumgerannt und haben groß auf dicke Hose gemacht. Ich fand das damals ätzend und finde es in der Rückschau nach wie vor bekloppt.

Helge: Ich würde in der Rückschau sagen, das war gut und notwendig. Mit allen Rückschlägen. Mit allen Fehlern, die wir gemacht haben, war es gut auch zu wissen: Du kannst in solchen Situationen immer jemanden anrufen, du kannst irgendwo hinfahren und kannst den Leuten helfen, ob das nun eine Wohnung in Rathenow oder ein Haus in Neuruppin oder eine WG in Strausberg ist. Du bist vernetzt. Und auch die Leute vor Ort und ich genauso in meinem Popelpupsnest kann jemanden anrufen und ich kriege Hilfe. Mit allen Fehlern und mit allem Drumherum. Es war scheiße, dass kein ausreichender politischer oder gedanklicher oder sozialer Unterbau dafür da war. Die Entwicklung war ja auch immer wellenförmig. Leute kommen, sind gegangen oder lieber beim Techno oder rund um die Welt, fangen an zu Studieren oder kriegen Kinder. Alles super. Das Problem ist einfach nur, wir haben es damals nicht geschafft, nach der Phase – von uns waren viele auch einfach ausgebrannt – gab es keinen Draht zu der jüngeren Generation. Die haben dich angeguckt, als ob du aus dem letzten Jahrhundert kommst und den Zaren kennst. Deswegen, glaub ich, gab es diesen Unterbau eben nicht.

Alex: Also du meinst, wir haben es nicht geschafft unsere Erfahrungen, unser Gefühl von Vernetzung und Solidarität sinnvoll weiterzugeben?

Helge: Richtig.

Max: Ich denke, die B'Null [Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), Anm. d. V.] hat auch viel kaputt gemacht. Die hat aus Antifa und Militanz

Pop gemacht. Die hat eine Marke draus gemacht. Buntes Hochglanz. Popmarke. Das Ende der Militanz der Antifa in Berlin würde ich sagen, ist der Beginn der B'Null. Und das betrifft auch andere Städte. Wo die stark waren, da wurde ein Hebel umgelegt. Die B'Null hat einen Strategiewechsel vorgenommen, weg von einer wehrhaften militanten Antifa hin zu einer politischen Bewegung, die Militanz nur noch als Label und Fähnchen vor sich herträgt. Und Gewalt als Mittel ausschließt.

Alex: Neben dem ausgebrannt sein, die führenden Aktivisten geben ab und zudem, dass was Max grad sagte, da entsteht was, was so ein propagandistischer Popanz ist, aber nicht aus den gelebten Strukturen entstanden ist. Und dann sind das auch diese Spaltpilze, die dort auftauchen. Da hatte ich keinen Bock mehr drauf. Ich will mit meinem Leben noch irgendwie was Sinnvolleres anfangen, als mich mit diesen Spaltpilzen auseinanderzusetzen.

Helge: Ich denke, dass man das weder alleine der B'Null anlasten kann, genauso wenig kann man das diesen Spaltsachen anlasten. Genauso wenig kann man das Leuten anlasten, die ausgebrannt sind und dann aussteigen. Eher schon, kann man das Leuten anlasten – wozu ich mich auch zähle, weil in Potsdam waren wir fünf Leute – und das hätte an uns gelegen, das Wissen weiterzugeben. Aber wir haben das nicht gemacht.

Ein Einschnitt, vor allem in der Westberliner Szene, war der Kaindlprozess. Der Neonazi Kaindl starb 1992 nach einem Angriff in einer Kneipe. 1994 lief der Prozess gegen Aktivist_innen. Der Fall wird in verschiedenen Publikationen zur autonomen Bewegung aufgegriffen. Welche Rolle spielte der Prozess für euch?

Helge: Ja, irgendein Hinterzimmer, militante Aktion und am Ende liegt der Herr Kaindl tot danieder, in der Gaststätte. Das hat dazu geführt, dass damals die Westberliner Antifaszene hochgenommen wurde. Mit Prozessen. Mit Haftbefehlen. Im Ergebnis ist es immer noch recht glimpflich ausgegangen. Auch die Szene hat sich ganz gut zur Wehr gesetzt, was aber auch dazu geführt hat, dass unglaublich viele Leute hinterher total ausgebrannt waren.

Paul: Oder verrückt geworden sind.

Max: Und es gab Leute, die gesagt haben, das geht mir zu weit, damit will ich nichts mehr zu tun haben. Und auch eine politische Entscheidung getroffen haben, sich von der Antifa zu distanzieren. Kaindl war eine krasse Nummer.

Helge: Ja, das war eine krasse Nummer und hat damals nicht nur richtig viel kaputt gemacht, sondern war auch sozusagen so ein Moment, genauso wie B'Null, Spaltungen, das ist in der gleichen Zeit. Natürlich gab es in der Zeit endlose Militanzdiskussionen, völlig neben der Rolle, völlig entglitten, ohne jede Substanz. Alle hatten Schiss, dass sie abgehört wurden und alle ständig kontrolliert werden

und wenn sie einen falschen Ton sagen. Da war dann auch durchaus so ein gewisses Misstrauen da in der Szene. Das hat viel kaputt gemacht. Aber es hat immer noch funktioniert, sich zu wehren und der Staat, die Staatsanwaltschaft und die Cops haben nicht erreicht, was sie wollten. Aber das ist auch das einzig Positive in dem Zusammenhang, was man erwähnen kann, dass man sich da nochmal erfolgreich auf einer ganz anderen Ebene, aber zusehen als Nachwirkung von Militanz zur Wehr gesetzt hat, gegenüber dem System und dann eben in dieser juristischen diskursiven Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Milieu.



Konspiration und Rauschen



Doc McCoy

Als 2010 "Der kommende Aufstand" auf deutsch erschien, fanden sich schnell Rezensionen in den einschlägigen linken Publikationen die das Werk als rechts, antiemanzipatorisch, verschwörungstheoretisch labelten, Geschichte wiederholt sich als Tragödie oder Farce, wie der alte Mann sagte. Das *Manifeste conspirationniste*, das nun als Broschüre auf deutsch vorliegt, fand gar nicht erst einen deutschsprachigen Verlag, was wohl nicht der Tatsache geschuldet ist, das es nicht mit jener sprachlichen und gedanklichen Brillanz wie dieser erste Text des "Unsichtbaren Komitees" daherkommt, auch wenn, was die Urheberschaft betreffend, jenes Pamphlet das im Original beim angesehenen *Edition Seuil Verlag* erschien, Gerüchte kursierten, es sei eben Werk zumindestens eines Teils jenes sagenumwobenen Komitees. Sondern der endgültigen politischen und intellektuellen Kapitulation der deutschen Linken im Pandemie Ausnahmezustand.

Von der noch zu reden ist, jedoch nicht ohne vorher notwendigerweise klarzustellen, dass das "Unsichtbare Komitee" in einem eigenen Kommuniqué (Die deutsche Übersetzung erschien auf [Sunzi Bingfa](#)) klarstellte, dass es nicht Verfasser des *Manifeste conspirationniste* sei, nicht ohne ordentlich Seitenhiebe zu verteilen: "Wir überlassen der imperialen Linken den Glauben, dass es eine Art von Revolution gibt, die in Reinheit gehüllt ist, und dass man Konterrevolutionen durch die Vervielfachung von moralisierenden Anathemata, politischen Prophylaxemaßnahmen und kulturellem Snobismus besiegt."

Womit wir auch schon bei den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen hierzulande und dem Mutterland der modernen Revolutionen angekommen sind.

Doch wenden wir uns noch einmal dem Jahre 2010 zu, und dem Raunen, dass auf die Veröffentlichung des "Kommenden Aufstandes" im deutschsprachigen Raum folgte. Nach der ersten Schockwelle, die auf die Veröffentlichung vor allem innerhalb der Linken folgte, weil es ans Eingemachte zu gehen drohte (*"Alle Milieus sind konterrevolutionär, da ihr einziges Anliegen der Erhalt ihrer miesen Bequemlichkeit ist"*) fanden sich doch noch einige Freund*innen des Textes, der immerhin sogar in zwei Übersetzungen kursierte, einmal als [freeware Version](#) und einmal beim Nautilus Verlag. Cord Riechelmann, der sich leider aus nachvollziehbaren Gründen weitgehend aus dem politischen Schreiben zurückgezogen hat, durfte in der *jungle world* eine Entgegnung und Verteidigung mit dem wunderbaren Titel "*Ein Feuer auf die Erde zu bringen*" [schreiben](#), und so ziemlich jeder Zusammenhang, der etwas auf sich hielt, gab seinen Senf zum Erscheinen des Pamphlets hinzu. Kurz gesagt, "Der kommende Aufstand" dürfte wohl der meistdiskutierte Text des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts in der sogenannten radikalen Linken gewesen sein. Genützt hat dies allerdings wenig, was sich nicht nur darin ausdrückt, dass eben jene Milieus, "von denen jedes einzelne beauftragt (ist), eine Wahrheit zu neutralisieren", sich mitnichten bereitwillig zur Selbstauflösung einfanden, sondern im Gegenteil sich ein Jahrzehnt später an die Spitze der konterrevolutionären linken Bewegung setzten, denen die autoritären staatlichen Maßnahmen im Pandemie Ausnahmezustand gar nicht repressiv genug ausfallen konnten, der faschistoiden total control zero covid Politik der chinesischen Regierung nicht nur vom Balkon enthusiastisch Beifall spendeten und Unterschriften für die Einrichtung von roten, gelben und grünen Kontrollzonen sammelten. Die ungeimpfte Menschen zu Feinden der "solidarischen Gemeinschaft" erklärten, denen im Falle einer Erkrankung an Covid 19 "jegliches Mitgefühl zu verweigern sei" (Jutta Ditfurth) oder wahlweise auch die medizinische Behandlung, bzw. die automatische Internierung als Mallorca Urlaubern in Quarantäne Lagern. Man könnte auch sagen, die Linke hatte wieder zu sich selbst und ihrer historischen Linie der pädagogisch wertvollen *killing fields* gefunden. Endlich selbst Staat geworden, zumindestens in ihrer neurotischen Perversion, schien am Horizont der Impfsozialismus auf, eine bessere Welt, selbstverständlich geleitet von den besten und erfahrensten Aktivist*innen die die radikale Linke zu stellen bereitwillig in der Lage war und denen das Kapital ganz nebenbei die Zügel zur weisen Lenkung der Staatsgeschäfte überreichen würde.

Doch lassen wir diese Elend hinter uns und wenden uns dem eigentlichen Werk zu. Und enttäuschen sogleich all die eigentlichen Verschwörungstheoretiker, denn die angeblich aufgeklärten Linken waren schon immer Diejenigen, die voller Hingabe die krudesten Theorien über die Dinge, die die Welt im Innersten zusammenhält, lieferten. Kurz gesagt, selbst das gebrandmarkte *Manifeste conspirationniste* geht davon aus, dass die Letalität einer Covid 19 Erkrankung dreimal so hoch sei wie die bei einer Grippeerkrankung. Der Skandal, denn die Linke, der jegliche materialistische Analyse abhanden gekommen ist, giert geradezu nach dem nächsten Skandal, von dem sich sich in ihren Blasen selbst berichten kann, ein letztes trauriges Seelenfutter verlorener Existenzen, jener Skandal existiert also gar

nicht. (Wobei noch anzumerken ist, dass die neuesten Varianten des Corona Virus mittlerweile genau eine solche Letalität mit sich bringen wie eine gewöhnliche Grippe.) Was also macht dieses *Manifeste conspirationniste* so gefährlich, für die herrschende Ordnung ebenso wie für die Linke, die vorgibt diese überwinden zu wollen, dass es nur allein aufgrund seiner Existenz exkommuniziert werden muss?

Es ist das Ergebnis von (umfangreicher) Recherche, politischer Einordnung und revolutionärer Vorstellungskraft. Es macht sich völlig frei von dem vorherrschenden Corona Narrativ, es denkt den Pandemie Ausnahmezustand von seiner Funktionalität her. Vor allem aber liefert es Fakten, Fakten, Fakten. Was zugleich seine größte Schwäche ist. Zu selten bricht sich sprachliche und gedankliche Brillanz Bahn *“In vielerlei Hinsicht ist der Bruch von 2020 verwandt mit dem von 1914. Dieselbe erstickende, schamlose Propaganda - vorhersehbar, aber effektiv. Derselbe himmelschreiende Verrat der Linken. Dieselbe Einöde, die um diejenigen entsteht, die nicht nachgeben... Alles in Allem holt die gesamte Linke seit zwei Jahren das Beste aus sich raus. Sie wird alle Produkte staatlicher Kommunikationskanäle weitergeleitet haben und sich keinerlei emotionaler Erpressung, keinen Paralogismus, keinem komplizenhaften Schweigen gesträubt haben. Sie wird sich als das erwiesen haben, was sie ist: irrational vor lauer Rationalismus, obskurantistisch vor lauer Wissenschaft, unsensibel vor Gefühlsduselei, krankhaft vor Hygienwahn, gehässig vor Menschenliebe, konterrevolutionär vor Progressivität, dumm, weil sie sich für kultiviert hält... Sie war die Stimme der Angst, solange die Angst herrschte. So weit, dass man Freiheit, Demokratie, Alternative, Revolution und sogar den Aufstand dem Werkzeugkasten der extremen Rechten überließ.”*

Dies sind die starken Stellen des Textes, weil er die Einsamkeit des Lesers lindert, Raum schafft für all die Wut und den Ekel über die Kapitulation und den Verrat an all dem was Generationen von Militanten an Antagonismus in den Metropolen aufgebaut haben. Wo er im besten Sinne an den “Kommenden Aufstand” erinnert, an den notwendigen radikalen Bruch mit der Linken, die sich historisch überlebt hat und deren lebende Leiche nur noch als moralischer Gralshüter fungiert. Dass der Text sich “die Verschwörung” wieder aneignet, Marx, Nietzsche, Freud... als “Verschwörer” aufführt, ist letztendlich akademisch angehauchte Beweisführung und wohl eher der Herkunft der Autoren geschuldet als der eigentlichen Notwendigkeit sich jenseits der herrschenden Narrativs zu bewegen. Aber vielleicht braucht auch der eine oder andere geneigte Leser die Beweisführung zur “Biostaatsbürgerschaft”, die ausführliche Darstellung der letzten zwanzig Jahre, die “[Preparedness](#)” als als Regularium der Dystopie, in der wir uns wiederfinden, hervorgebracht hat. Vielleicht macht es Sinn an all die Krisen-Szenarien zu erinnern, die im Vorhinein in diversen Gremien durchgespielt wurden, vielleicht macht es Sinn, daran zu erinnern, dass die staatlichen Maßnahmen der letzten 2 Jahre einem Plan folgten, dass das berühmte “Fahren auf Sicht” von dem Merkel sprach, ein einzige List darstellte, denn natürlich gab es Pläne für alle Eventualitäten, natürlich wurde die Schockstrategie zur

Einsperrung eines Großteils der Weltbevölkerung gezielt eingesetzt, der berüchtigte Leak des [Strategiepapiers der Bundesinnenministeriums](#) folgte einer Choreografie, natürlich war all dies eben das Resultat einer Überlebensstrategie eines Empires im Todeskampf, das nur noch über die Option des ewigen Krisenmanagers als letzte ideologische Verteidigungslinie verfügt. Vielleicht macht es Sinn, das alles noch einmal en detail nachzuzeichnen, vielleicht fällt der Text aber auch an dieser Stelle hinter das zurück zurück, was international seit 2 Jahren in dissident-aufständischen Strukturen gedacht, geschrieben und diskutiert wird. Und vielleicht reicht es auch und wird dem Anliegen besser gerecht, dem alten, klugen Agamben zu lauschen, der in seinen kurzen, prägnanten Aufsätzen in den letzten beiden Jahren so viel Licht in die intellektuelle Dunkelheit geworfen hat.

Die Diktatur der Verwundbarkeit

Doch Ehre wem Ehre gebührt, denn ohne Zweifel gehört das Kapitel zur *“Diktatur der Verwundbarkeit”* zu eben jenen Glanzstücken, die das *Manifeste conspirationniste* eben auch zu bieten hat und die der Mühe des Übersetzens und der Verbreitung wert sind. *“In den vergangenen Jahren hat man uns keine Sekunde der Muße gelassen, um zu vergessen, wie sehr unsere Existenz in die globale Infrastruktur eingebunden ist. Zu keinem Zeitpunkt hat man davon abgesehen, uns spüren zu lassen, was das an politischer Unterwerfung beinhaltet. Die Verwundbarkeit des Systems wird jederzeit auf die Verwundbarkeit seiner Untertanen umgelegt. Das ist die Genialität der Biopolitik.”* Genau an dieser Stelle wird das *Manifeste conspirationniste* unverzichtbar komplementär zu den wichtigen Texten, die die Frage der Perspektive der weltweiten Aufstände beleuchten. Weil die Frage danach, wie die Begrenzung des Aufstände aufgehoben werden kann nicht diskutiert werden kann, ohne unsere eigenen Abhängigkeiten, die ganz materiell und vor allem eine Frage von Essen, Trinken, Energie, Medizin... sind. Da es keine nationalstaatliche Perspektive mehr gibt (wobei anzumerken wäre, dass es diese aus revolutionärer Sicht nicht einmal 1917 gegeben hat), bleibt die Frage offen, wie der Aufstand Materialitäten im revolutionären Prozeß schaffen kann, die dieser eigenen Verwundbarkeit und der Verstrickung mit der Verletzlichkeit des Empire gerecht werden (die z.B. in der Frage der Logistikkrise allzu offensichtlich für jeden geworden ist).

Während ja bei Sartre *“die Hölle immer die Anderen sind”*, ist *“die gegenwärtige Hölle nichts anders als die Verwirklichung des alten positivistischen Projekts”* heißt es im *Manifeste conspirationniste*. Und auch hier gilt, dass das Wesen der Hölle eher zu ergründen ist wenn man sich einfach auf seine Nase anstatt auf seine Recherchekunst verlässt. *“Die Singularität, die doch das Ganze der Erfahrung ist, ist antistatistisch. Aus diesem Grund muß die Statistik überall die Erfahrungen verwüsten. In dem Moment, in dem man im Jahr 2020 die alten Menschen an Einsamkeit in den Pflegeheimen sterben ließ, nötigte man uns zu gekünstelten Gefühlen für tägliche Todeszahlen und gespenstische Abstraktionen. Man verlangte*

von uns - und verlangt es immer noch - , dass wir diesen statistischen Blick auf unser Leben annehmen. Zu denken und zu leben als wären wir nicht wir selbst, heißt mit dem Leben und dem Denken Schluss zu machen. Jedes Mittel ist recht, um uns von uns selbst loszureißen. Und notfalls in uns das gesellschaftliche Wesen gegen das singuläre Wesen aufzuwiegen. Zwischen dem statistischen Blick auf die Welt und der Welt selbst liegt der ganze Abgrund, der den letzten Atemzug eines geliebten Menschen vom Einfügen einer Einheit in die Spalte der Todesfälle trennt"

Wir werden siegen

Klare, wütende, liebevolle Gedanken, denen man die Lektüre der nächsten Seiten Beweisführung vorzieht. Wobei die Übersetzung ins Deutsche dem eh schon sperrig daher kommenden Originaltext nicht unbedingt gut getan haben dürfte. So springen wir also zum Schlusskapitel, das nicht weniger als einen Sieg verheißt, *"weil wir tiefgründiger sind"* ("tiefgründig" ist ein gelungenes Beispiel für die frustrierende Unübersetzbarkeit mancher französischer Phrasen). Und das mit einem zweiten Paukenschlag weitergeht. Einer mit Verve vorgetragenen Abrechnung mit "der Gesellschaft", bzw. dem reaktionären Konzept dahinter. Die Autoren führen uns an das Ende des 18. Jahrhundert zurück, zu Joseph de Maistre und Louis de Bonald, deren "Soziologie der Gesellschaft" die konterrevolutionäre Antwort auf die Revolution des Pöbels war, sie schlugen den Bogen über Comte und seiner "rationalen Reform der sich in der Krise befindenden Gesellschaft" und landen in Davos, bei Klaus Schwab, Xiao Ping und Bill Gates, bei Facebook und der chinesischen WeChat. Bei Eric Schmidt, CEO von Google: *"Ich glaube tatsächlich, dass die meisten Menschen nicht wollen, dass Google ihre Fragen beantwortet. Sie wollen dass ihnen Google sagt, wa sie tun sollen"*. Von da ist es nicht mehr weit zum "Krieg gegen die Seelen" und Stalins Rede an die russische Schriftstellerprominenz: *"Die Produktion von Seelen ist wichtiger als die Produktion von Panzern...und ihr müsst behilflich sein bei der Neuerschaffung der Seele... Und deshalb erhebe ich das Glas auf Euch, Schriftsteller, auf die Ingenieure der Seele."* Oder um mit den Autoren das Manifest zu sprechen: *"Das Operationsfeld der Epoche ist die Ebene der Seele. Auf diesem Gebiet liefert man sich den wildesten und den am wenigsten bemerkten aller Kriege."*

Doch wie nun einlösen, jenes Versprechen: Wir werden siegen? *"Die Revolutionen wollten nie 'das Wohl der Menschheit' erreichen... Wer das 'Wohl der Menschheit' herbeiführen will, führt ein Sanatorium und keine Revolution herbei. Revolutionen wollten immer mit einer Existenzform Schluß machen, mit einer Art von Menschheit, die erstickend geworden war. Es gibt keine nette Revolution."* Nun, die einen wollen unbedingt, dass "auf ihrer Revolution getanzt wird", die anderen wollen dass sie "großartig ist", alles andere sei "Quark". Und schönes Leben für alle sowieso. Jeder pickt sich was raus, die Revolution als gigantischer Weihnachtswunschgabentisch ewig regressiver Kleinbürger. Die Revolution aber ist blutig, grausam, ein Schlachten ohnesgleichen. Besonders nun, wo unsere Zeit so unglaublich begrenzt ist

angesichts der Verwüstungen der Welt. *“Wir wollen uns rächen. Uns rächen für die zwei Jahre weiße Folter...Für die Toten, die wir nicht beerdigen konnten. Für die verlorenen Freunde, oder auf Tranquilizer. Für die sich ausdehnende Wüste. Für die erzwungene Stille... Uns rächen für die verwüstete Erde und die sterbende Ozeane.”* So schreiben es die Autoren in ihrem Manifest. So muss es wohl sein, wenn wir siegen wollen. Weil wir siegen müssen.

Vielleicht läuft es alles wirklich darauf hinaus, wie es im Schlusskapitel des *Manifeste conspirationniste* steht, dem unbestreitbar stärksten Kapitel des Buches. *“Die zweite Überlegung...ist die Notwendigkeit, sich die Kunst der Verschwörung wieder anzueignen. Die ersten Formen der Arbeiterorganisation im 19. Jahrhundert waren konspirativ. Doch der ideologische Sieg des Marxismus, der sich ganz auf seine Strategie der Machteroberung durch Wahlen und seine wissenschaftliche Bewusstseinsbildung konzentrierte, hatte zur Folge, dass die notwendigerweise konspirative Dimension jeder konsequenten subversiven Aktivität verdrängt wurde. In Wirklichkeit war diese Dimension nie verschwunden, aber man musste sie verleugnen.”* *“Bildet Banden”* schrieben die jugendlichen Rebellen der Westberliner Hausbesetzerbewegung Anfang der 80iger an die Häuserwände der verfallenden Halbstadt. Sie waren ihrer Zeit weit voraus, oder vielleicht die letzten, die auf der Höhe der Zeit kämpften. Ohne Zweifel muss sich geschworen werden, ohne Zweifel sind die Banden der Freundschaften jenen der sogenannten Genossen vorzuziehen, worauf auch schon [Agamben](#) hinwies: *“vorausgesetzt, wir erinnern uns daran, dass Freundschaft – d.h. die Tatsache, ein Anderssein in unserer Erfahrung des Existierens zu spüren – eine Art politisches Minimum ist, eine Schwelle, die das Individuum gegenüber der Gemeinschaft sowohl eint als auch trennt. Das heißt, vorausgesetzt, wir erinnern uns daran, dass es sich um nichts Geringeres als den Versuch handelt, überall eine Gesellschaft oder eine Gemeinschaft innerhalb der Gesellschaft zu bilden. Mit anderen Worten, angesichts der zunehmenden Entpolitisierung der Individuen, in der Freundschaft das radikale Prinzip einer erneuten Politisierung zu finden”*.

Die Verbreitung der deutschen Übersetzung des *Manifeste conspirationniste*, auch und gerade unter jene, die nicht die üblichen Verdächtigen sind, dürfte auf jeden Fall dabei hilfreich sein, unsere Chancen zu erhöhen siegreich zu sein. Die nächste Etappe wird der kommende Herbst und Winter sein, die ohne Zweifel eine Explosion der schon gegenwärtig grassierenden weltweiten Revolten mit sich bringen werden. Entweder wird man am Rande der geschichtlichen Zuspitzung stehen, im Zweifel mit dem Finger auf den Schmuddelkinder zeigen, die ungebildeten [Barbaren](#), oder sich munter ins Schlachtengetümmel stürzen, die Herzen voller Hass und Liebe, *“und der Gewissheit, dass wir am Ende das siegreiche Leben sind”*.

Das Konspirationistische Manifest kursiert als Broschüre unter potentiellen Gefährten oder kann hier bestellt werden konspiration@protonmail.com

MANIFEST: الشعوب تريد - Einladung zu einem Internationalismus von unten



Der Text ist erschienen in Lundi Matin am 11. Juli 2022, wir haben ihn für diese Ausgabe der Sunzi Bingfa übersetzt.

Seit mehreren Jahren organisieren sich Exilanten der syrischen Revolution in Frankreich, um dem treu zu bleiben, was sie erlebt haben, und um das, woran sie glauben, weiter zu tragen. Sie haben uns diese Aufforderung übermittelt, einen Internationalismus der Kämpfe zu konstituieren und "die revolutionäre Zirkulation zwischen Territorien und Kontinenten zu intensivieren". Wir sollten von dort ausgehen, wo wir stehen, ohne jemals den Horizont aus den Augen zu verlieren, vor dem wir alle stehen. (Vorwort Lundi Matin)

Wir, die Teilnehmer, Kinder und Freunde der syrischen Revolution, haben uns mit einem Wunsch für die Zukunft getroffen: nie wieder, unabhängig von der Geografie, die Aufgabe des gerechten Aufstandes eines Volkes zu akzeptieren.

"Die Regierungen haben uns verraten, wo sind die Völker?", fragten die syrischen Revolutionäre.

Aus der Wut und der Bitterkeit unserer Erfahrungen, aber auch aus dem Bedürfnis, uns weniger allein zu fühlen, entstand der Wunsch, einander kennenzulernen und sich zu verbünden. In unseren Exilen und auf unseren Reisen haben wir uns mit den Revoltierenden getroffen. Wir trafen uns an den Schnittstellen einer kranken Welt. Wir haben verstanden, dass wir Teil eines transnationalen Kampfes sind. Dass wir

einer international organisierten Elite mit ihren Netzwerken der Unterdrückung und Ausbeutung gegenüberstehen.

Auch wenn wir unterschiedlich leiden, sind unsere Feinde dieselben. Manchmal verstehen wir nicht, woran ein anderer leidet, oft sprechen wir nicht die gleiche Sprache, aber das hindert uns nicht daran, uns verständigen zu wollen.

Seit einigen Jahren sind wir von einem Kontinent zum anderen gezogen, um uns in den Bewegungen für das Leben und die Würde zu engagieren. In den "ersten Reihen" der Aufstände haben sich unsere Sehnsüchte widergespiegelt - von Chile bis zum Libanon, von Hongkong bis zum Sudan, vom Irak bis Kolumbien, von Syrien bis Frankreich. In den Fußstapfen der zapatistischen und feministischen Kräfte begannen wir, ein Netz aus weltweiten Verbindungen zu knüpfen. Nicht als abstrakte Ethik, sondern als Überlebensstrategie. Da wir uns nicht mit Antworten auf Ausnahmezustände oder Krisen begnügen können, schmieden wir von dort aus, wo wir leben, Beziehungen der gegenseitigen Hilfe, des Lernens und der Komplizenschaft, die über Staatsgrenzen hinausgehen. Wir weben, was uns verbindet, und zeichnen unsere eigenen Kartografien.

In Paris, dem Herzen einer Metropole des Kapitals, aber auch dem großen Knotenpunkt des Exils, haben uns unsere Schritte dazu geführt, einen Ort der Begegnung zwischen Revolutionären aus aller Welt aufzubauen.

Wir wissen, wie sehr wir aus unterschiedlichen Gebieten mit ihren eigenen Dynamiken, Komplexitäten und Geschichten kommen. Aber wir wissen auch, wie unsere Kämpfe widerhallen, wie unsere Revolten die gleichen Schreie ausstoßen, wie wir uns in unseren Zweifeln und in unserer Wut wiedererkennen. Wir haben keine Angst vor Meinungsverschiedenheiten; wir pflegen die Vielfalt unserer Erfahrungen.

Wir versuchen, neue Wege zu beschreiten, aber aus vergangenen Versuchen ziehen wir unsere entschlossensten Lehren. Wir sind ständig auf der Suche, unsere Fragestellungen bleiben weit offen, angetrieben von einer einzigen Gewissheit: Nur die Völker retten die Völker.

Wir treten für einen Internationalismus ein, der die Grenzen von Nationen und Körpern überschreitet. Ein Internationalismus von unten, der in unzähligen Räumen und Gebieten verankert ist, die sich dazu entschließen, sich selbst zu regieren. Ein Internationalismus der Völker, die davon träumen, dass immer mehr Gebiete vom Kapital und von Tyrannen befreit werden.

Von denen unter uns, die aus dem Süden kommen, haben wir gelernt, allen Imperien zu widerstehen: den westlichen, aber auch den russischen, türkischen, chinesischen, iranischen oder israelischen.

Wir träumen immer noch vom Sieg. Vom Sieg der lokalen Räte in Syrien, vom Sieg der Widerstandskomitees im Sudan und der territorialen Versammlungen in Chile, vom Sieg eines Frankreichs, das sich durch seine 150.000 Kreisverkehre selbst regiert. Und um die Geister von Daraya, Kronstadt oder Shanghai wiederzubeleben, können wir, wie unsere chilenischen Freundinnen sagen, auf das Gedächtnis der Zukunft zählen.

Auf den langen und schwierigen Wegen der Kämpfe, die wir überall führen, wollen wir gemeinsam neue Horizonte aufzeigen. An alle, die oft lange vor uns damit begonnen haben, diese gegenseitige Unterstützung der Völker aufzubauen, an alle autonomen Kräfte, die sich für die Befreiung aller Menschen ohne Unterschied einsetzen, richten wir eine Einladung:

Wenn Sie können, kommen Sie zu unserem Treffen auf dem internationalistischen Festival "Les Peuples Veulent" (الشعوب تريد) am 21., 22. und 23. Oktober 2022 in Paris, unserem Beitrag zur Schaffung von Räumen für die Begegnung und den Austausch zwischen Revoltierenden auf globaler Ebene. Wenn Sie es nicht können, schreiben Sie uns, erzählen Sie uns von Ihren Versuchen. Schließen wir uns auf dem Weg zusammen.

Wir, die wir diese Welt in Brand setzen wollen, um sie wieder blühen zu sehen, haben keine andere Wahl, als uns zu treffen, uns zu vernetzen und Seite an Seite zu kämpfen.

Wir werden auf jedes Echo dieser Einladung hören.

Bis bald hier oder anderswo.

WAS IST 'LES PEUPLES VEULENT' (الشعوب تريد)?

Das internationalistische Treffen "Les Peuples Veulent" (Die Völker wollen) findet seit drei Jahren in Montreuil, einem Vorort von Paris, statt. Ursprünglich von der 'Cantine Syrienne de Montreuil' im Zuge der Aufstände von 2018-2019 angeregt, sind diese Treffen ein Vorschlag, um revolutionäre Zirkulationen zwischen Territorien und Kontinenten zu intensivieren. Im Oktober 2022 wird unsere vierte Auflage rund dreißig Kollektive aus Osteuropa, Lateinamerika, dem indischen Subkontinent, Afrika und dem Nahen Osten für drei Tage zu einem öffentlichen Festival mit Filmvorführungen, Konzerten, Diskussionsrunden und Ausstellungen zusammenbringen. Es wird eine Ausstrahlung und Übersetzung in verschiedenen Medien geben.

Schreiben Sie uns: lespeuplesveulent@proton.me oder

<https://www.instagram.com/lespeuplesveulent/?hl=fr>

Libanon: Unsere Kräfte



Ghassan Salhab

Erschienen in *Lundi Matin* [#345](#) am 27. Juni 2022, übersetzt von C. für Sunzi Bingfa
“Die Menschheit ist eine physikalische Enttäuschung, die mit Naturnotwendigkeit eintritt: Denn der Liberalismus stellt sein Licht immer unter eine Glocke aus Glas in dem Glauben es werde da brennen, wo keine Luft ist. Doch jenes brennt viel besser im Sturm des Lebens. Wenn kein Sauerstoff mehr da ist, erlischt das Licht. Aber glücklicherweise befindet sich die Glocke im Wasser der hohlen Phrasen und der Pegel steigt in dem Augenblick, in dem die Kerze erlischt. Wenn man die Glocke anhebt, riecht man die wahren Begebenheiten des Liberalismus. Er stinkt nach Kohlenmonoxid” - Karl Kraus

Es scheint, dass kein Gnadenstoss endgültig ist, dieser hier folgt nur auf den vorherigen, in Erwartung des nächsten. Ein Stoss jagt den nächsten. Der vollkommene, endgültige Zusammenbruch wird dauerhaft vertagt auf unbestimmte Zeit. Ich nehme an, dass er uns ehrlich überraschen wird und dass es dann *zu spät* sein wird. Man muss sich an den Gedanken gewöhnen, dass es niemals zu früh ist. Die Zeichen des Untergangs sind zu zahlreich, aller Art und überall, um die “Situation” noch zu interpretieren, ohne sich unermüdlich zu wiederholen und ohne sich unermüdlich zum Narren zu machen.

Wir sind also an diesem Punkt, mehr oder weniger aufrecht, nunmehr in unsere alltäglichen Aufgaben verstrickt, dabei, mehr als einen Spalt abzdichten, dabei – man weiss nicht welchen – Boden abkratzen, dabei die Morgendämmerung, die Meeresströme, die Zugvögel, den Wechselkurs und die Geister anzuflehen. Schmerz, Zwang, Wut hinuntergeschluckt, wagen *wir* es nicht mehr von egal was zu träumen, geschweige denn von ihnen, auf diesen unnötigerweise im ganzen Land aufgestellten Strommasten, von Nord nach Süd und von Ost nach West, gepflanzten Köpfen, oder ganz im Gegenteil, davon zu träumen ihre Fressen in Jauchegruben zu schmeissen und sie vergammeln zu lassen bis wir sie nicht mehr sehen müssen. Und im Grossen und Ganzen wäre die zweite Option perfekt.

Wir verübeln es ihnen immer noch genauso zu Tode, wie wir uns selbst Vorwürfe machen, wenn das nicht sogar unendlich viel mehr. *Wir* wussten es, wir haben es immer gewusst, wir konnten es nicht nicht wissen. *Wir* konnten nicht, wussten nicht, entweder in der Unfähigkeit uns von unseren guten alten Slogans und antiquierten Reflexen zu lösen, in der Zeit und in der Geschichte erstarrt, oder in der Unfähigkeit nicht dem jämmerlichen Trugbild einer endlich im Entstehen begriffenen *Nation* anheim zu fallen. Uns grundlegend in Frage zu stellen, um ehrlich zu sein. Auf allen Ebenen, um bei dieser Einheit, diesem berüchtigten “*Wir*” anzufangen, was es bedingt, was es ausmacht, seine Realität, seine *Zukunft*. Und heute, während dieser erbärmlichen Tage nach den legislativen Wahlen, ist das deutlicher denn je. Die Beharrlichkeit mit der mehr als nur ein Einzelner und mehr als nur eine Gruppe dem Gesang der Urnen verfallen, hat etwas ernsthaft Erstaunliches. Was bräuchten wir noch, um uns dieses wiederholten Betruges bewusst zu werden – ohne auch nur daran erinnern zu müssen, wie sehr die Regeln verdorben und wie sehr die Würfel gezinkt sind?

Das Spiel des politischen Umsturzes wurde mehr als einmal gespielt, auf mehr als einem Kontinent, von einem Jahrhundert zum Nächsten, und jedes Mal mit mehr oder weniger demselben Ergebnis: Die Neuankömmlinge, *in der Mehrheit*, interpretieren die Spielregeln mehr oder weniger anders, also gegen die Urnen, aber das Spiel bleibt hartnäckig das gleiche und es ist unmöglich zu behaupten, dass man nicht wisse, dass dieses Spiel außerhalb jeder Kammer und öffentlicher Institution kodifiziert und kodiert wird, dass es sich hauptsächlich in sehr abgeschlossenen Räumen abspielt, wo man sich finanziellen Jongliereien ohnegleichen hingibt; oder aber es ist ein Umsturz aus Eisen, ohne Wahlen, mehr oder weniger blutig, der eine Ideologie oder eine politische Strömung durchsetzt, und auf die ein oder andere Art und Weise jede mögliche Anfechtung eliminiert, alle “Konterrevolutionäre”, “Verräter” und andere vom gleichen Schlag vernichtet. Alles in allem ein x-ter “Coup”, der natürlich nicht die Warnung Rosa Luxemburgs in Betracht ziehe, die sie nur ein Jahr nach dem Ausbruch der russischen Revolution im Oktober 1917 in ihrem gleichnamigen Werk “*Zur russischen Revolution*” verfasste und das nur wenige Monate vor ihrer Ermordung auf Befehl des Verteidigungsministers der SPD, veröffentlicht wurde: *Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und*

Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur...“ hatte sie nachdrücklich geschrieben. Früher “Arbeiterklasse”, “herausragende Bürger” oder “Vorbilder” heute. “*Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden*”, hat sie auf ihrer Suche danach die Selbstorganisation der Massen zu legitimieren und Gleichheit und Freiheit miteinander zu versöhnen, betont. Wir müssen sehr wohl zugeben, dass die einzigen Revolutionen, die nicht in der Katastrophe oder im Schrecken geendet sind, die gestürzten Tyrannen oder autoritären Regime oft noch überholend und übertreffend, jene sind, die nicht die Zeit hatten, *sich zu erfüllen*.

Tatsache ist, *dass wir die Macht nicht mehr in einem festen Zustand denken können, wenn sie schon lange in einen flüssigen, wenn nicht gar gasförmigen Zustand übergegangen ist*, der sich unaufhörlich weiter verdünnt und jeden Körper sozial und organisch infiziert. Wir können unsere Kräfte nicht mehr unermüdlich gegen ihre Bullen und anderen Agenten der Autorität erschöpfen, gegen all diese errichteten Mauern, diese perfekten “Attrappen” ihrer Macht. Wir können uns nicht mehr unermüdlich Kämpfe liefern, die von vornherein verloren sind, *weil sie immer noch auf einer Ebene geführt werden, zu der wir noch immer keinen Zugriff gefunden haben* (ich leihe mir erneut Wörter des *Unsichtbaren Komitees*). Die Frage der Macht, noch dazu der zentralen, ist mehr denn je unvermeidbar. Und es geht natürlich nicht darum, ihr den berühmt berüchtigten Föderalismus gegenüberzustellen, der nur eine andere Form der Zentralisierung ist, des Zentralismus, eine Multiplikation offizieller Mächte, um ehrlich zu sein. Vielmehr stellt sich die Frage der Machtergreifung, der Regierungsform.

Wo sollen wir noch Kraft schöpfen, nicht um “ihnen” vergeblich die Stirn zu bieten, aber um zu versuchen, (sich aus) diesem Teufelskreis, der niemals aufhört uns an ihn zu ketten, zu lösen? Wo sollen wir noch schöpfen, wenn nicht aus dem, was sich niemals begreifen, ausprobieren, leben konnte oder durfte, oder wenn dann nur in mehr oder weniger reduzierter Form (in verschiedenen Formen alternativer Kollektivität, ländlich oder städtisch) oder in eher homogenen Gesellschaften (wie in Chiapas)? In einer wirklichen Autonomie oder Selbstorganisation die die Vertikalität der offiziellen und offiziösen Mächte offen ignoriert und ihre zahlreichen Getriebe, die nicht mehr versucht mit “ihnen” zu verhandeln (im wahrsten Sinne des Wortes). Um genauer zu sein: eine Autonomie, die nicht ihren Namen nannte, aus verschiedenen Kollektivitäten und mehreren Selbstorganisationen bestehend, gleich

welcher Größe, egal wo in diesem zerklüfteten Gebiet. Und alles würde sich in dem Bündnis zwischen diesen verschiedenen Kollektivitäten abspielen, in ihrer Komplementarität, in der Zirkulation der Bedürfnisse der einen wie der anderen, sei es im Bereich der Ernährung, der Medizin, der Technik, der Umwelt, der Energie oder anderer Bereiche. Und auch im Bereich der Lust. ja der Lust; der Freude, im Singular und im Plural, Lust und Freude sich von so vielen Zwängen und Fesseln zu befreien, tätig zu sein, zu versuchen anders zu sein, zu leben, in dieser verdammten Welt. Dies sei gesagt, für die betrübten oder verwirrten Geister: die Kollektivitäten, von denen ich hier spreche, bedeuten nicht die Unterwerfung unter das Kollektiv, aber Individuen, die um das Gemeinsame wissen und anders herum, denn das eine geht nicht ohne das andere. Es geht nicht um *Kollektivismus*, sondern um das Individuum und das Kollektiv, *und* nicht *oder*: Es bleibt mit der tragischen "Wahl", vor die uns die Welt seit jeher stellt, Schluss zu machen. Unmöglichkeit, Trugbild, ist es nur das? Vielleicht; sicherlich, umso mehr, als selbst während des Elans der Monate der Rebellion von 2019 und 2020 sich dieses nicht realisieren durfte, konnte, sich nicht wirklich denken durfte, konnte, um ehrlich zu sein. Und ich bezweifle, dass dieses berüchtigte Virus uns davon abgehalten hat. Aber was sonst im Angesicht der Unverschämtheit und des Zynismus, die herrschen und die absolut nichts zum Wanken bringt?

Die Rechtsstaatlichkeit, die viele gegenüber diesem Klüngel hochhalten, der zivile, säkulare, entkonfessionalisierte Staat mit einem Präsidenten, der über den Parteiinteressen steht, einer echten Regierung, einem ordentlichen Parlament, einer unabhängigen Justiz und all dem Schnickschnack und der Hinterlist der sogenannten demokratischen Repräsentation, wäre in ihren Augen die einzige Antwort. Das ist eine Forderung nach "moderner Demokratie", die die Augen vor dem schließt, was nicht gesehen werden soll. Aber wie soll man verneinen, dass es uns im Gegensatz zu mehr als einem dieser vermutlich beispielhaften Nationalstaaten, offensichtlich unmöglich ist, einen Grund zu errichten, einen gemeinsamen Mythos; von dem aus (sich) die Nation erzählt, sich fieberhaft und frierend entfaltet oder zurückzieht, je nach den Ereignissen, den Unwettern, "zum Guten und zum Schlechten"? Und oft zum Schlechten, wie wir wissen. Es ist uns offensichtlich unmöglich, in dieser Ecke des Mittelmeers, uns auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, weiter vorzutäuschen uns nach einer Geschichte zu sehnen, die "unsere" verschiedenen Communities um ein und denselben Gründungsmythos vereinte. Unsere Intrigen sind viel zu verworren und kein heiliges Schwert wird diesen Knoten durchschlagen kommen.

Das Wesen selbst der Mächte, der verschiedenen politischen Regime, "bei uns" wie woanders, in Ermangelung dessen noch groß wen überzeugen zu können, besteht darin, uns einzutrichern, dass es keine wirklich andere Wahl gibt, dass es vergeblich sei eine andere Welt aufbauen zu wollen, eine andere Art zu leben, es sich überhaupt nur vorzustellen, es ins Auge zu fassen, sinnlos uns zu organisieren . Jeder Staatsapparat – und glaubt mir, *unserer* funktioniert noch, wenn auch auf

seine ganz eigene Art und Weise – ist ein Klüngel, der Erfolg hatte. Im Plural natürlich “bei uns”. Klüngel, wenn man lieber mag Cliques, die am Ende des Tages wie Pech und Schwefel zusammenhalten, egal welche Beschimpfungen sie sich ohne Unterlass gegenseitig zuwerfen. Das “Chaos oder wir” ist mehr denn je ihre einzige Devise, sogar heute im vollkommenen Bankrott. Ein erbärmlicher und tödlicher Ouroboros aus mehr als einer Schlange verschiedener Größen bestehend, die nicht mehr aufhören sich gegenseitig in den Schwanz zu beißen. Dieses unwahrscheinliche Ensemble, das niemals richtig verkörpert werden konnte, durfte, nicht mal als Augenwischerei. Dieses schmale Terrain, wo man sich am ehesten noch *toleriert*. Dieses Unvermögen pluralistisch zu sein, das heisst vielfältig zu sein. Diese Unfähigkeit jeder noch so mächtigen Gruppe oder jedes noch so mächtigen Clans, sich offen über andere zu erheben, sie in die Schranken zu weisen, ihr Diktat und damit ihre Erzählung durchzusetzen. Aber wie soll man diese Unmöglichkeit eine gemeinsame Erzählung zu begründen assimilieren, wie soll man diese Realität annehmen, ohne wieder in diesen Brunnen ohne Grund zu fallen oder so zu tun als fiele man wieder und wieder hinein, in dieses immer brackigere Wasser, nicht indem man es umgeht, was wir so bemerkenswert gut können, aber indem wir alle Erzählungen nieder machen; individuelle wie kollektive, inklusive jener die nichts, nichts mehr sagen können, die keine Stimme mehr haben, kein Sprachrohr mehr besitzen, die niemals eines oder eine hatten, die vielleicht keine(s) wollen? Wie diese doppelte Sackgasse zulassen?

“Wir erleben nicht die Krise des Kapitalismus, sondern im Gegenteil den Triumph des Kapitalismus der Krise” hat das *Unsichtbare Komitee* zu Recht geschrieben. Egal welche Form dieser Kapitalismus hat, ob klassisch, liberal, neoliberal, staatlich oder chaotisch. Und das ist sowohl eine lokale wie auch eine internationale Angelegenheit.



Die französischen Anarchisten, die es mit finsternen Tech-Giganten aufnahmen

Machine in Flames



Oliver Haynes

Dieser Text erschien auf [Huck](#) und wurde von uns für diese Ausgabe der Sunzi Bingfa übersetzt.

Ein neuer Dokumentarfilm geht dem Geheimnis einer anonymen Aktivistengruppe auf den Grund, die in den 80er Jahren eine Reihe von Brandanschlägen in Toulouse verübte.

In den 1980er Jahren waren in der französischen Stadt Toulouse eine Reihe von Unternehmen ansässig, die mit Hilfe von Computern die Ziele der französischen Polizei und des militärisch-industriellen Komplexes verfolgten. Diese Firmen wie Sperry Univac - ein großes amerikanisches Ausrüstungs- und Elektronikunternehmen - gehörten zu den ersten, die digitale Überwachungssysteme entwickelten und Produkte herstellten, die dem Staat die Kriegsführung erleichtern sollten, indem sie die Zielgenauigkeit von Raketen verbesserten.

Toulouse beherbergte nicht nur diese privaten Militärfirmen, sondern auch ein wirbelndes Milieu von Radikalen, darunter spanische Antifaschisten, die vor Franco geflohen waren, die kommunistischen Guerilla-Attentäter der Action Directe und eine neue Linke, die in den Nachwehen des Mai 1968 entstand, als Studenten und

Arbeiter eine Reihe von Streiks anführten, die die Autorität der gaullistischen Regierungspartei und den orthodoxen Marxismus der Kommunistischen Partei Frankreichs ablehnten.

Aus diesem Milieu heraus entstand eine Aktivistengruppe namens Komitee für die Liquidierung und Subversion von Computern (CLODO), die in den 80er Jahren mehrere Brandanschläge auf die Computer der Toulouser Militärtechnikfirmen verübte. Über die CLODO ist nicht viel bekannt. Nach etwa sechs erfolgreichen und zwei fehlgeschlagenen Anschlägen auf Technologieunternehmen löste sich die Gruppe fast in Luft auf und hinterließ als einziges Zeugnis ihrer Existenz spielerische Mitteilungen.

Eine Einleitung zu einer [Übersetzung eines ihrer Kommuniqués](#) deutet darauf hin, dass die Gruppe aus einer stadtweiten Koalition hervorgegangen sein könnte, um den Bau des Atomkraftwerks Golfech am örtlichen Fluss Garonne zu verhindern. Als diese Bewegung 1981 in eine Sackgasse geriet, griffen einige Teilnehmer zu einer verdeckten Sabotagekampagne. CLODO, die sich selbst als Computerarbeiter bezeichneten, könnten diesen Sabotage Impuls auf den Computer übertragen haben, den sie für "das bevorzugte Werkzeug der Herrschenden" [hielten](#). Er wird benutzt, um auszubeuten, zu den Akten zu legen, zu kontrollieren und zu unterdrücken".

Während andere linksradikale Gruppen dieser Zeit, wie die Roten Brigaden oder Action Directe, es todernst meinten, Attentate verübten und umfangreiche antiimperialistische Traktate schrieben, agierte CLODO eher wie Spaßvögel. Nach ihren Aktionen (bei denen nie Menschen zu Schaden kamen) hinterließen sie humorvolle Graffiti und satirische Dokumente, wie das "Selbstinterview", das sie an die Zeitschrift Terminal schickten. In dem Interview antworten sie auf ihre eigenen Fragen mit bissigen Beleidigungen, indem sie ihren IT-Kollegen unterstellen, sie würden "ihre grauen Zellen nur selten benutzen", und mit Provokationen wie der Frage "Was könnte alltäglicher sein, als ein Streichholz auf ein Paket mit Magnetbändern zu werfen". Sogar ihr Name war ein Scherz; CLODO ist ebenfalls ein unübersetzbarer Slang in der Art von "Penner" oder " Schnorrer".

Dennoch war nie klar, wer die Witzbolde waren. In ihrem neuen Dokumentarfilm *Machines in Flames* gehen die Filmemacher Thomas Dekeyser und Andrew Culp dem Geheimnis um CLODO auf den Grund. Culp und Dekeyser verwenden unkonventionelle Techniken - wie z. B. die Möglichkeit, einen Teil der Erzählung auf einem Macbook-Screenshare zu präsentieren -, die dem anarchischen Geist der Gruppe treu bleiben.

Dekeyser stieß erstmals in einem alten Lehrbuch für Computertechnik auf CLODO und begann zu recherchieren. Er stellte bald fest, dass im Internet nur sehr wenig über sie zu finden war, abgesehen von selbst veröffentlichten Mitteilungen und Erwähnungen in der Presse über Angriffe auf die Firmen Phillips Data Systems, CII Honeywell Bull und Sperry Univac.

"[Culp und ich] fühlten uns sofort zu dieser Gruppe hingezogen", sagt Dekeyser, "nicht nur, weil es so wenig Informationen gab (obwohl das das Geheimnisvolle an ihnen noch verstärkte), sondern auch, weil sie sich von anderen Gruppen in den 70er und frühen 80er Jahren abhob; ihre Verspieltheit, die Tatsache, dass sie nie gefasst wurden und dass sie behaupteten, selbst Computerarbeiter zu sein. All diese kleinen Elemente summierten sich zu einer Art Besessenheit."

CLODO waren keine Primitivisten wie der Unabomber oder die zeitgenössische ITS-Gruppe in Mexiko, die zu einem vorindustriellen Zustand der Gesellschaft zurückkehren wollen. Dekeyser zufolge waren CLODO nicht gegen jede Technologie, sondern griffen Computer an, weil sie "die Computertechnik, insbesondere in den Händen des Militärs oder der Polizei, als eine Möglichkeit sahen, die Chancen zu verringern und die Möglichkeit einer Revolution auszuschalten". Sie waren auch keine Schwachköpfe, weil sie sich nicht um die Arbeitsbedingungen kümmerten".

Einen Tag, nachdem Präsident Reagan die Invasion des karibischen Staates Grenada angeordnet hatte, griff CLODO die Büros von Sperry Univac in Toulouse an, setzte deren Computer in Brand und sprühte den Satz "Reagan greift Grenada an, Sperry ein multinationaler Komplize" an die Wand. Nach Ansicht von Dekeyser zeigt dies, dass CLODO eine Verbindung zum ultralinken Milieu, aus dem sie hervorgegangen ist, beibehalten hat. "Der Angriff auf Sperry stellt CLODO in eine lange Tradition des antiimperialistischen Kampfes in Kontinentaleuropa zu dieser Zeit, der das Aufspüren struktureller Schwächen im globalen imperialistischen Kapitalismus als eines seiner zentralen Ziele ansah", sagt er.

Der Angriff auf Sperry war die Rache für Grenada. "Wenn Konzerne solche Formen der Gewalt anwenden, gibt es immer eine Antwort darauf", sagt Dekeyser. "CLODO hat nur den Kreislauf der Gewalt geschlossen. In der Logik des Antiimperialismus hatte Sperry Univac es verdient."

Während diese Aktionen große Aufmerksamkeit erregten, "verwischte CLODO ihre Spuren", fügt Dekeyser hinzu. "Sie schrieben sehr stolz über ihre eigene Anonymität und darüber, dass sie mehr über den Staat wussten als der Staat über sie." Ihm und Culp sei schnell klar geworden, dass sie mit dem Sammeln all dieser neuen Informationen über CLODO teilweise das wiederholten, was die Polizei damals wahrscheinlich tat, um die Gruppe aufzuspüren. Doch anstatt sie zu entlarven, versucht das Projekt, der Logik von CLODO treu zu bleiben. Die Filmemacher entwickeln derzeit USB-Sticks, die den Film enthalten und die Computer, die sie benutzen, vorübergehend deaktivieren. Sie beabsichtigen, diese Sticks auf dem Firmengelände von Technologieunternehmen zu verteilen und den Film auf die Seiten ihrer Gebäude zu projizieren.

Obwohl CLODO relativ unbekannt ist und nur drei Jahre lang existierte, hat er ein seltsames Nachleben. Dekeyser nennt das Beispiel einer Gruppe, die Anfang der 2000er Jahre vor Gericht stand, weil sie in einer Aktion, die an CLODO erinnerte und

wahrscheinlich von CLODO inspiriert war, die Stromleitungen von TGV-Zügen angegriffen hatte. Zwar wurde niemand für schuldig befunden, aber die angeklagte Gruppe wurde weithin für die Hintermänner des Unsichtbaren Komitees gehalten, einer ultralinken Zelle, in deren Manifest eine Passage über Anschläge auf TGV-Stromleitungen enthalten war, um die Geschwindigkeit der Gesellschaft zu verringern und zu verhindern, dass die Menschen gezwungen werden, zur Arbeit zu gehen.

Der Film deutet auch die Möglichkeit eines modernen CLODO an. Im Jahr 2017 wurde in Grenoble ein "Fablab" - ein Labor, das Produkte durch die Kombination von computergestütztem Design und 3D-Druck herstellt - von einer anonymen ultralinken Gruppe niedergebrannt, die von der Polizei als "Anarcho-Libertäre" bezeichnet wurde. In ihrem Kommuniqué bezeichnete die Gruppe Case-Mate, die Eigentümer des Labors, als "eine notorisch schädliche Institution", da sie Computer für die Interaktion mit zuvor offline ablaufenden Prozessen wie Konstruktion und Design einsetzten. Sie schrieben auch, dass die Gesellschaft einem "technologischen Totalitarismus" zum Opfer falle. CLODO mag in den 80er Jahren in der Dämmerung von Toulouse verschwunden sein, aber ihr Ethos - der Kampf gegen eine von vernetzten Technologien beherrschte Gesellschaft mit dem Feuer als Waffe - lebt weiter.

Dekeyser hält es für möglich, dass CLODO in ihren 20ern oder 30ern waren, als sie ihre Anschläge verübten, so dass die Mitglieder wahrscheinlich noch da sind, um die heutige Zeit der technologischen Sättigung mitzuerleben. "Ich bin mir ziemlich sicher, dass sie unglücklich darüber sind, wie die Dinge stehen", sagt er. "Aber sie hätten auch von Anfang an gewusst, dass wir an diesem Punkt enden würden."



Die offizielle website zum Film *MACHINES IN FLAMES* findet Ihr hier:
<https://machinesinflames.com/0>

Kuba: Anarchistische Überlegungen ein Jahr nach dem 11. Juli (Interview)



Black Rose Anarchist Federation

Am 11. Juli erschütterte eine Welle von Antiregierungsprotesten die kubanische Realität auf nationaler Ebene. Ausgehend von den Außenbezirken des Archipels, wie San Antonio de los Baños in der Nähe von Havanna und Palma Soriano in der Provinz Santiago, breiteten sich die Proteste in weniger als 24 Stunden auf mehrere Städte und Gemeinden aus. Tausende von Menschen, angeführt von den prekärsten Schichten der kubanischen Gesellschaft, gingen landesweit auf die Straße. Ein Ereignis dieses Ausmaßes war nicht nur dem kubanischen Staat unbekannt - der letzte Volksaufstand, bekannt als "Maleconazo", fand 1994 statt - sondern auch den kubanischen Volksschichten selbst. Diese beiden unversöhnlichen Feinde - der Staat und die vom Staat Beherrschten - maßen ihre Kräfte vor dem Hintergrund eines entscheidenden Ereignisses. Die Reaktion des kubanischen Staates war äußerst gewaltsam - 1.848 Verhaftungen im Zusammenhang mit dem 11. Juli wurden verzeichnet. An der historischen Bedeutung dieser Ereignisse kann kein Zweifel bestehen.

Der Widerstand gegen die staatliche Vorherrschaft hat in Kuba nie aufgehört, ein Widerstand, der durch viele Komplexitäten gekennzeichnet ist, ein Widerstand, der viele Formen angenommen hat, sowohl öffentlich als auch individuell, ein Widerstand, der auch von anderen Mächten und Agenden kooptiert wurde. Aber ein Widerstand, der im tiefsten Inneren immer der Ausdruck der Klassen, Gruppen und

Individuen war, die vom Autoritarismus des kubanischen Staates beherrscht werden, und der daher immer ein legitimer Widerstand war und, mehr als legitim, die Hoffnung darstellte, eines Tages den endgültigen Angriff auf das Herrschaftssystem zu organisieren und eine radikale und wirklich revolutionäre Befreiung in die Tat umzusetzen. Volksbewegungen sind grundsätzlich nie abgeschlossen und ihre Entwicklung verläuft nie linear. Dies kann als ihre Hauptstärke, aber auch als ihre authentische historische Form verstanden werden. Wir sind davon überzeugt, dass die tiefe Krise der kubanischen Gesellschaft auch weiterhin zu verstärktem Widerstand führen wird. Aber jetzt, ein Jahr nach dem 11. Juli, ist der Akt der Reflexion unerlässlich.

*Wir haben unsere kubanischen Genossinnen und Genossen, Mitglieder des **Alfredo López Libertarian Workshop** und Koordinatoren des **Abra Social Center**, gebeten, ihre Ideen mit uns zu teilen. Diese Überlegungen sind eine wichtige Lektüre. Diese Überlegungen machen vor allem Schluss mit dem binären Charakter, mit dem die Beziehung zwischen Staat und Opposition in Kuba verstanden wird - ein Verständnis, das das historische Interesse aller beteiligten Herrschaftsmächte ausgemacht hat. Wir haben keinen Zweifel daran, dass diese Überlegungen von denjenigen geschätzt werden, die sich mit revolutionärer Ehrlichkeit als Revolutionäre erkennen und für die soziale Revolution organisieren.*

(Vorwort Black Rose Anarchist Federation)



Schwarze Rose / Rosa Negra (BRRN): Ein Jahr nach den historischen Protesten vom 11. Juli, wie schätzt Ihr die Lage auf Kuba ein?

Mitglied des Alfredo López Libertarian Workshop (ALLW): Nun, es gibt mehrere Dinge, die Teil der üblichen Landschaft des regionalen Verfalls sind, den wir hier erleben, als Teil des Verfalls dieser Welt, die um Waren herum organisiert ist. Es gibt eine große Erschöpfung der Grundressourcen, eine sich ausbreitende Nahrungsmittelkrise, eine Energiekrise, kurz gesagt, eine multidimensionale Krise, die für diejenigen von uns, die die 1990er Jahre in Kuba erlebt haben, nicht ungewöhnlich ist. Erstaunlich ist jedoch, was der kubanische Staat über den Umgang mit Knappheit gelernt hat, und zwar in Bezug auf die Bevölkerungsdichte, die sozialen Konfliktgebiete und die Pole der sozialen Ungleichheit, insbesondere bei Stromsperrungen und der Beschaffung von Produkten, die inmitten der grassierenden Knappheit knapp sind. Diese staatsbürgerliche Erziehung ist das Ergebnis von 62 aufeinanderfolgenden Jahren der Ausübung der totalen Macht über das soziale Gefüge Kubas.

Zweifelloso gibt es große Unterschiede im Vergleich zu der Zeit vor dem 11. Juli. Es gibt eine sehr interessante Skepsis gegenüber der Form und der operativen Logik des Staates, dem Diskurs des Staates und der Behörden. Es gibt jetzt eine gesunde Erschöpfung der Glaubwürdigkeit der offiziellen Realität, und in diesem Sinne ist es ein sehr interessanter Moment.

Damit einher geht auch ein ziemlich tiefer Zusammenbruch des sozialen Gefüges der Volkssolidarität. Natürlich ist dies nicht absolut. Es gibt auch wertvolle Formen der täglichen Solidarität und gegenseitigen Hilfe. Und mit der Frage der Hunderte von Menschen, die in den Tagen des 11. Juli inhaftiert waren, wurde eine sehr interessante, solide Solidaritätsbewegung ausgelöst, die alle Ideologien überwindet.

Gleichzeitig versucht der kubanische Staat, sein Image als Wohltäter/Vater der Gemeinschaft zu erneuern, das sich in der kubanischen Bevölkerung festgesetzt hat und konkrete Realitäten um dieses Image herum geschaffen hat. Aber im Allgemeinen hat die gegenwärtige Situation das tägliche Leben in Kuba extrem beschwerlich gemacht. Es gibt einen sehr starken internen Migrationsprozess in Richtung der großen Städte, es gibt eine große Verzweiflung darüber, wie man mit den alltäglichen, wachsenden Schwierigkeiten zurechtkommt, und darüber hinaus ist die kollektive Gewissheit bekannt und spürbar, dass es noch schlimmer werden wird, aber auch, dass der repressive Machthaber, der Kuba beherrscht, kein ewiges Urteil ist und dass wir ihn auf diffuse Weise in eine andere Dynamik drängen. Wir müssen gegenüber den Ausdrucksformen der Reorganisation des sozialen Gefüges des Volkes, der Neuformulierung dieses sozialen Gefüges aufmerksam sein, denn das ist wirklich die einzige machbare Option, die wir haben, nicht nur als Anarchisten, sondern als soziale Wesen. In so grundlegenden Momenten wie denen, die wir in Kuba erleben, wird die kollektive schöpferische Funktion der von Kropotkin erforschten gegenseitigen Hilfe sehr transparent.

BRRN: *In einer Analyse der objektiven und subjektiven Ursachen der Proteste ein*

Jahr später: Was hat sich verändert? Was ist geblieben?

ALLW: Ich werde mit dem beginnen, was meiner Meinung nach geblieben ist. Geblieben ist eine zunehmende Erosion der Möglichkeiten eines einigermaßen organisierten Lebens. Die Zerstörung der volkstümlichen, bäuerlichen, ländlichen Welt in Kuba hat sich fortgesetzt. Die Zentralisierung des Staates ist geblieben, die Militarisierung der Gesellschaft, die Präsenz der politischen Polizei ist verstärkt worden. Die Abwesenheit kollektiver Optionen ist angesichts der Staats- und Wirtschaftskrise und angesichts des gesamten Autoritarismus in Kuba bestehen geblieben.

Was hat sich verändert: Ich denke, dass sich in erster Linie das Verhältnis zwischen den Menschen verändert hat, das heißt, das Verhältnis zwischen der Masse der Menschen und dem Staat. Es gibt eine wachsende Ablehnung des Staates oder der Regierung, der Machthaber, der politischen Polizei, und eine sehr bedeutende Ablehnung von allem, was mit der autoritären Normalität in Kuba zu tun hat. Und angesichts all dessen hat der Staat natürlich den gesamten repressiven und polizeilichen Apparat eingesetzt und auf das Gefängnis als Lösung gesetzt. Auf der anderen Seite geht es darum, das gemeinschaftliche Gesicht des Staates wiederzugewinnen, das heißt, es gibt eine ganze Reihe von Aktionen, die der Staat durchgeführt hat, reine Propagandaaktionen, um, sagen wir, ein gemeinschaftliches Gesicht zu schaffen, ein Gesicht der Aufmerksamkeit für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, für die wachsende randständige Bevölkerung, die sich in den Großstädten des Landes konzentriert. Auch die Arbeit in den Zentren des Widerstands und der Dissidenz wurde im Detail verbessert.

Die Repression ist viel härter und unbarmherziger geworden, und mit all dem geht, wenn auch in geringerem Maße, die Frage der Unkenntnis darüber einher, was mit dem Gefängnisystem in Kuba geschieht. Das Thema der Gefängnisse in Kuba, das Thema der politischen Gefangenen, wird der Bevölkerung immer vertrauter. Das ist natürlich eine große familiäre/persönliche Tragödie, aber gleichzeitig auch ein Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten über den repressiven, autoritären, polizeilichen Charakter des gesamten Staatsapparates in Kuba. Und in diesem Sinne bleibt alles gleich, die offizielle Realität bleibt gleich, aber darunter gibt es eine sehr große Strömung der Delegitimierung des gesamten Staatsapparates und die Unfähigkeit des Staates, eine Antwort auf die Ansammlung aller sozialen Forderungen zu geben.

Und in diesem Sinne ist inmitten all des Unglücks, inmitten all der Katastrophe, die sich abspielt, ein Zusammenbruch des gesamten Staatsapparats in Sicht, mal sehen, was passieren wird. Es ist klar, dass dieser Zusammenbruch zutiefst gewaltsam und regressiv sein wird, aber diese Destabilisierung ist bereits im Gange, sie findet bereits statt, und diese Destabilisierung des Autoritarismus und des Etatismus in Kuba wird keinen anderen Ausweg haben als zumindest die

Transformation und die Erschöpfung. Dies ist eine Krise des Staates, wie wir ihn heute auf Kuba vorfinden.

BRRN: *Wie hat der kubanische Staat auf die durch den 11. Juli entstandene Situation reagiert und wie sieht Ihr die Rolle des Staates zum jetzigen Zeitpunkt?*

Das Einzige, was der kubanische Staat im Moment zur Verfügung hat, ist Repression, Angst, die zentralisierte Verwaltung von Angst. Zu seinen Gunsten spricht auch die enorme Unerfahrenheit der kubanischen Gesellschaft, was das Erlernen von Reaktionen, das Erlernen der Selbstorganisation angesichts des Autoritarismus und der bestehenden Despotie angeht. Zu seinen Gunsten spricht auch die ständige und dauerhafte Abwanderung der kubanischen Jugend, ein recht großer Faktor des Konservatismus. Der Staat verfügt auch über alle wirtschaftlichen Ressourcen und das Geld, das durch diese Auswanderung hereinkommt, und hat gelernt, mit dem demografischen Ausbluten des Landes zu leben. Es ist ein Musterbeispiel dafür, wie ein Staat eine Gesellschaft verschlingt. Der Staat hat auch 60 Jahre Erfahrung in der Verwaltung von Repression, in der Praxis der sozialen Atomisierung. Aber es muss gesagt werden, dass dies vor dem Hintergrund eines wachsenden kritischen Bewusstseins in Bezug auf den Staat selbst in Kuba geschieht, und die Funktion der grundlegenden Institutionen des Staates in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Repression, der sozialen Kontrolle, des Vertikalismus, und in diesem Sinne macht dies dem Staat sehr schwer, die Glaubwürdigkeit seiner eigenen Existenz zu verwalten. Dies ist also ein sehr interessanter Moment.

BRRN: *Die Proteste vom 11. Juli verdanken ihre Bedeutung zum Teil der entschiedenen Beteiligung der kubanischen Arbeiterklasse. Obwohl wir wissen, dass dies ein umstrittener Punkt ist, wollten wir wissen: 1) Eure Meinung 2) Welche Auswirkungen hatte der Protest auf die kubanische Arbeiterklasse?*

ALLW: Meiner Meinung nach muss man sagen, dass die kubanische Arbeiterklasse in der Tat eine führende Rolle spielt, aber es ist die arbeitslose, prekäre Arbeiterklasse, die Welt der Kleinstädte und die bäuerliche Welt, die auf die prekärste Art und Weise urbanisiert wurde, und auch mit einem sehr geringen Bewusstsein, dass sie eine Arbeiterklasse ist.

Es ist ziemlich kompliziert, wenn wir definieren, dass die Arbeiterklasse der Protagonist dieser Ereignisse war. Es gab keine klassische gewerkschaftliche Organisation, keine betriebliche Organisation, keine territoriale Organisation, die mit der Arbeitswelt verbunden war. Es war im Wesentlichen die städtische Bevölkerung, die aus dem informellen Urbanisierungsprozess hervorging, der sich im ganzen Land vollzog. Zweifellos handelt es sich um eine Welt, die von der Welt der Arbeit herrührt, die Welt des Arbeitertums, aber vor allem eine Welt, die von Unsicherheit, von Arbeitslosigkeit, von der fehlenden Perspektive, als Arbeiter zusammenzufinden, geprägt ist. In Kuba und, wie ich glaube, auch in vielen anderen Ländern, ist man als

Lohnarbeiter mit einem festen Gehalt praktisch schon in der Mittelschicht und nicht mehr in der Arbeiterklasse angesiedelt.

Wenn man also sagen will, dass die Protagonisten des 11. Juli aus der Arbeiterklasse stammten, dann müsste man all diese Details aufführen. Auf der anderen Seite gibt es den Bezugspunkt der sozialen Kämpfe der Arbeiter auf der ganzen Welt. Dieser Bezugspunkt, die kubanische Emigration selbst in den Vereinigten Staaten, die zu einem Modell wird, das man anstreben, dem man folgen kann, und die vor allem ein Modell des überzeugten Verbrauchers ist, eines Verbrauchers, dem es endlich gelingt, Zugang zu einer ganzen Welt des Konsums zu erlangen, ein Zugang, der jahrzehntelang aufgeschoben wurde, so dass es in diesem Sinne kompliziert wird, von der Arbeiterklasse zu sprechen. Es wird schwierig, den 11. Juli mit einer Arbeiter- und Proletarier-Ikonographie in Verbindung zu bringen, weil es wirklich nicht einfach ist, ihn visuell so zu sehen.

Natürlich kann man auf einer theoretischen Ebene sagen, dass ein Ereignis wie der 11. Juli von der Arbeiterklasse durchgeführt wurde. Auf der Ebene, sagen wir, einer soziologischen, analytischen Analyse, des Klassenverhältnis und all dem, natürlich, ja, aber es ist nicht etwas, das sichtbar und leicht in den Verhaltensweisen, in der Art der Subjekte, die am 11. Juli protestierten, gefunden werden kann. Es ist eher die Welt der Unsicherheit, die Welt der allgemeinen Armut, die Welt der Arbeitslosigkeit, die Welt der Sinnlosigkeit im Alltag, in der ich denke, dass es auch eine Möglichkeit gibt, das Thema des 11. Juli zu verstehen.

BRRN: *Hunderte von Menschen wurden im Zuge der repressiven Maßnahmen des Staates nach dem 11. Juli inhaftiert. Wie ist der Status der politischen Gefangenen und wie seht Ihr den Charakter der Kampagne zu ihrer Freilassung?*

ALLW: Die Ereignisse des 11. Juli und die damit verbundenen Massenverhaftungen haben den Status der politischen Gefangenen in Kuba in den Vordergrund des sozialen Konflikts gerückt - den Status der politischen Gefangenen für Hunderte von jungen Menschen, die nie eine formale Verbindung zu dem hatten, was man Politik nennt. In diesem Sinne kann der kubanische Staat nicht mehr mit der Vorstellung operieren, dass es in Kuba keine politischen Gefangenen gibt, dass es in Kuba keine politische Opposition gibt, dass es nur gewöhnliche Gefangene gibt, Menschen, die einfach gegen die Gesetze in Kuba verstoßen, dass der Diskurs aufgefliegen ist. Es gibt eine ganze Reihe von politisch motivierten Gefangenen, die mit dem 11. Juli in Verbindung stehen, und das ist nicht so sehr wegen der Zahlen, sondern wegen der Art und Weise, wie alles öffentlich gemacht wurde.

Es muss natürlich gesagt werden, dass es in Kuba eine riesige Gefängnispopulation gibt, über die es nur sehr wenige Statistiken gibt, aber sie ist bekannt und wird täglich wahrgenommen: die massive Präsenz von Gefängnissen in Kuba, die Gefängnispopulation in Kuba, die Gefängnisindustrie in Kuba. All dies wurde durch die Solidaritätsbewegung, die aus den Hunderten von Menschen, die wegen der

Ereignisse des 11. Juli inhaftiert wurden, hervorgegangen ist, in den Vordergrund gerückt. Und nun, die Bewegung, die sich darum herum organisiert hat, ist eine Bewegung, die über alle Ideologien hinausgeht, die über spezifische politische Orientierungen hinausgeht und die eine Anti-Gefängnis-Sensibilität hervorgebracht hat, könnten wir sagen - speziell in Bezug auf diese Menschen, nicht in Bezug auf das Gefängnis als solches, als Institution. Es wird heute in Kuba sehr wenig über die Gefängnisfrage diskutiert, es wird sehr wenig über die antiautoritäre Alternative zur Frage der Bestrafung diskutiert. Aber es ist ein sehr interessanter Moment, ein Moment, in dem diese Dinge völlig selbstverständlich geworden sind, und in dem es viele Fortschritte im Vergleich zu vor einem oder zwei Jahren gegeben hat, und das ist etwas, das man ausnutzen muss.

Zweifellos ist die führende Rolle, sagen wir es ideologisch, der gesamten Anti-Gefängnis-Bewegung ein allgemeiner liberaler Diskurs. Aber dieser ist offen und verfügbar für andere Lesarten und andere Interventionen. Und in diesem Sinne ist alles, was ausgelöst wurde, äußerst schmerzhaft, aber gleichzeitig ist es sehr interessant, nicht nur im Hinblick auf den Input von Ideen, sondern auch als organisatorische Praxis, wie man Solidarität organisiert, und das ist zu einer gewöhnlichen praktischen Angelegenheit geworden.

BRRN: *Glauben Ihr, dass der 11. Juli einen Einfluss auf das Verhältnis der politischen Kräfte auf der Insel hatte? Wer sind die Hauptakteure im Moment? Wodurch unterscheiden sich diese Akteure im politischen und ideologischen Bereich?*

ALLW: Ich denke, wir sollten nicht nur von politischen Kräften sprechen, sondern von nicht organisierten sozialen Kräften, von nicht organisierten sozialen Kräften gegen hoch organisierte Polizeikräfte, und im Grunde von der Korrelation der Macht zwischen der politischen Polizei und der kubanischen Gesellschaft. Natürlich gibt es innerhalb der kubanischen Gesellschaft ein kleines Netz von Tendenzen, von Spannungen, und der 11. Juli hat zweifellos diese Korrelation der sozialen Mächte aufgehoben, obwohl ich glaube, dass sie im Wesentlichen zugunsten der politischen Polizei ausfiel. Die politische Polizei hat es geschafft, alle organisierten und öffentlichen Ausdrucksformen der Opposition im Lande zu zerschlagen, sie hat es geschafft, die *San-Isidro-Bewegung* (1) zu zerschlagen, sie hat es geschafft, das *Archipelago* (2) zu zerschlagen, sie hat es geschafft, die *UNPACU*-Opposition (3) zu zerschlagen, und in diesem Sinne, auf einer physischen, sichtbaren Ebene, hat die politische Polizei auf der ganzen Linie triumphiert. Was ihnen nicht gelungen ist, ist die Wiederherstellung der Situation und der Bedingungen, die zum 11. Juli geführt haben. Auf der anderen Seite gibt es die Bewegung *Patria y Vida* (4), die eine beträchtliche Medienpräsenz hat, international, usw.

Diese letzte Strömung hat einen Mangel an Vorschlägen für das tägliche Leben in Kuba gezeigt, indem sie das ganze Thema auf den Abgang der Regierung, das

Ende des Regimes und die Wiederherstellung des normalen Kapitalismus verlagert hat. Auf der anderen Seite gibt es kleine Tendenzen der antikapitalistischen Linken, der unabhängigen Kritik, die eine gewisse Sichtbarkeit und ihre eigene Konfiguration außerhalb der Dynamik des offiziellen Marxismus in Kuba erreicht haben.

In diesem Sinne war der 11. Juli ein Katalysator, um die kubanische Gesellschaft in ihrer Tiefe wahrzunehmen und insbesondere die große Masse der marginalisierten Menschen, die zu einem Leben im Elend verurteilt sind, in den Außenbezirken der großen Städte, und er hat das Problem des bestehenden Repressions- und Gefängnisapparates in Kuba in den Vordergrund gerückt, zusammen mit dem Ausmaß und der tiefgreifenden Willkür dieses Apparates. Auf der physischen Ebene hat sie das Kräfteverhältnis zugunsten der politischen Polizei offenbart, aber auf der Ebene der Zirkulation von Ideen, Dispositionen und Willen weiß die politische Polizei, dass sie sehr wenig Spielraum hat, um über die massive Repression hinauszugehen, von der man ahnt, dass sie der nächste Schritt in dem sein wird, was in Kuba kommen wird. In diesem Sinne ist es notwendig, sich auf die Schaffung von Infrastrukturen, Räumen und Unterstützungsnetzwerken vorzubereiten, weil eine viel härtere Repression kommen wird, die bereits militarisiert ist, nicht nur in Bezug auf die chirurgische Arbeit der politischen Polizei, sondern in Form von massiver, öffentlicher Repression.

BRRN: Die nahe Zukunft: Welche Entwicklungslinien der sozialen Kämpfe lassen sich in Kuba erkennen?

ALLW: Was die unmittelbare Entwicklung der sozialen Kämpfe in Kuba betrifft, so bin ich seit geraumer Zeit der Meinung, dass es notwendig ist, die Arbeit fortzusetzen und mehr auf die Frage der täglichen Organisation eines alternativen Lebens, eines dissidenten Lebens, eines rebellischen Lebens gegen die etablierte Ordnung in Kuba zu drängen, mehr als nur die Organisation von Aktionen, sagen wir mal, des Protests, die auch wichtig sind, Aktionen der Ablehnung des Staates. Wir müssen auch an der Schaffung einer alltäglichen Infrastruktur arbeiten, in allen Bereichen, um ein soziales Gefüge zu schaffen, das nicht nur verbal vom System abweicht, sondern auch außerhalb des Systems lebt. Wir müssen die Frage der Organisierung neu überdenken, ein Thema, das seit dem 11. Juli höchste Priorität genießt.

Mit anderen Worten, alle Formen des öffentlichen Dissenses gegenüber dem System wurden weitgehend disartikuliert, auch durch organisatorische Unschuld und mangelnde Erfahrung, wie Organisierung erreicht werden kann, mangelnde Debatte, wie eine alternative Antwort auf das System gefunden werden kann. Und es handelt sich um eine Opposition, die sich nur um die Frage der Einforderung von Rechten und Forderungen gegenüber dem Staat organisiert hat, und es wurde deutlich, dass es für das System sehr einfach ist, dies zu zerschlagen, mit einer hochkonzentrierten und übersichtlichen Führung bestimmter Persönlichkeiten, wie Luis Manuel Otero,

diese Person von Archipelago, Yunior García, dieser Mann von UNPACU.

Wir müssen als AnarchistInnen daran arbeiten, eine Infrastruktur und Organisation zu schaffen, die nicht von Persönlichkeiten, nicht von zahlenmäßigen Aspekten, nicht von öffentlichen Gesichtern abhängt, sondern sich auf der Grundlage von Infrastrukturen organisiert, auf der Grundlage von Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Formen des Überlebens, die in sich selbst Alternativen zu dem Chaos enthalten, das wir erleben. Das bedeutet nicht, dass man sich ständig mit dem Polizeiapparat konfrontieren muss, das heißt, genauso wichtig wie die Konfrontation mit dem Polizeiapparat ist auch die Schaffung von alternativen Formen. Das ist eine Frage, die überall an der Tagesordnung ist. Wir haben es mit einer hyperorganisierten, hyperstrukturierten, repressiven, polizeilichen und sozialen Kontrollmaschinerie zu tun, die über zahlreiche Ressourcen verfügt. In diesem Sinne müssen wir vorankommen und an Vorschlägen arbeiten, die gerade aus unserem anarchistischen Lager kommen, indem wir die Begriffe der Organisation, der Struktur, der revolutionären Praxis in Bezug auf das tägliche Leben neu überdenken. In diesem Sinne müssen Organisationsformen, die durchlässig für die gesamte hyperzentralisierte Kontrollstruktur sind, in Betracht gezogen und in den Mittelpunkt der Spannung gestellt werden. Wir müssen nach weiteren Wegen suchen, wir müssen experimentieren, wir müssen einen Dialog führen, wir müssen Wege der täglichen konfrontativen Organisation einüben, die es uns erlauben, alle Kontrollbarrieren, alle Barrieren des Polizeialgorithmus zu überwinden.

Ich denke also, dass dies eine Linie ist, an der wir weiterarbeiten müssen, um aus diesem Morast herauszukommen und Erfahrungen aus den Ereignissen dieses Jahres zu sammeln. Es gibt eine Anhäufung von sehr wichtigen Erfahrungen, und es werden keine Schlussfolgerungen daraus gezogen, und in diesem Sinne könnte der 11. Juli ein guter Zeitpunkt sein, um darüber nachzudenken, um über die Situation des Scheiterns nachzudenken, in der sich die soziale Bewegung in Kuba gerade befindet, um dann andere Ansichten, andere Lesarten und andere Praktiken zu überdenken.

Fußnoten Sunzi Bingfa:

- (1) *San-Isidro-Bewegung* <https://de.wikipedia.org/wiki/San-Isidro-Bewegung>
- (2) *Das Archipelago Netzwerk*
<https://www.aljazeera.com/news/2021/11/17/cuban-opposition-group-calls-for-more-protests-denounces-arrests>
- (3) *Unión Patriótica de Cuba, konservatives Dissidenten Netzwerk, seit 2011 tätig*
- (4) *Patria y Vida*, https://en.wikipedia.org/wiki/Patria_y_Vida

Dieser Beitrag wurde am 11. Juli 2022 bei den Genoss*innen von Black Rose / Rosa Negra (BRRN) veröffentlicht, wir haben ihn für diese Ausgabe der Sunzi Bingfa aus dem englischen übersetzt. Sunzi Bingfa

Zurück zum Leben



Raoul Vaneigem

Wir erhielten dieses Vorwort von Raoul Vaneigem vom Januar 2022 zur Neuauflage des "Buch der Lüste" auf deutsch in der 'Edition AV' von Hanna Mittelstädt, wofür wir uns herzlich bedanken. Weitere Angaben zur Neuauflage findet Ihr am Ende des Beitrages. Sunzi Bingfa

Für Pierre Gallissaires in freundschaftlicher Erinnerung

Das Buch der Lüste wurde 1979, also vor 43 Jahren, veröffentlicht und hat in einer Welt, die allmählich in Unmenschlichkeit versinkt, immer mehr an Bedeutung gewonnen. Wie bescheiden auch immer, es ist Teil eines Bewusstseinswandels, es wird von den Aufständen beleuchtet, die sich in allen Ecken der Welt ausbreiten und durch ihre Besonderheit einen radikalen Unterschied zu den Revolten der Vergangenheit behaupten. Die Aufstände, die sich von Chile bis Thailand erstrecken, gehen auf nichtige Vorwände zurück (eine ungerechtfertigte Steuer, eine Erhöhung der U-Bahn-Tickets, ein bürokratischer Eingriff zu viel) und entspringen in Wirklichkeit einem Alltagsleben, dessen Wünsche zu lange unterdrückt wurden.

Solche Aufstände hat es auch in der Vergangenheit gegeben, aber dies ist das erste Mal, dass der Wunsch nach einem Leben in völliger Freiheit offen eingefordert wird. Es ist das erste Mal, dass das Volk entschlossen ist, sich selbst zu organisieren, dass es Anführer verbannt, nicht bevollmächtigte Delegierte ablehnt, sich gegen das Eindringen von politischen und gewerkschaftlichen Apparaten schützt, gegenseitige Hilfe der egoistischen Berechnung entgegengesetzt und dem Menschlichen absolute Priorität einräumt.

Trotz ihrer Unterschiede haben die Zapatisten in Chiapas, die Kurden in Rojava und die Gelbwesten in Frankreich - abgesehen von den ihnen eigenen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen - eine Art des Aufstands gemeinsam, die sich fortsetzt und erneuert, ohne in einen jaulenden Pazifismus oder in eine Barrikadenrevolte zu verfallen. Die Gelbwesten sind weniger direkt von Vernichtung bedroht als die Kurden und die Zapatisten, und sie haben eine *entmilitarisierte Guerilla* aufgebaut. Sie setzt auf die Gewalt eines Lebens, das nicht tötet, eines Lebens, das unerschütterlich da ist, manchmal im Verborgenen, immer wieder neu auftauchend. Ein Leben, das die Macht, die es nicht mehr nährt, ihrer unaufhaltsamen Mumifizierung überlässt.

Wo stehen wir?

Der Konsumismus hat die Ideologien ihrer Substanz beraubt. Er hat sie mit Werbefrospekten gleichgesetzt. Der werbewirksame Verkauf von egal was leitete die Herrschaft des Klientelismus ein, der es dem Erstbesten ermöglichte, in den Wahlkampf zu ziehen, ohne an etwas denken zu müssen, außer daran, seine Mittelmäßigkeit zur Schau zu stellen. Wer würde heute noch die Farben erkennen, die gestern noch die Konservativen von den Progressiven unterschieden? Das tägliche Leben von Millionen von Menschen wurde nach und nach vom politischen Schutt befreit, der es verdeckte. Deshalb ist ihre Realität mit all ihren Leiden, ihrem Elend, ihren Freuden und ihren Lüsten nun offen zu Tage getreten.

Als das *Buch der Lüste* erschien, stand die Zeit unter dem Schock der konsumistischen Kolonialisierung. Überall verbreitete sich das Versprechen eines demokratisierten Glücks, das für jeden Geldbeutel erschwinglich sei. Obwohl der Ansturm der verlogenen Überzeugungsarbeit alles mit sich riss, dauerte es nicht lange, bis der Supermarkt-Hedonismus seinen Betrug entlarvte. Bereits in den 1960er Jahren hatten die Situationisten den künstlichen und unlebhaften Charakter des *"Wohlfahrtsstaates"* angeprangert. Die Bewegung der Besetzungen im Mai 1968 hatte die Richtigkeit und Wirksamkeit der situationistischen Analyse bewiesen, doch da das Projekt der generalisierten Selbstverwaltung nicht konkretisiert wurde, folgte ein Rückschritt, wie es bei Revolutionen der Fall ist, die nur halb gemacht werden. Das Ende der Fabrikbesetzungen war der letzte Sieg der Kommunistischen Partei, bevor sie von der politischen Bildfläche verschwand. Er versetzte die Arbeiterschaft in eine Lethargie, die durch eine Fülle von Gärten Eden noch verstärkt wurde, wo falscher Überfluss und monetärer Genuss zwischen kommerzieller und gelebter Freiheit eine Verwirrung schufen, die wir gerade erst zu überwinden beginnen.

Die kapitalistische Entwicklung folgte in Wirklichkeit der zwingenden Logik des Profits. Der Konsumsektor garantierte Gewinne, die ein krisengeschüttelter Produktionssektor mit irritierenden Lohnforderungen immer weniger erwirtschaften konnte.

Die Supermarktdemokratie arbeitete hervorragend am Fortschritt des mystifizierten Bewusstseins. Die freiwillige Knechtschaft verdankt ihr viel. Doch trotz der fast einhelligen Zelebrierung der verfälschten Demokratie und ihres mystifizierten Bewusstseins konnte nichts verhindern, dass der *Triumph des Tauschwertes über den Gebrauchswert* zu einem "Loslassen" ermutigte, einen Zusammenbruch auslöste, der alles, was den Menschen ehrte, und alles, was ihn seit Jahrtausenden unterdrückte, erniedrigte und entstellte, mit sich riss.

Der Geist der produktiven Arbeit heiligte das Opfer, verfluchte den Genuss und predigte den Puritanismus. Der Konsumismus hingegen rehabilitierte die Freuden, verspottete den Verzicht und verleitete dazu, die Freiheiten, die Gegenstand von Werbekampagnen waren, aufzuschnappen (aber dafür zu bezahlen). Die Fabriken des konsumierbaren Glücks gaben dem Lohn, der das elende Überleben sicherte, zumindest dem Anschein nach eine andere, wertvollere Bedeutung. Das mühsam verdiente Geld bot die Möglichkeit, sich für das "große Leben" zu verausgaben, d.h. die Leere eines auf eine Kulisse reduzierten Lebens mit Gadgets und Plunder zu füllen.

Das Bewusstsein der Arbeiterschaft verlor zwar an Kampfkraft, gewann aber eine kritische Einstellung zur Ware. Durch den Umweg über die vergifteten Lebensmittel, die verschmutzten Ozeane und die klimatischen Störungen nahm es das Phänomen der Denaturierung schärfer wahr, das der Ökologismus zu verschleiern versucht, die abstrakten Debatten, die für die Macht weniger gefährlich sind als die Schläge gegen das immer noch herrschende Dogma der Anti-Physis, der Anti-Natur.

Wir haben immer die Schwäche unterschätzt, die die Macht des Kapitalismus mit sich bringt. Im 18. Jahrhundert hatte die Entwicklung des Freihandels im Kampf gegen die agrarische Unbeweglichkeit und die aristokratische Macht unbedacht die Freiheit der Aufklärung genährt, die die Bastille niederwalzen würde. Im 20. Jahrhundert gab der Konsum-Tsunami radikalen Forderungen Auftrieb, die unter den fiktiven Freiheiten des Handels die Realität von Bedingungen entdeckten, die die Freiheit des Lebens und den langen Kampf, den sie kämpfte, begünstigten.

Ist es nicht ein ironischer Wink der Geschichte, dass das *Buch der Lüste* in einer Zeit neu aufgelegt wird und sich wieder emporschwingt, in der das Große Geschwätz des Konsums unter den Schlägen der zunehmenden Verarmung zerfällt?

Die Idee, dem menschlichen und irdischen Leben absolute Priorität einzuräumen, belebt die Kraft des kindlichen Imaginären. Sie stellt ihre ruhige Glut der Eiszeit eines Profits entgegen, der, menschlich gesprochen, niemandem nützt.

Der jüngste Betrug ist kein Geheimnis. Wären die Krankenhäuser und Gesundheitsdienste nicht durch schäbige Rentabilitätswänge in Mitleidenschaft gezogen worden, hätte die Coronavirus-Epidemie eine gesundheitliche Selbstverteidigung hervorgerufen, die die Solidarität zwischen Arzt und Patient mühelos umgesetzt hätte.

Die Regierungen sahen in der Epidemie eine unverhoffte Gelegenheit, ihre überall wankende Autorität wiederherzustellen. Mit großem Medienaufwand verbreiteten sie eine panische Hysterie, die die Zahl der Todesfälle erhöhte, ohne die Morbidität der menschlichen Versuchskaninchen der Pharmalobby zu bedenken. Die unbestreitbare Folge jeder Impfdosis ist ein erhöhter Gewinn für die Aktionäre und eine extravagante finanzielle Akkumulation, die Regierende, wissenschaftliche Kreise, Gesundheitsbehörden, Forscher, Ärzte und Experten auf die Knie fallen lässt - eine ganze Sippe, die so tief gesunken ist wie die Wischmoppressen. Die Meinungen werden an der Elle der erhaltenen Subventionen geprägt.

Was werden Sie künftigen Generationen antworten, die Sie wegen dieser Feigheit, die Sie geduldet haben, und dieser Niedertracht, der Sie zugestimmt haben, zur

Rechenschaft ziehen werden?

Das Gesundheitswesen hat der Sicherheit Platz gemacht. Die Angst hat die Intelligenz in die Ecke gedrängt. Sie entmutigt die Kühnheit, lässt den Widerstand verzweifeln und wie einen Hund kriechen, der von seinem Herrn misshandelt wird.

Das Prinzip "Teile und herrsche" wird heute erfolgreich praktiziert. Es stellt Geimpfte gegen Ungeimpfte in einem Krieg der Denunziation auf. Das Abscheulichste, was in den unterirdischen Verliesen der Unmenschlichkeit zu finden ist, kommt an die Oberfläche und breitet sich wie eine Ölpest aus.

Der Weg, der sich abzeichnet, führt zum Sozialkredit und zur besten aller Welten, wie sie von den letzten Regierenden des sogenannten Volks-China konzipiert wird.

Das Leben hat jedoch schon andere Dinge gesehen. Die menschliche Kraft, mit der es uns ausgestattet hat, hat nie darauf verzichtet, ihre Rechte einzufordern. Haben wir erkannt, dass wir mit dieser Rückkehr zur Vorrangstellung der gegenseitigen Hilfe im Namen der Zeitlosigkeit die Zeitlinie durchbrechen, die die Zukunft mit der Vergangenheit identifiziert, die verdinglichte Zeitlinie?

"Cui prodest?", fragten unsere Vorfahren. "Wem nützt es?"

Auf keinen Fall den Kranken! Es ist bekannt, dass der Einfluss von Angst und Schrecken den Patienten schwächt und die Gefahr psychosomatisch erhöht. Durch bestürzende Dekrete wurden außerdem emotionale Annäherung, Berührungen, Liebe, Solidarität, Genuss, kurzum eine menschliche Umgebung, deren Fehlen nach Aussagen der Ärzte besonders schädlich ist, verboten.

Wie kann man nicht ein für alle Mal widerrufen, was an Autorität in der Medizin, der Wissenschaft, der Intellektualität, der Moral, den traditionellen Verhaltensweisen, der Politik und dem Staat noch übrig geblieben ist? Die Verwirrung ist so groß, dass man uns glauben macht, dass beide Seiten der Medaille gleich sind. Faschistoider Populismus und linker Populismus sind austauschbar geworden, seit Retrobolschewisten und Libertäre ihre Todesurkunde unterschrieben haben (wie vor ihnen die kommunistische Partei), indem sie für einen Impfpakt bürgen, der nichts anderes ist als ein Staatsstreich, der der Gesamtheit der Bürger die soziale Kontrolle aufzwingt.

In seiner Phase des industriellen Aufschwungs propagierte der Kapitalismus Askese, Puritanismus und die grausame Aufopferung der Lebenskraft für die Arbeitskraft. Die Bourgeoisie kaufte sich Vergnügen im Überfluss, aber es waren schuldbeladene Vergnügen.

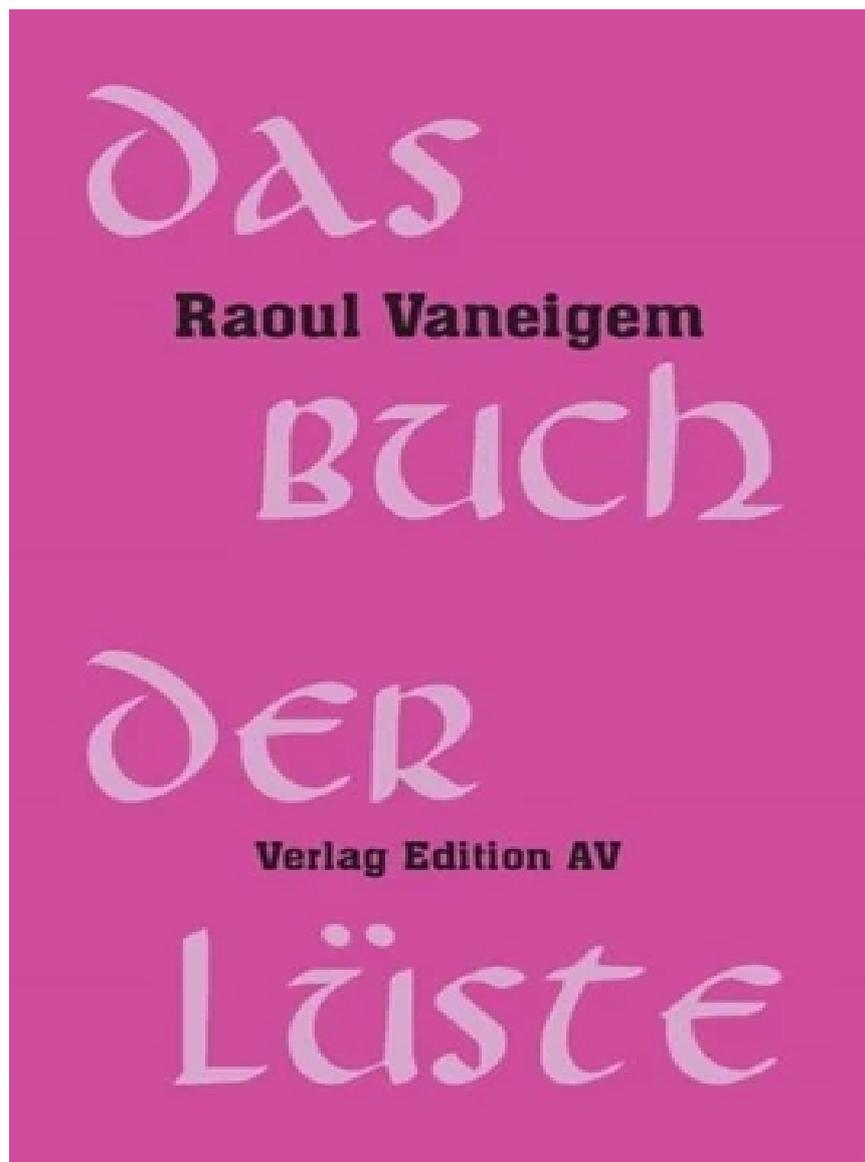
Die Kolonialisierung durch den Konsum war das Feuerwerk einer Supermarktfreiheit, ein Fest, bei dem man vorgab zu vergessen, dass es nach dem Passieren der Registrierkassen verblasste.

Jetzt ist das Fest vorbei, die Neonlichter, die ihm seinen Glanz verliehen, erlöschen, die Verarmung klopft an die Tür und bringt wachsende Wut mit sich. Dem Kapitalismus ist das egal. Er schöpft seine Ressourcen nunmehr aus der Börsenspekulation, wo sich das verrückte Geld um sich selbst dreht. Er schaufelt sein Grab, er schaufelt unser Grab, wenn wir seine profitablen Friedhöfe nicht verlassen, um Orte des Lebens aufzubauen, in denen das Menschliche souverän ist. Hören wir auf, vor dieser Mauer bürokratischer Dummheit zu jammern, auf die sich

der Staat reduziert! Was können wir von Vorhaltungen, Petitionen und Beschwerden erwarten, die an eine blinde und kalte Mechanik gerichtet sind, die genau die Ursache unseres Leidens ist?

Es ist an der Zeit, dass wir lernen zu leben, und zum Teufel jagen, was uns das verbietet. Das ist kein Befehl, keine Parole, keine Herausforderung, es ist ein Naturrecht, es ist das Privileg dieser Freiheit, die uns das Leben gewährt hat und die einst, im Himmel der der Erde entrissenen Ideen, das war, was die Metaphysik "freier Wille" nannte.

Raoul Vaneigem, 29. Januar 2022



Das Buch der Lüste, Softcover 2022, 144 S.

Edition AV, Verlag

ISBN 978-3-86841-287-1

16,00 Euro

Paris 1973: Die Schlacht im Quartier Latin gegen Bullen und Faschisten



Für den 21. Juni 1973 hat die faschistische Gruppe 'Ordre nouveau' (ON) zu einer grösseren Saalveranstaltung nach Paris im Quartier Latin aufgerufen. In der ON ist zu diesem Zeitpunkt die Avantgarde der extremen Rechten in Frankreich aktiv, in ihrer Betonung der militanten Auseinandersetzung und ihren "flachen Hierarchien", ihrer Schwerpunktsetzung auf den Kampf gegen "die Ausländer und Immigranten" ist sie "ihrer Zeit voraus", was sich später als neue Rechte rund um die Kameradschaftsszene, um die Ideen von Kühnen und Worch formiert, findet hier ihren historischen Vorläufer. In den Wochen vor dem Treffen zieht der Ordnungsdienst der Faschisten immer wieder durch das Quartier Latein, gut ausgerüstet werden Überfälle und Schlägereien inszeniert. Der Kampf gegen die Faschos ist zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich die Angelegenheit der radikalen Linken, nach dem Mai 1968 sind dies vor allem die Maoisten und Trotzisten, die beiden bedeutendsten sind die Gauche Prolétarienne (GP) (Proletarische Linke) und die Ligue communiste (LC) (Kommunistische Liga). Beide Gruppierungen haben eine gewisse Verankerung in den Fabriken, vor allem im Großraum Paris, beide sind bekannt für ihr militantes Vorgehen, wobei die LC eher auf eine "Massenlinie" bedacht sind, während die GP immer wieder durch spektakulären Aktionen u.a. mit Molotows von sich reden machen. Es kommt auch zu Treffen von Leuten aus der RAF mit der GP, allerdings lehnen die GP den Schritt zum bewaffneten Kampf ab. Im Juni 1973 sind es diese beiden Gruppen, die das Gros der organisierten Militanten stellen, die sich in Richtung Tagung der Faschisten in Bewegung setzen, der Demonstrationzug umfasst je nach Angaben zwischen 5.000- 10.000 Menschen. Es kommt zu heftigen Kämpfen mit den Bullen, die mit einem großen Aufgebot Stellung in unmittelbarer Nähe zum Tagungsort der Faschisten bezogen haben, zwei Polizeifahrzeuge gehen in Flammen auf, sieben weitere werden völlig

zerstört. Etliche Polizisten werden verletzt, einige davon schwer. Trotz aller Militanz und obwohl mehrmals Polizeiabsperungen durchbrochen werden, gelingt es nicht zum Tagungsort vorzustößen und die Faschisten aus dem Saal zu prügeln. Im Anschluss wird die LC verboten, der Tag bleibt trotzdem ein wichtiger Bezugspunkt für die kommenden Generationen von Militanten in Frankreich. Wir haben einen Bericht von Alain Cyrournik, damals einer der führenden Kader der Ligue communiste in Paris über diesen Tag und den Kontext [übersetzt](#). Sunzi Bingfa

Die Demonstration gegen das Treffen von Ordre nouveau am 21. Juni 1973

Alain Cyrournik

Das Jahr 1973, in dem die Versammlung von 'Ordre nouveau' vor allem von der Ligue communiste angegriffen wurde, war kein Jahr wie jedes andere: Es war das Jahr der großen "ratonnades" (1), die von der neofaschistischen extremen Rechten organisiert wurden, die aus der Kollaboration hervorgegangen war und nun ihre Lefzen wieder hochzieht, aber auch von ehemaligen Militärs, die für Französisch-Algerien eintraten, und einer nicht unerheblichen Zahl von Militärs, die in jenen Jahren aktiv waren. Die Angriffe auf Einwanderer, hauptsächlich Algerier, nehmen in Südfrankreich (Marseille, Grasse, La Ciotat, Toulon...) und auch in Paris zu. Im Jahr 1973 werden 50 Immigranten getötet und etwa 300 verletzt.

Das rassistische Klima, das einen Teil der Gesellschaft erfasste, prägte das Bewusstsein der Menschen so sehr, dass beispielsweise Yves Boisset den Film Dupont Lajoie drehte.

Die Demonstration vom 21. Juni 1973 hat Generationen von politischen Aktivisten sowie antirassistischen und antifaschistischen Aktivisten geprägt. Sie ist ein Beispiel für die Entschlossenheit eines Teils der revolutionären Linken, Faschismus und Rassismus den Weg zu versperren, wenn nötig mit Gewalt, selbst auf Kosten ihrer eigenen organisatorischen Existenz. Wir befragten Alain Cyrournik, der damals Mitglied der Ligue communiste war. (Vorwort der Zeitschrift L'Anticapitaliste Nr. 132; Januar 2022)

In der Zeit nach dem Mai 68 entwickeln sich die Kämpfe in Frankreich in Solidarität mit den internationalen Kämpfen. Und um all diese Themen herum kommt es zu einer Konfrontation mit der extremen Rechten, die sich während des Algerienkriegs an der Seite der OAS wieder "eine cerise" (2) aufgesetzt hat, um zu versuchen, sich von der Schande der Kollaboration und der Unterstützung für Pétain und das Vichy-Regime zu befreien, wobei es um Themen wie die Größe Frankreichs und die Verteidigung des Kolonialreichs geht. Ob es also um Vietnam oder Algerien ging, wir waren immer mit der extremen Rechten konfrontiert.

Ab Mai 1968 intervenierte die extreme Rechte, die sehr marginalisiert war, dennoch in einigen Gymnasien durch Aggressionen und gewalttätiges Auftreten. Die sichtbarste Gruppe ist die 'Fédération des étudiants nationalistes', aus der später 'Occident' hervorgehen wird. Diese wiederum wird nach 68 aufgelöst und wird zu 'Ordre nouveau'. Diese faschistische Gruppe wird die Initiatorin der beiden großen Versammlungen 1971 und 1973 sein. Nach 1973 werden die Trümmer von 'Ordre nouveau' von Le Pens 'FN' geschluckt.

Ein Ordnungsdienst, um der extremen Rechten entgegenzutreten

In der Zeit nach dem Mai 68 stürzten sich die Genossen der 'Kommunistischen Liga' in einen unbändigen Aktivismus, der sich insbesondere auf den Kampf gegen die extreme Rechte ausrichtete.

Wir bildeten den Ordnungsdienst (service d'ordre) (2) der 'Ligue communiste' (LC), dessen Erbe zum Teil aus den Traditionen der 'antifaschistischen Universitätsfront' (Front universitaire antifasciste) während des Algerienkriegs stammte und aus Militanten der 'Union des étudiants communistes' 'Parti socialiste unifié' 'Union nationale des étudiants de France' im Quartier Latin bestand.

Die Funktion unseres Ordnungsdienstes bestand in der Betreuung und dem Schutz von Aktivisten bei Aktionen und Demonstrationen, die die 'Ligue communiste' organisierte, aber auch in der Anforderung, das Eingreifen unserer Genossen in Unternehmen zu gewährleisten, in denen Arbeitgeberverbände wie die 'Confédération française des travailleurs' (CFT) vertreten waren. Ich denke da vor allem an Citroën in Rennes und Ballard (Paris 15e), wo wir mit 90 Leuten hinfuhren, um unsere Flugblattverteilungen zu schützen.

Gleichzeitig organisierten wir auf einem für uns günstigen Terrain - denn die Militanten der Organisation waren im Schüler- und Studentenmilieu sehr zahlreich - das Verhindern des öffentlichen Ausdrucks von Hass und Galle durch rechtsextreme, faschistische und rassistische Bewegungen. Wir hatten auch beschlossen, den Royalisten der 'Action française' wie auch anderen Faschisten zu verbieten, auf die Märkte zu kommen und ihre Flugblätter zu verteilen. Die alte Parole "Die braune Pest zerschlagen" wurde damals zu einem strukturierenden Element für einen Teil unserer Aktionen in Paris wie auch in den Provinzstädten, in denen wir eine Basis hatten.

Natürlich verfolgten wir die Aktivitäten der extremen Rechten sehr genau. Wir beobachteten genau, wo sie sich etablierten und wo sie sich entwickelten.

Konfrontiert mit Ordre nouveau

Deshalb beschlossen wir 1971 während des Kommunalwahlkampfes, die

Versammlung von 'Ordre nouveau', die im Palais des Sports stattfand, zu unterbinden. An der Demonstration nahmen 5000 Personen teil. Die Konfrontation war ziemlich gewalttätig, aber die Ligue wurde danach (noch) nicht aufgelöst. Zwei Jahre später begann die Wirtschaftskrise von 1973 und die faschistische Gruppe 'Ordre nouveau' startete eine fremdenfeindliche Kampagne, um unter dem Motto "Stoppt die wilde Einwanderung" als Sündenböcke Einwanderer und ausländische Arbeiter zu benennen.

Als die Auftritte von Ordre nouveau zunahmen, traten ehemalige Kollaborateure von Pétain und dem Vichy-Regime wie François Lehideux, ehemalige Waffen-SS-Leute wie Léon Gaultier oder ehemalige Milizionäre wie Roland Gaucher wieder ins Licht der Öffentlichkeit und ans Rednerpult der Versammlungen. Das gab einem das Gefühl, dass nach und nach durch 'Ordre nouveau' das Sprachrohr all des alten Abschaums des französischen Faschismus und der Kollaboration relegitimiert wurde. Außerdem war zum Treffen am 21. Juni ein deutscher Neonazi eingeladen...

Und all das bestimmt unseren Wunsch, dieses Treffen zu verhindern.

Zu dieser Zeit bin ich in der Pariser Direktion der 'Ligue communiste'. Einige Genossen berichten uns über die Durchführung des Treffens. Zu dem Zeitpunkt als wir anfangen, über die Form unserer Intervention zu diskutieren, sind es noch eineinhalb Monate bis das Treffen stattfindet. Sofort stellt sich die Frage, ob wir in diesem kurzen Zeitraum eine Kampagne durchführen, die ein einheitliches Vorgehen erschwert und somit die Gefahr birgt, dass die Aktion auf eine Konfrontation der extremen Linken gegen die extreme Rechte reduziert wird. Aber die Thematik der offen fremdenfeindlichen Kundgebung ermöglicht es einer großen Mehrheit, für die Demonstration zu stimmen und gleichzeitig einen einheitlichen Aufruf zu formulieren. Letztendlich war der Bogen der Kräfte, die am "21. Juni" teilnahmen, nicht sehr weit gespannt: Es gab die Gruppe "Révolution!", einen Teil der maoistischen Strömung, einige Vereinigungen und die 'Kommunistische Liga'. Weder 'Lutte ouvrière' noch die lambertistische Strömung (4) folgten dem Aufruf.

Die Art der Intervention der LC

Als nächstes kommt die Diskussion über den Inhalt und die Form, die unsere Aktion annehmen soll. Es ist die gemeinsame Aufgabe der nationalen Führung, der Pariser Führung und der Führung des Ordnungsdienstes, diese Frage zu entscheiden. Die Leitung des Ordnungsdienstes schlägt eine Versammlung nicht weit von der *Mutualité* entfernt vor, an der Metro Cardinal-Lemoine.

Was mich betrifft, bin ich eher für eine längere Route in Richtung der Versammlung der Faschisten, die Zeit lässt, um zu zeigen, dass die Bullen uns daran hindern, dorthin zu gehen. Das hätte die Komplizenschaft der Regierung und der Faschisten bewiesen.

Dann würde natürlich keiner dieser beiden Lager die Geschichte der Konfrontation ausklammern können. Seltsamerweise erwähnte in der Diskussion niemand die Demonstration am 'Palais des Sports', die wir 1971 gegen dieselben Leute durchgeführt hatten und die extrem gewalttätig gewesen war: Die gesamte erste Reihe hatte Molotowcocktails und wir hatten die Bullen angegriffen, die gezwungen waren, sich zurückzuziehen.

Die großen internen Widerstände gegen diese Aktion, um es klar zu sagen, kamen erst nach der Demo zum Ausdruck ... als man sah, welche Folgen die Auflösung für die Organisation hatte. Ihre Argumentation bestand darin, darauf hinzuweisen, dass die Liga in eine Logik zurückgekehrt war, die die Aktion der Massen ersetzte.

Trotz des kurzen Zeitraums führten wir eine intensive Kampagne und so wussten alle, die zu dieser Demo kamen, sehr gut, warum sie kamen... Jeder wusste, dass es zu Zusammenstößen kommen würde und dass man diese Versammlung unbedingt verhindern wollte. Konkret bestand die Idee darin, in den Saal einzudringen, um zu verhindern, dass sie stattfindet.

Der Ablauf der Demonstration

Ich habe es in den Debatten zu diesem Thema oft gesagt: Wenn man eine Demo startet, von der man weiß, dass sie gewalttätig sein wird, gibt es nichts Besseres als den unmittelbaren 'natürlichen' Rahmen der Route: Baustellen, Hintertüren, von denen man weiß, dass sie sich öffnen lassen, und wo man auf der gesamten Route das notwendige Material versteckt. Das bedeutet, dass wir nicht mit den Mitteln unserer Militanz zur Demo gehen, sondern in der Umgebung des Punktes, an dem sich der Demonstrationzug formiert, das notwendige Material einsammeln, um unseren Schutz und die Konfrontation mit den Faschisten und den Bullen zu übernehmen.

Gemäß dem verabschiedeten Beschluss trafen wir uns also in Cardinal-Lemoine und zu meinem Erstaunen gelang es uns sehr leicht, den Demonstrationzug zusammenzustellen. Ich erinnere mich an verbotene "Vietnam"-Demos, bei denen wir direkt am Ausgang der Metro verhaftet wurden.

Am '21. Juni' waren wir zahlreich! Der Demonstrationzug umfasste 5.000 Personen. 5.000 Demonstranten, die wussten, warum sie da waren, und die mit Sicherheit eine gewalttätige Konfrontation erleben würden. Und bei Zusammenstößen ist die Angst präsent ... Übermensch, nur die extreme Rechte glaubt, dass es sie gibt! Revolutionäre Aktivisten hingegen glauben, dass es die kollektive Stärke ist, die die Menschen mutig machen kann.

Unter diesen Umständen zeigt ein Demonstrationzug von 5.000, dass diese

Demonstration ein gewisses Echo hatte. Diese Zahl zeigt auch, wie viel Vertrauen die Demonstranten in das Bündnis hatten: Die Risiken bestanden, aber sie waren kalkulierbar, und die Organisation übernahm den Schutz der Demonstranten, wie sie es bei den vielen riskanten Aktionen, die sie seit dem Mai 1968 organisiert hatte, immer getan hatte.

In jeder Debatte über eine gewalttätige Demonstration geht es darum, was im Vordergrund steht: Ist das politische Ziel wichtiger als die Gefahr einer Auflösung (der Organisation, d.Ü.), die eintreten kann. Im Fall des " " hatte jedoch niemand die Möglichkeit einer Auflösung (der Organisation) in Betracht gezogen.

Die Demo war ziemlich gewalttätig, sehr gewalttätig. Es gab eine erste Reihe mit Eisenstangen und Spatenstielen und an den Seiten gab es Gruppen mit Molotowcocktails. Alle Genossen hatten Helme auf. Sie sollten angreifen, wenn uns jemand am Durchkommen hinderte. Auf den Archivbildern ist dieses Dispositiv deutlich zu erkennen. Man muss auch hinzufügen, dass man die Polizisten anfangs nicht sieht. Man sieht sie erst, als die *Mutualité* in der Nähe ist.

Auch wenn die Gewalt stark ausgeprägt war, blieb sie immer im Rahmen eines menschlichen Verhaltens. Als wir zum Beispiel angriffen und die Bullen sich zurückzogen, wurden einige von ihnen inmitten der Demonstranten 'vergessen'. Der SO holte sie heraus, um zu verhindern, dass sie von der Menge geschlagen wurden. Das war ein Verhalten, das der Ordnungsdienst bei allen von uns organisierten Demonstrationen an den Tag legte.

Die Demo war sehr gewalttätig, aber es gab auf der ganzen Strecke Megafonansprachen, um den Menschen an den Fenstern und auf der Straße unser Ziel und den Grund für diese Gewalt zu erklären. Es gab den Willen, auch während der Zusammenstöße politisch aktiv zu sein.

Seit dem Start der Demo ist der Demonstrationzug stark gewachsen. Von den 5000 am Anfang sind wir jetzt vielleicht 10 000...

Infolge der Zusammenstöße zerbrach der Demonstrationzug in zwei Teile. Ich führte die Gruppe an, die sich mit Molotowcocktails auf der linken Seite befand, und so fand ich mich auf dem Weg zurück nach *Luxembourg* wieder, bevor ich über den *Boulevard de l'Hôpital* zum *Gare d'Austerlitz* hinunter ging. Bei *Austerlitz* räumten wir einen Bus mit Polizisten aus dem Weg, weil wir nicht wollten, dass es bei der Demo Tote gab.

Dann beschlossen wir, auf der Seite von *Les Halles* zum Lokal von 'Ordre nouveau' in der *Rue des Lombards* zu gehen. Als sie uns kommen sahen, flüchtete ein Teil der Faschisten und die anderen verbarrikadierten sich in ihrem Lokal. Der Demonstrationzug beschloss daraufhin, nach *Châtelet* zu ziehen, wo sich die

Demonstration auflöste.



Mit einigen Genossinnen und Genossen kehrten wir zum Lokal der Ligue in der *Impasse Guéménée* zurück. Als Pariser Verantwortlicher sollte ich für den Schutz des Lokals sorgen. Als der Abend voranschritt, begannen wir im Radio von "der Auflösung" (der LC, d.Ü.) zu hören. Also beschlossen wir, zu überprüfen, wer sich im Lokal aufhielt. Zwei baskische Genossinnen befanden sich dort. Sie durften nicht festgenommen und dann nach Francos Spanien abgeschoben werden. Ich begleitete sie und als wir herauskamen, kontrollierten uns die Polizisten und verlangten unsere Papiere. Ich weigerte mich und verursachte ein Gedränge, um die Aufmerksamkeit auf mich zu lenken. Ich wurde in einen Lieferwagen verfrachtet, in dem ich eine schlimme Zeit verbrachte. In der Zwischenzeit konnten die Kameradinnen gehen. Aber sie wurden leider wieder festgenommen...

Die Auflösung

Die Polizei intervenierte gegen 6 Uhr morgens gegen das Lokal der Ligue. Sie kamen bewaffnet, behelmt und mit Leitern ausgestattet. Die *Impasse Guéménée* sah aus wie ein Kriegsgebiet. Die Militanten, die sich im Lokal der Ligue befanden, wurden festgenommen und wir wurden alle zum Kommissariat des 4. Arrondissements gebracht.

Auf dem Kommissariat erinnerte ich an die Anweisungen: Wir unterschreiben nichts und geben nur unsere Identität an. Die Polizisten, die sonst eher höflich waren, wurden von diesem Moment an eiskalt. Sie setzten uns wieder in Busse und während dieses erneuten Transports erklärten uns einige: "Wir haben euch 1940 nicht erwischt, wir haben euch im Oktober 1961 nicht erwischt, also werden wir euch jetzt wie 61 in die Seine werfen.(5)"

Die Busse, in denen wir saßen, dienten normalerweise dazu, Gefangene zum Gericht zu bringen. Es gab kleine Einzelzellen. Als sie uns im Haftzentrum des Justizpalastes aussteigen ließen, knüppelten sie uns kräftig nieder. In der Zelle zogen sie uns nackt aus und durchsuchten uns mit rektaler Berührung, um zu sehen, ob wir eine Waffe versteckt hatten... Kurz gesagt, nach den Schlägen folgte der Versuch, uns zu erniedrigen.

Schließlich sahen wir den Untersuchungsrichter, der uns sagte, dass wir wegen der Demonstrationen angeklagt wurden, aber vor allem wegen Waffenhandels, weil die Polizisten während der Durchsuchung des Lokals ein altes Jagdgewehr entdeckt hatten, das ein Aktivist dort deponiert hatte und von dessen Existenz wir alle nichts wussten. Es gab auch Unterwasserharpunen, Waffen, die für ihre extreme Gefährlichkeit bekannt sind! Keiner von uns wusste von diesem "Arsenal" ... sonst hätten wir es natürlich vor der Durchsuchung entsorgt.

Am Morgen wurden wir alle freigelassen, außer Pierre Rousset, der behalten wurde, weil er auf Bewährung verurteilt worden war, und er wurde in Untersuchungshaft genommen.

Anderthalb Monate lang schlief ich nicht zu Hause, wie viele andere Kameraden auch, denn es fanden noch mehrere Hausdurchsuchungen statt. Das war ziemlich seltsam, denn die Polizisten durchsuchten das Haus meiner Eltern, obwohl sie nie in der Wohnung waren, in der ich tatsächlich seit langem wohnte.

Lehren und Konsequenzen

Es gab eine widersprüchliche Wirkung des '21. Juni'. Tatsächlich löste die Auflösung der Ligue eine ziemlich große Bewegung der Empörung, Sympathie und Solidarität um uns herum aus. Es gab sogar eine Unterstützungsversammlung für die LC im *Cirque d'hiver*, und alle Parteien der Linken kamen: die PS, die KP, die PSU... und die Ränge waren voll. Das Paradoxe ist also, dass alle Organisationen auf diesem Treffen sprachen, aber kein Vertreter der LC das Recht hatte, den Sinn unserer Aktion zu erklären und warum wir Opfer der Repression waren. Damals war es für die KP schon sehr schwer zu schlucken, eine Kundgebung zur Verteidigung von "Linken" abzuhalten, aber dann auch noch Trotzlisten auf der Tribüne sprechen zu lassen, ging über ihre Kräfte.

Außerdem gingen wir nach der Kundgebung auf eine Demonstration. Trotz der Auflösung war unsere Mobilisierungsfähigkeit intakt. Dieses Ereignis, das uns in den Augen der Massen und der politischen Organisationen hätte marginalisieren können, schuf stattdessen einen Strom von Sympathien, politische Verbindungen und Möglichkeiten für Diskussionen. Nach der Auflösung wurden wir viel mehr beachtet, gehört und in Bündnisbezogenen Zusammenhängen akzeptiert als zuvor.

In den internen Debatten nach der Auflösung erklärten einige Genossinnen und Genossen, dass es eine *substitutistische*, eine militaristische Logik gab und dass die Demonstration die Aktivistinnen und Aktivisten der Ligue politisch nicht auf die anschließende Auflösung der vorbereitet hatte. Sie erklärten auch, dass sich der Schwerpunkt der Aktivitäten der Aktivisten der Ligue von Aktionen in Betrieben und Gewerkschaften auf eine marginalisierende Logik der Konfrontation mit der extremen Rechten verlagert habe.

In der Praxis haben sich diese Befürchtungen nie bewahrheitet. Der politische Gewinn, der dadurch geschaffene Handlungsspielraum, die veränderten Bedingungen für die Existenz der Ligue in der Arbeiterbewegung wurden in dieser Perspektive auf den Kopf gestellt.

Sicher ist, dass die Ligue von viel mehr Menschen wahrgenommen wurde als vor dem 21. Juni 1973. Unser Gehör in allen Kreisen war viel größer. Die Beziehung zu den Militanten der KP änderte sich sogar. Sie erklärten nicht mehr, dass wir Feinde der Arbeiterklasse, Freunde des Großkapitals und eine Gruppe von Provokateuren seien. Sie stellten unsere Integrität und unser Engagement nicht in Frage, waren aber mit den Formen, die sie annehmen konnten, nicht einverstanden. Und das hat alles verändert! Wir wurden zu einer Kraft in der Arbeiterbewegung und hörten auf, eine Gruppierung von Linken zu sein. Das veränderte das Bild der Ligue in den Augen aller Kreise, in denen wir tätig waren, und vor allem in den Kreisen der Lohnabhängigen.

Fußnoten Sunzi Bingfa

- (5) franz. für Ausschreitungen gegen Minderheiten
- (6) französisches Wortspiel, sich eine Kirsche aufsetzen wortwörtlich
- (7) alle 'traditionellen' französischen Gruppen und Gewerkschaften haben einen 'Ordnungsdienst' (service d'ordre, SO), selbst die Anarchosyndikalisten. Im allgemeinen dafür gedacht, die eigenen Aktionen und Demos zu schützen, oder militante Aktionen durchzuführen, agieren diese aber auch häufig in der Linken gegen andere unliebsame Konkurrenten, besonders der SO der CGT hat eine lange Tradition darin gegen "Abweichler" vorzugehen, besonders in den letzten Jahren in Paris gegen autonome und militante Zusammenhänge.
- (8) Eine weitere trotzistische Strömung, siehe https://de.frwiki.wiki/wiki/Courant_lambertiste
- (9) 1961 wurden bei einem Massaker in Paris über 200 Menschen algerischer Herkunft ermordet. Die Bullen gingen auf Anweisung der obersten politischen Kreise gegen eine verbotene Demo zur Unterstützung des algerischen Unabhängigkeitskampfes vor. Etliche der Leichen wurden später in der Seine gefunden. Jahrzehntlang wurde das Massaker öffentlich als nicht stattgefunden behandelt. <https://de.qantara.de/inhalt/kolonialismus-im-maghreb-frankreichs-staatsverbrechen-an-den-algeriern>

Griechenland - Gegen das Vergessen



urban resistance

Diese 'autonome' Geschichtsschreibung über die anarchistische Bewegung in Griechenland und den Bedingungen unter den sie sich entwickelte, erschien vor einigen Jahren auf ['urban resistance'](#), einer der zahlreichen antagonistischen Bewegungsversuche in Berlin, der nach wenigen Jahren, passenderweise mit einem Aufruf zum 1. Mai, wie so viele Versuche vor ihm, wieder aufgegeben wurde. Diese sehr detaillierte Geschichtsschreibung von unten ist es aus unserer Sicht aber auf jeden Fall wert, der Nachwelt erinnert zu werden, weshalb wir die ursprünglich dreiteilige Reihe an dieser Stelle in der Sunzi Bingfa leicht überarbeitet wiederveröffentlichen.

Eine Suche nach den Ansätzen einer anarchistischen Strömung im Widerstand gegen die Junta in Griechenland und die ersten Jahre danach

Prolog:

Im November 2014 trafen sich aus Anlass des 41. Jahrestages der Niederschlagung des Aufstands gegen die griechische Militärdiktatur, zahlreiche Menschen im Athener Polytechnio. Eingeladen hatte die Gruppe *Anarchistisches Archiv*. Thema der Veranstaltung war der anarchistische

Einfluss auf den Protest der Student*innen am 17. November 1973 und die Frage ab welchem Zeitpunkt überhaupt Anarchist*innen die politische Bühne in Athen betreten haben.

Das Durchschnittsalter der Anwesenden war relativ hoch und so entwickelte sich nach dem üblichen Monolog der Veranstalter ein teilweise heftiges Streitgespräch unter Zeitzeug*innen über die Entwicklung der anarchistischen Bewegung seit den 70er Jahren.

Eine Frage, über die gestritten wurde, war ob es überhaupt einen anarchistischen Anteil an den Protesten gegen die Junta 1973 gab und wie es mit der Positionierung der anarchistischen Bewegung damals (PASOK) und heute (Syriza) zu den linken Parteien steht. Insgesamt gibt es über die griechische Geschichte zwischen 1944 und 1974 relativ wenig Material und kein offizielles Gedenken von Seiten des Staates über den Bürgerkrieg und die Diktatur der Obristen, wie auch die Gesellschaft unter einer kollektiven Amnesie zu leiden scheint. Diese Amnesie könnte historische Ursachen haben, die bis in die Antike zurückreichen.

Das jährliche Gedenken am 17. November 1973, dem folgenreichen Tag der Erstürmung des besetzten Polytechnio durch das Militär mit 30 Toten und hunderten Verletzten, bildet hier die absolute Ausnahme.

So ist zum Beispiel bis heute der „Nein Tag“ am 28. Oktober ein Gedenktag, an dem das Nein des faschistischen Diktators Metaxas zum Ultimatum Mussolinis 1940 gefeiert wird und der Widerstand gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg ist nicht komplett aus der Erinnerung gelöscht worden. Der folgende Bürgerkrieg bis 1949 wurde dann aber nur von den rechten Regierungen der 50er und 60er Jahre mit Ritualen aus ihrer Sicht aufgearbeitet, während die Sichtweise der linken und kommunistischen Gruppen aus dem Gedächtnis verbannt wurde. Sind inzwischen allerdings zahlreiche Publikation zur Geschichte der ELAS erschienen, liegt der Widerstand gegen die Junta von 1967 bis 1974 völlig im Dunkeln.

Hier wollen wir beginnen, denn irgendwann in diesem Zeitraum muss die anarchistische Bewegung in Griechenland ihr Erscheinen angekündigt haben, als Splitter zwischen zahlreichen militanten Organisationen, die einige Koordinaten bezüglich der Legitimität von politischer Gewalt festlegten. Wenngleich erste anarchistische Gedanken ab 1860 unter dem Einfluss italienischer Genoss*innen in den meisten griechischen Städten und auf den Inseln Verbreitung fanden, resultierten sie nicht so häufig in der Propaganda der Tat. Eine Ausnahme war Alexandros Schinas, der am 18. März in Thessaloniki den König Georg I erschossen hatte und nach Folterungen aus einem Fenster des Polizeipräsidiums fiel.

Im Dezember 1944 fielen zahlreiche Anarchist*innen den Säuberungen der KKE zum Opfer, die noch schnell ihre Gegner eliminierte bevor sie Athen den britischen Truppen überlies. Weitere Repression führte zum fast völligen

Verschwinden der anarchistischen Strömung bis Ende der 60er Jahre.

Erst mit der Rückkehr von Student*innen aus Paris, die dort den Aufstand im Mai 68 erlebt hatten und Übersetzungen von Texten von Guy Debord und anderen Situationisten radikalisierten sich Jugendliche, die oft aus kommunistischen Familien kamen aber die Unzulänglichkeiten der Politik ihrer Eltern erkannten.

Die folgende Aufzählung von Widerstandshandlungen gegen das Regime der Obristen verdeutlicht die Vielfalt der beteiligten Bevölkerungsgruppen und ihre unterschiedlichen Strömungen, die sich nach dem Ende der Diktatur teilweise feindlich gegenüber standen:

Der Widerstand gegen den Putsch der sogenannten *Kleinen Junta* um Oberst Papadopoulos, dem Chef der Militärpolizei Ioannidis dem General Pattakos und dem Geheimdienstler Makarezos am 21. April 1967 war eine hoch riskante Angelegenheit. Alle, die dem Regime in die Hände fielen wurden gefoltert und diese Folter wurde zum Markenzeichen der Obristen. Verboten war vieles, bestimmte Bücher und Versammlungen. Mit Verordnungen aus der Nazi Besatzung wurden alle Grundrechte außer Kraft gesetzt, bestimmte Kleidung, Musik oder Frisuren waren verdächtig. Die Polizei konnte jede*n ohne Grund beliebig lange festnehmen. Listen von vermeintlichen Kommuniste*innen aus der Besatzungs – und Bürgerkriegszeit wurden abgearbeitet, Ausgangssperren verhängt.

1967 – der Trotzkiist *Alexandros Giotopoulos* und der Maoist *Viktoras Anagnostopoulos* gehören zu den Gründern der *Bewegung 29 Mai (29M)*. Diese Gruppe hatte Verbindungen zu Leuten, die schon in Algerien gegen die französische Kolonialherrschaft aktiv waren, wie z.B. der trotzkistische Intellektuelle *Michalis Raptis*, der Kontakte zu Passfälschern und Bombenbauern vermittelte. Raptis unterstützte alle ernsthaften Versuche die Junta zu bekämpfen, auch von bürgerlichen Anhängern der Verfassung, weil er daran glaubte eine soziale Revolution nur mit einer breiten Bewegung auslösen zu können. Die Gruppe verhielt sich für damalige Verhältnisse sehr konspirativ und ihre Mitglieder unternahm zahlreiche Reisen durch Europa um Papiere und Waffen zu beschaffen sowie Verbündete zu finden. Die griechischen Grenzkontrollen waren allerdings auch eher nachlässig. 1968 wurden dann aber in Thessaloniki die ersten Studenten wegen Mitgliedschaft in 29M verhaftet und Giotopoulos in Abwesenheit wegen Subversion verurteilt. In diesem ersten Jahr des Bestehens hatte 29M mehr als 30 Mitglieder in verschiedenen Zellen in europäischen Hauptstädten organisiert und erreichte mit der Zeitung *Kinima* hunderte Griech*innen. Sie schafften es aber nicht für die Massen durch einen substantiellen Schlag gegen die Junta sichtbar zu werden.

Während der Unruhen im Mai 68 in Paris besetzten griechische Militante das Studenten Hostel, welches dem griechischen Staat gehörte. Maoistische und trotzkistische Gruppen haben diese Besetzung dominiert, verschwanden aber nach der Neuwahl von De Gaulle.

Ein Teil der 29M Mitglieder ging nun nach Kuba in die Ausbildungslager von Che Guevara. Das kubanische Modell der Landguerilla war jedoch für die griechischen Bedingungen einer Stadtguerilla wenig hilfreich, weshalb ein Handbuch über den Guerillakrieg das wichtigste war, was die griechische Delegation mitnahm, als sie 1969 zerstritten und desillusioniert zurück kehrte. Bauanleitungen für Sprengsätze aus diesem Handbuch dienten vielen Gruppen in Griechenland lange Zeit als Grundlage. Das kubanische Modell scheiterte danach in Brasilien und Bolivien.

Die Bewegung 29M spaltete sich 1969 wegen einem Richtungs- und Führungsstreit. Die Zellen aus Berlin und Mailand gründeten die *EKKE*, deren größter Erfolg die Bildung der halb klandestinen Studentenorganisation *AASPE* war, die 1973 eine entscheidende Rolle bei der Besetzung des Polytechnio spielte. Über die Tätigkeit von Alexandros Giotopoulos und seinen Freunden gibt es zwischen 1969 und Juli 1971 keine Hinweise.

3. August 1967, *DEA (Demokratisches Komitee des Widerstands)* eine trotzkistische Gruppe, zündet einen großen Feuerwerkskörper in einer Mülltonne vor dem Hilton Hotel während einer Rede eines amerikanischen Bischofs dort.

Im Oktober 1967 explodiert ein etwas größerer Knaller der gleichen Gruppe vor einem DX Supermarkt der US Militärmission in der Syngrou Avenue.

Im November 1967 wird ein Sprengsatz an der Truman Statue entschärft.

Alexandros Panagoulis versucht am 13. August 1968 den Diktator Papadopoulos mit einer Bombe zu töten, die neben seiner Wagenkolonne auf dem Weg von Sounion nach Athen explodiert. Der Anschlag scheitert, Panagoulis wird verhaftet, gefoltert, zum Tode verurteilt und auf internationalen Druck zu lebenslänglich begnadigt. Diese Aktion wurde von der Gruppe *LAOS (Peoples Liberation Teams of Sabotage)* verantwortet. Alexandros Panagoulis war Mitglied der Zentrums-Union. Nach mehreren Ausbruchversuchen und endloser Folter kommt Panagoulis 1973 durch eine Amnestie frei.

Eine Ausnahme in dem verbreiteten Gefühl der Lähmung und Hoffnungslosigkeit war der 3. November 1968 als der Trauergottesdienst für den verstorbenen Zentrums Politiker Giorgos Papandreou in der Athener Kathedrale stattfand. Obwohl die Teilnahme polizeilich verboten war, erschienen Hunderttausende in der Innenstadt, um dem verehrten ‚Alten‘ die letzte Ehre zu erweisen. Mit ihm starb eine Hoffnung auf Reformen. Die Leute kümmerten sich einfach nicht um die Polizei, und die hielt es für ratsam, das Volk gewähren zu lassen und nicht seinen Zorn zu provozieren. Die Athener Innenstadt rund um die Kathedrale war schwarz von Menschen und sie begleiteten den Trauerzug nach der Aussegnung zum Friedhof. Es war dies das erste Mal, daß das Athener Volk sich über die Anordnungen der

Junta hinwegsetzte.



Zwischen Mai und August 1969 explodierten in Athen und Thessaloniki über neunzig Bomben. Es gab Anschläge gegen Autos von amerikanischen Offizieren und Diplomaten und gegen NATO-Einrichtungen. Höllenmaschinen gingen im Gebäude des Premierministers, in der Generaldirektion der *Asfalia* (*Sicherheitspolizei*) und der *KYP* (*Geheimdienst*) los. Aber nach wie vor galt, dass die Gewalt nur gegen Sachen gerichtet war. Deshalb gab es zwar einige Leichtverletzte, aber keine Toten. Die Anschläge zeigten der Junta, daß man auch ernst machen könnte, und verunsicherten sie so.

Der Student *Giorgos Anomeritis* bildet mit Freunden aus der Studentenbewegung der Zentrums-Union im Jahr 1968 eine Gruppe unter dem Namen Demokratische Union, die für acht Bombenanschläge im Herbst des Jahres verantwortlich ist. 1969 legen sie unter der Bezeichnung *EDK* (*Griechische Demokratische Bewegung*) sechzehn weitere Bomben, in der Hoffnung internationale Aufmerksamkeit zu erlangen. Ziele waren u.a. die Strom- und Wasserversorgung der Mittelmeerspiele. Die Angehörigen der EDK wurden verraten und im Oktober 1969, nach einem Anschlag auf das Galaxis Hotel, verhaftet.

Zwischen Mai und Oktober 1969 legt *KEA* (*Movement of National Resistance*) 16 Bomben weil der Royalist Ippokratis Savvouras verhaftet wurde. Der wird 1972 freigelassen und im Mai 1973 als Führer der *EAN* (*Griechische Anti-Diktatur Jugend*) erneut verhaftet. Dieser Gruppe werden weitere 16 Bombenanschläge zugerechnet.

Eine weitere Gruppe organisierte sich in der *DA* (*Demokratische*

Verteidigung) als fortschrittlicher Flügel der Zentrums-Union mit dem späteren Premierminister Kostas Simitis. Sie platzierten zwischen März und August 1969 in Athen 19 Spreng- und Brandsätze gegen symbolische Ziele wie Olympic Airlines oder Konzerne, die das Regime unterstützten, wie ESSO. Als sich der Professor der Panteion Universität, Sakis Karagiorgas im Juli 69 mit einer Bombe selbst verletzte, wurden die restlichen Mitglieder verhaftet. Die Gruppe wurde auch im Exil von europäischen Behörden überwacht und 1971 wurde einer ihrer Waffenbeschaffer in Bonn verhaftet.

1969 wird erneut ein DX Laden mit einer Bombe angegriffen, ebenso ein American Express Büro, die amerikanische Bücherei und ein Hotel mit US Militär.

5. Januar 1970, eine Putzfrau findet einen Sprengsatz in einer Toilette der US Botschaft.

Alle Bomben richteten nur symbolischen Schaden an. Aktivisten der DA stellten nach der Junta viele Minister und Funktionäre in Gewerkschaften, Presse und Universitäten.

Der Politiker der Zentrums-Union und spätere Premierminister der PASOK, Andreas Papandreou, rief vom Exil aus im Februar 1968, die Gründung der *PAK (Panhellenic Liberation Movement)*. Diese Gruppe wurde nicht besonders ernst genommen, weil sie de facto nur auf dem Papier bestand. In Proklamationen solidarisierte sie sich mit dem Vietcong und ließ einige Aktivisten von der PLO ausbilden. Am 3. Oktober 1970 besuchte der amerikanische Verteidigungsminister den griechischen Diktator Papadopoulos im Parlamentsgebäude am Syntagma in Athen, als im benachbarten National Garten eine Bombe explodierte. Von einem zivilen Beamten wurde direkt danach der Rechtsanwalt Ioannis Koronaios festgenommen. Schnell wurden weitere PAK Aktivisten ermittelt und verhaftet. Den nächsten Versuch unternahm der spätere PASOK Innenminister Sifis Valyrakis und Ioannis Kyriazis, die schon seit ihrer Ankunft in Patras im April 1971 observiert und wenige Tage später verhaftet wurden. Vermutlich wurden sie unter der Folter von anderen PAK Mitgliedern vorher verraten.

Papandreou war schon während der Metaxas Diktatur inhaftiert und hatte damals eine Reueerklärung unterschrieben um frei zu kommen. Danach war er von den USA ausgebildet worden. Andere Widerstandsgruppen misstrauten ihm, weil sie wussten, dass er nach einem Ende der Junta wieder die Interessen der griechischen Bourgeoisie vertreten würde.

DA, PAM und PAK waren in den Augen vieler Junta Gegner kompromittiert durch ihre Beteiligung bürgerlicher Politiker. Radikalere Gruppen wurden durch Texte und Aktion der RAF und der Roten Brigaden inspiriert, so zum Beispiel die Gruppe *LEP (Revolutionary Popular Struggle)*.

LEP entstand 1968 in Thessaloniki aus Trotzlisten und dem Maoist *Tasos Darveris*. Trotz einer gewissen Agitation gelang es ihnen nicht die Massen zu erreichen, so dass sie beschlossen den Innenminister der Junta zu töten. Davon wurde aber wieder Abstand genommen weil auch sein polizeilicher Leibwächter die Bombe nicht überlebt hätte. Stattdessen sollten nun die Olympic Airlines, eine militärische und eine US Einrichtung in Thessaloniki angegriffen werden. Am 5. September 1969, kurz vor den geplanten Anschlägen, wurde Darveris verhaftet und verriet unter Folter den Bombenbauer *Katsaros*. Auch dieser wurde gefoltert und mit drei weiteren Popular Struggle Aktivisten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Giorgos Tsikouris, ein Student aus Zypern, versucht am 21. August 1970 die Schienen der Eisenbahn von Piräus nach Kifissia zu sprengen aber der Zünder versagt.

Tsikouris und seine Freundin *Maria Elena Angeloni* gehören zum *Aris Team*, benannt nach *Aris Velouchiotis*, die Gruppe ist aus der *PAM* in Mailand hervorgegangen, der KKE nahen Anti Diktatur Front. In der Nacht des 2. September 1970 wollen die beiden eine starke Bombe mit Zeitzünder hinter der US Botschaft in Athen ablegen. Die Bombe explodiert in den Händen von Giorgos Tsikouris und reißt ihn in Stücke, Maria Elena Angeloni verbrennt in in dem Fluchtwagen. Die Fenster der Botschaft und umliegender Gebäude zerplatzen.

Maria Elena Angeloni war die Tante von *Carlo Giuliani* und ihr werden Verbindungen zu den Roten Brigaden nachgesagt.



Maria Elena Angeloni

1972 tritt ein weiteres Aris Team aus enttäuschten Mitgliedern der kommunistischen Jugendbewegung Rigas Feraios mit spontanen bewaffneten Aktionen in Athen in Erscheinung.

Sie setzen am 5. Januar eine Granate gegen die Zentrale der *Asfalia* am Mesogeion Boulevard ein, der Angriff wird durch eine Informationssperre der Pressezensur nicht bekannt.

Am 26. April 1971 zündet eine Bombe in einer Mülltonne vor dem amerikanischen DX Supermarkt in der Syngrou Avenue in Athen später als erwartet. Ein Angestellter wird schwer verletzt. Auch die Zentrale der Gewerkschaft GSEE wird angegriffen. Zu den Anschlägen bekennt sich ein *Revolutionäres Team Makrygiannis*. Diese Gruppe wird in der zweiten Ausgabe von Epithesi die Verantwortung für Anschläge auf zwei US Autos in Glyfada übernehmen, die am 16. Oktober 1971 im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten in Athen verübt wurden. Das Makrygiannis Team gibt dabei auch ihr Zusammengehen mit *LEA* bekannt.

Zwischen Februar 1971 und April 1972 bekennt sich die *AAA (Unabhängiger Befreiungs-Widerstand)* zu 21 kleineren Sprengstoff Anschlägen vor allem gegen US Militärfahrzeuge, für die schließlich der Offizier *Tassos Minis* verhaftet und gefoltert wird.

Die trotzkistische Gruppe *OKDE* wurde gleich in der Anfangsphase der Diktatur durch zahlreiche Verhaftungen geschwächt, bis 1970 waren mehr als 100 Mitglieder in Haft, darunter der zentrale junge Kader Giannis Felekis. Ein Teil der jüngeren Kader ging auf eine, wie es der *OKDE*-Führer Theologos Psaradellis ausdrückte, „spontaneistische Bomber-Linie“ über, während ein anderer Teil den „individuellen Terror“ gegen das Regime ablehnte. Psaradellis gelang eine vorübergehende Flucht aus der Junta-Haft, er wurde dann aber von Bulgarien an Griechenland ausgeliefert.

Mit einer Bombenexplosion im Eingang der Wirtschaftsverwaltung des Präsidialamts der Regierung trat am 6. Juli 1971 eine neue revolutionäre Gruppe an die Öffentlichkeit, *Laikos Epanastatikos Agonas (Volksrevolutionärer Kampf – LEA)*. Zwei Tage später sprengten sie in einem Industriegebiet den Tank eines ESSO Depots und am 14. Juli zündete eine Bombe in einer griechisch-amerikanischen Stiftung. Gründungserklärung und Bekennerschreiben von *LEA* wurden in der illegalen Zeitschrift *Epithesi* abgedruckt.

Diese Gruppe war linksradikal und orientierte sich an den Tupamaros in Uruguay. Als strategisches Ziel formulierte die *LEA* die Übernahme der Macht durch das Volk und die gewaltsame Zerstörung des gesamten Systems. Sie sahen sich damit im Gegensatz zu den meisten anderen Widerstandsgruppen, die Anschläge verübten, um den USA und Europäern zu zeigen, das die Junta die Lage nicht unter Kontrolle hat und deshalb abgelöst werden müsse. Die Übersetzungen von Texten südamerikanischer

Stadtguerilla Gruppen spielten eine wichtige Rolle in der theoretischen und praktischen Entwicklung von LEA, die als Vorläufer der *Organisation 17. November* angesehen wird. Die hierarchischen Konzepte der meisten anderen Gruppen wurden abgelehnt.

Nach der ersten Anschlagsserie reisten einige Mitglieder zurück nach Paris, u.a. Alexandros Giotopoulos, der Sohn des ehemaligen Führers der Archeiomarxist*innen und Anagnostopoulos, wo sie fast verhaftet worden wären.

Nach dem Tod des Dichters und Regimegegners Giorgos Seferis am 20. September 1971 wurde seine Beerdigung zu einem Demonstrationzug gegen die Diktatur. Zehntausende nahmen die Beerdigung in Athen zum Anlass das Demonstrationsverbot zu umgehen, versteckt in der Menge, riefen Leute Anti-Junta Slogans.



Zum fünften Jahrestag des Putsches sprengt LEA am 19. April 1972 in Piräus eine Statue von General Metaxas, dem Diktator von 1936 – 41. In

diesem Jahr fühlt sich LEA durch die Schläge der Behörden in Uruguay gegen die befreundeten Tupamaros betroffen.

Die Gruppe *20 O (Bewegung 20. Oktober)* nahm sich diese Bezeichnung von dem Datum ihrer ersten Aktion, eine Bombenexplosion 1969 in einem Mülleimer im Stadtteil Kolonaki von Athen. Die Gruppe wurde von Dimitris Psychogios gegründet, der mit weiteren Genossen Zellen in Athen, Paris und Stuttgart aufbaute. Diese Struktur kann als linksradikal mit anarcho-syndikalistischen Einflüssen beschrieben werden.

Giorgos Votsis, Journalist von Eleftherotypia, wechselte von der PAM zur 20 O, die vor allem Studenten aber auch den Arbeiter *Giannis Serifis* aus Stuttgart mobilisierte. Im März 1970 zündeten sie eine Bombe anlässlich des Prozesses gegen DA Mitglieder vor der Evelpidon Militär Akademie und am 1. Mai 1970 vor der Zentrale der GSEE Gewerkschaft.

Am 20. Oktober 1971 wurden vier Mitglieder einer Zelle von 20 O verhaftet, als sie versuchten einen elektrischen Verteiler zu sprengen, um die Rede des amerikanischen Vize Präsidenten im Hilton Hotel zu unterbrechen. Alle wurden gefoltert und die griechische Polizei erlangte eine Adresse in Paris, die von der französischen Polizei daraufhin ausgehoben wurde. Auch Giannis Serifis in Stuttgart wurde dadurch bekannt. Als letzte Aktion der Gruppe wurde im Februar 1972 im Zentrum Athens ein Radiosender platziert, über den eine Nachricht an die Bevölkerung ausgestrahlt wurde.

Die Gruppen LEP, 20 O und Aris Teams wurden von der kleinen Organisation AA (Unabhängige Linke) seit 1971 unterstützt. Ihr Theoretiker was *Giannis Galanopoulos*, ein ehemaliger Partisan der *ELAS*. Von 1945 bis 1960 inhaftiert, war er 1967 nach Italien entkommen. Galanopoulos propagierte in Texten und Untergrund Zeitungen, wie der *Epithesi* (Angriff), den autonomen Kampf kleiner Gruppen, die sich ihre Ziele selbst suchen und bei Bedarf mit anderen Gruppen kooperieren. Er lehnte maoistische Führungsprinzipien ab und bot bewaffneten Zusammenhängen logistische Hilfe an.

Bürgerliche und liberale Gruppen arbeiteten ebenfalls zusammen, unter dem Namen *EMA (Greek Militant Resistance)* wurden zahlreiche Bomben gelegt, die im Umfeld des Kriegsveteranen *Tasos Panagiotopoulos* und des Bombenbauers Tasos Minis vorbereitet wurden. Hier bestanden Kontakte zu jüngeren Angehörigen der Oberschicht, die mit sauberen Pässen den Widerstand unterstützten, z.B. eine Aktion gegen die amerikanischen Verbindungsstellen.

LEA konnte im Ausland zahlreiche Unterstützer*innen gewinnen, unter anderem Jean-Paul Sartre und Francois Truffaut.

Die Entwicklung von Massenprotesten im Jahr 1973

Schon in den vergangenen Jahren hatte sich der Unmut der Student*innen vor allem an der Tatsache entzündet, dass ihnen keine demokratische Wahl ihrer Vertretung in den Universitätsgremien erlaubt wurde. Im Wintersemester 1972/73 war dies wiederum verboten und auch über die Lehrinhalte wollten die Studierenden diskutieren. Nach der Zurückweisung kam es zu Protesten. Das Regime reagierte mit dem Polizeiknüppel. Zugleich wurde ein Gesetz erlassen, das es ermöglichte, unbotmäßige Studenten sofort zum Militärdienst einzuziehen. Dagegen kam es am 13. Februar 1973 zu einer Demonstration, die gewaltsam aufgelöst wurde und 37 Studenten wurden sofort eingezogen. Es kam zu weiteren Unruhen und 51 neuen Einberufungen.

Am 21. Februar verbarrikadierten sich etwa 2.000 Student*innen im Gebäude der juristischen Fakultät (Nomiki). Der Senat der Universität versuchte zu vermitteln und die Besetzung wurde beendet. Doch der stellvertretende Premier Stylianos Pattakos blieb hart – die 96 einberufenen Studenten sollten ihren Wehrdienst ableisten. Sechs ehemalige Minister solidarisierten sich mit den Studierenden. Nachdem sich nichts veränderte, folgten Unruhen in Thessaloniki und Patras. In Athen wurde wiederum die juristische Fakultät besetzt und am 20. März 1973 stürmte die Polizei das Gebäude.

Am 4. November 1973 jährte sich zum fünften Mal der Tod von Georgios Papandreou. Zum Gedenken wurde in der Athener Kathedrale ein Gottesdienst abgehalten. Die Partei von Papandreou war die Zentrums-Union, die Ende der 70er Jahre in der PASOK aufging. Durch Mundpropaganda informiert, waren einige Tausend Leute erschienen. Nach dem Ende der Gedenkfeier rief die vor der Kathedrale versammelte Menschenmenge Slogans gegen die Junta und marschierte in das Zentrum von Athen. Die Polizei versuchte, die Menge auseinander zu treiben, doch diese antwortete mit Steinwürfen und errichtete Barrikaden.

Es kam zu einer Straßenschlacht, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab. An den folgenden Tagen wurden von den 100 Verhafteten 17, darunter 3 Studenten vor Gericht gestellt. Die Polizei war vollkommen überrascht und hatte damals noch keine Riot Ausrüstung; durch Schüsse in die Menge und Steinwürfe der Bullen wurden 60 Menschen verletzt. Die Verurteilung der drei Studenten führte zu Protesten zunächst an der Universität Athen, dann aber auch in Patras und Thessaloniki. Um die Spannungen abzumildern, erklärte die Regierung, dass die politischen Führer keine Verantwortung für die Ausschreitungen trügen, die von einer kleinen Gruppe Unruhestifter angezettelt worden seien. Am 14. November besetzten einige tausend Student*innen das Polytechnio. Andere versammelten sich in Instituten der Universität. Alle Student*innen forderten, dass sie ihre Vertretung selbst wählen durften. Die Wahlen sollten am 4. Dezember 1973 abgehalten werden.

LEA verbreitete im Februar 1973 eine Erklärung, in der sie die Studentenproteste begrüßten und im Juli warben sie für ein „Nein“ zum

Referendum des Diktators Papadopoulos. Von der Dynamik des Aufstands im November waren alle bewaffneten Gruppen überrascht. Bei den Besetzer*innen des Polytechnio handelte es sich neben Studierenden auch um amnestierte Militante sämtlicher Widerstandsebenen und einige Arbeiter*innen. Radikalisierend sollen trotzkistische und anarchistische Zusammenhänge gewirkt haben, während andere Organisationen vergeblich versuchten ihre Mitglieder von der Teilnahme abzuhalten.

Christos Constantinidis hatte 1971 damit begonnen in seiner Buchhandlung die Klassiker der anarchistischen und situationistischen Literatur zu verbreiten. Er gehörte mit seinen Genossen zu den Ersten, die am 14. November mit der Besetzung des Polytechnio begannen. Sie schrieben die Parolen „Nieder mit dem Staat!“ und „Nieder mit dem Kapital!“ an die Eingangstore, wo sie später von linken Studenten mit pragmatischeren Parolen überdeckt wurden.

Die Präsenz anarchistischer Genoss*innen bei den Ereignissen um die Revolte vom November 1973 was bedeutsam, nicht hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern eher im Hinblick auf ihren außergewöhnlichen Beitrag, da sie sich nicht auf Slogans gegen die Diktatur beschränkten, sondern auf weiter gefasste politische Bestimmungen zurückgriffen, die antikapitalistisch und antistaatlich waren. Sie waren auch – zusammen mit Militanten aus der radikalen Linken – unter den wenigen, die diese Revolte begangen. Und sie waren so sichtbar, dass Repräsentanten der formalen Linken ihre Anwesenheit bei den Ereignissen verurteilten und sie verleumdeten.

KNE, die Jugendorganisation der KKE, verbreitete die Meldung, dass die Besetzung des Polytechnio eine Provokation von 300 bezahlten Agenten des Geheimdienstes sei.

In Wirklichkeit war die formale Linke der Revolte selbst gegenüber feindselig eingestellt, das sie den friedlichen Übergang von Diktatur zur Demokratie unterstützte. Und weil sie die spontane Revolte der Jugendlichen und Arbeiter*innen nicht aufhalten konnten, versuchten sie sie zu manipulieren und nach dem Fall der Junta auszunutzen. Der Nachhall dieses Konflikts dauert bis heute an.

Die bewaffneten Gruppen waren sich in der Bewertung der Ereignisse um den 17. November 73 nicht einig, 20 O war unzufrieden mit der eigenen Beteiligung, was aber ihren ständigen Bemühungen ihre Struktur vor dem Zugriff der Behörden zu retten, zugeschrieben wird. Zusammen mit Aris Team, LEP und AA riefen sie zur Rache für die Ermordeten, Verletzten und Gefolterten auf.

Von den Mitgliedern der Organisation 17 November waren viele gar nicht bei der Besetzung der Universitäten dabei. Nach der Stürmung des Polytechnio durch das Militär setzten einige militante Gruppen und Individuen auf den

Massenkampf, andere entwickelten ihre Bombenkampagnen weiter.

Wenn wir später zu der Frage kommen, was die Bildung einer anarchistischen Bewegung beschleunigt hat, ist auf die oft völlig falsche Einschätzung der Entwicklungen durch andere Gruppen und Organisationen zu verweisen. Dadurch wurde eine neue Strömung heraus gefordert. Das maoistische Komitee der Griechischen Antifaschisten in Paris zum Beispiel, sah den Aufstand im November 73 als erfolgreich darin, die geplante Transformation der Militärdiktatur hin zu einem parlamentarischen Faschismus zu verhindern. Bekanntlich ist dem System aber später genau das gelungen.

Aris Team verfasste einen Aufruf für die Entwicklung von Kampfkomitees in Nachbarschaften, Schulen und Arbeitsplätzen, die als autonome Gruppen in einer revolutionären Organisation zusammen arbeiten könnten. Dieser Aufruf soll das Gründungspapier von *ELA* im Jahr 1975 inspiriert haben.

Wenn wir später zu der Frage kommen, was die Bildung einer anarchistischen Bewegung beschleunigt hat, ist auf die oft völlig falsche Einschätzung der Entwicklungen durch andere Gruppen und Organisationen zu verweisen. Dadurch wurde eine neue Strömung heraus gefordert. Das maoistische Komitee der Griechischen Antifaschisten in Paris zum Beispiel, sah den Aufstand im November 73 als erfolgreich darin, die geplante Transformation der Militärdiktatur hin zu einem parlamentarischen Faschismus zu verhindern. Bekanntlich ist dem System aber später genau das gelungen.

Zum Jahreswechsel 73/74 fand in München ein Treffen von Delegierten verschiedener Widerstandsgruppen statt. Hier forderte Andreas Papandreou ein härteres Vorgehen gegen die Junta, inklusive Attentate auf Personen. Damit stand er relativ alleine da und verfügte auch nicht über handlungsfähige Strukturen. LEA, 20 Oktober und Aris Team vereinbarten eine Zusammenarbeit, konnten das aber nach dem Putsch von Dimitrios Ioannidis gegen Papadopoulos kaum umsetzen.

Die PAK von Papandreou half dem Künstler *Grigoris Christeas*, der aus den USA zurückkehrte, beim Aufbau einer Gruppe unter dem Namen *LAOS*, dem gleichen Kürzel unter dem Panagoulis 1968 den Anschlag gegen den Diktator verübt hatte. Dieses *LAOS* stand jetzt für *Peoples Organized Liberation Army*. Ihre ersten 5 Bomben richteten sich am 22. Februar 1974 gegen die Firma Dow Chemical in Lavrio, eine US Firma die Gifte für den Vietnamkrieg produzierte. Vier Bomben explodierten und richteten Schaden an, bei der Entschärfung der fünften starben zwei Techniker. PAK begrüßte den Anschlag, zu dem sich die 8. Abteilung der *LAOS* bekannte. Die Gruppe

wurde verraten und Christeas gelang die Flucht nach Europa, während andere Mitglieder verhaftet und gefoltert wurden.

Panagoulis, der nach der Amnestie heimlich wieder aus Italien eingereist war, unterstützte diesen Anschlag von LAOS8 nicht, unter der Bezeichnung LAOS1 bombte seine Gruppe eine Bank of America in Piräus und die Comercial Bank am 3. Dezember 73 und zwischen dem 9. und 19. Januar 74 einige US Fahrzeuge.

Grigoris Christeas erhob in Basel den Vorwurf des Verrats gegen eine Person aus dem Umfeld von Papandreou, der diesen Verrat angeordnet haben soll um Märtyrer zu generieren. Dieser Vorwurf hatte keine Konsequenzen, der Verräter gehörte später zu den Gründern der PASOK.

Eine Bombe der Gruppe um Panagoulis beschädigte am 14. April 74 eine Polizeistation in Athen.

Da als Resultat von jahrelangen Bombenkampagnen und eines Aufstands die Junta trotzdem nicht gestürzt werden konnte, sollen angeblich einige Gruppen einen Teil ihrer Mitglieder in Ausbildungslager der PLO geschickt haben, um die Eskalation zu erhöhen. Die angeblich auch gelieferten Waffen kamen allerdings nicht zum Einsatz.

Die als Metapolitefsi bezeichnete Phase des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie legte den Grundstein für das Aufkommen einer anarchistischen Notwendigkeit. Zwar wurde die KKE, Beteiligte am Kampf gegen die deutsche und britische Besatzung, wieder legalisiert, doch ihr Markenzeichen blieben Verrat und Stalinismus.

In Folge des für die Junta desaströsen Verlaufs des Zypern Kriegs stürzten Generäle der Armee am 23. Juli 1974 die Obristen und übergaben die Staatsgewalt an Konstantinos Karamanlis.

Die als *Metapolitefsi* bezeichnete Phase des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie legte den Grundstein für das Aufkommen einer anarchistischen Notwendigkeit. Zwar wurde die KKE, Beteiligte am Kampf gegen die deutsche und britische Besatzung, wieder legalisiert, doch ihr Markenzeichen blieben Verrat und Stalinismus.

Alexandros Panagoulis wird bei den ersten Wahlen für die Zentrums-Union ins Parlament gewählt, tritt aber wegen Meinungsverschiedenheiten aus der Partei aus. Nachdem er angekündigt hatte, Archive der Militärpolizei *ESA* veröffentlichen zu wollen, stirbt er am 1. Mai 1976 bei einem vermutlich von Angehörigen der Sicherheitskräfte fingierten Verkehrsunfall. Diese Archive, die anscheinend vor der behördlich angeordneten Vernichtung gerettet werden konnten und nie offengelegt wurden, sollen Informationen über die Kollaboration von wichtigen Politikern mit der griechischen Junta enthalten.

Andreas Papandreou sammelte in der PASOK viele linksradikale und trotzkistische Kämpfer*innen gegen die Junta, um sie im geeigneten Moment zu neutralisieren. Wer nicht im Apparat der PASOK aufstieg, suchte die Rückkehr in ein bürgerliches Leben oder beteiligte sich an einer der unzähligen kleinen Splittergruppen. Viele Bombenleger wurden Journalisten oder Professoren, das gesellschaftliche Klima war erwartungsvoll, Erwartungen die von den Programmen der linken Organisationen nicht erfüllt werden konnten.

In der Umgebung des Polytechnio, in Exarchia ließen sich ehemalige politische Gefangene, aus dem Exil zurückgekehrte Dissidenten und Student*innen nieder. Nach sieben Jahren Zensur waren die Buchläden und Zeitschriften voll mit subversiven Texten. Die Zeit war reif für einen anarchistischen Raum, der nur in den ignorantesten Zonen Europas auf das inflationäre Molli-Werfen reduziert werden wird.

Anarchistische Strömungen während der Metapolitefsi – Griechenland 1974 – 1980

Wie wir im [ersten Teil von Gegen das Vergessen](#) festgestellt haben, war der anarchistische Einfluss auf den Widerstand gegen die Diktatur bis 1974 zwar nicht unbedeutend, aber gering. Mit dem Austausch der Junta gegen eine Demokratie unter der Führung des rechten Ministerpräsidenten Karamanlis zogen sich viele Menschen und Gruppen erschöpft aus dem Widerstand zurück, sie hatten ihr Ziel der Rückkehr zum Parlamentarismus erreicht.

Alekos Panagoulis verurteilte gewaltsame Ambitionen von Leuten, die er als „Pseudo-Revolutionäre“ bezeichnete, und wurde Abgeordneter für die Zentrums Union. Die Gründungserklärung der PASOK unter Andreas Papandreou war derart radikal sozialistisch, dass viele Bombenleger der Vergangenheit sich damit identifizieren konnten. Konstantin Karamanlis hatte politische Gefangene freigelassen, als populistische aber wirkungslose Maßnahme, den Austritt Griechenlands aus den militärischen Strukturen der NATO angekündigt und die KKE legalisiert, gleichzeitig spielte er mit Putschgerüchten des Militärs, dem nur eine rechte Regierung Kontra geben hätte können.

Bei den ersten Wahlen 1974 gewann die ND (Nea Demokratia) von Karamanlis. Papandreou säuberte die PASOK von Mitgliedern aus dem Anti-Junta Widerstand.

Viele Gruppen setzten von nun an auf den demokratischen Wandel, linksradikale, trotzkistische und kommunistische Zusammenhänge, Gewerkschaften und Kleingruppen leisteten weiter Widerstand auf der Straße. Ihre Mobilisierungsfähigkeit in sozialen Angelegenheiten war hoch. Die KKE war mit militanten Floskeln unterwegs, bezeichnete aber jede Störung der öffentlichen Ordnung, sogar die Besetzer*innen des Polytechnio 73, als Provokation des Geheimdienstes KYP. Im Stadtteil Exarchia und an

den Universitäten entstanden unzählige Splittergruppen, die unter Studierenden für ihre Ziele warben. Diese Gruppen waren zwar relativ klein, bildeten aber das Reservoir der Unzufriedenen, die auf Demonstrationen los schlugen und von denen einige auch später in die bewaffneten Gruppen zogen.

Anarchistische Präsenz in Massenkämpfen

Die erste Wahl nach dem Ende der Junta sollte am 17. November 1974 stattfinden, dem Jahrestag des Polytechnio Aufstands. Viele Linke, Anarchist*innen und sogar die KKE lehnten die Übernahme des Datums durch rechte Parteien ab und demonstrierten dagegen. Auf der Demonstration am 15. November wurden Flugblätter verteilt, in denen die Konterrevolution verurteilt wurde, die Leute wurden als „bezahlte Sklaven“ angesprochen, die von den Lakaien des Staates zu produktiven Robotern und passiven Zuschauern gemacht werden sollen.

Unterschrieben war der Text mit „*Anarchistische Gruppe der Extremisten*“, worauf die Organisatoren der Demo versuchten diese Gruppe zu isolieren.

Von den kommunistischen, trotzkistischen und maoistischen Gruppen, die Mitte der 70er Jahre ihre Hochphase hatten, fanden viele Enttäuschte den Weg zu anarchistischen Zusammenhängen. Die Anarchist*innen standen im Konflikt zur zentralen Rolle der Arbeiterklasse, den hierarchischen Organisationsformen der Linken, der Idee einer Avantgarde und der Vorstellung einer Machtübernahme.

Bei den schweren Straßenschlachten am 25. Mai 1976, nach einer Demonstration für die Rechte der Arbeiter*innen, kämpften sie gemeinsam mit Gewerkschafter*innen. Dutzende Menschen wurden verletzt und die 67 jährige Straßenverkäuferin *Anastasia Tsivika* dabei von einem gepanzerten Fahrzeug der Polizei getötet.

Der erste anarchistische Block trat am 17. November 1976 bei einer Demonstration zur US Botschaft auf. Zwei Jahre später wurde diese Route verboten und die Nationale Studenten Union sagte wegen starker Polizeipräsenz die Demo ab. Als viele Leute dennoch vom Polytechnio los marschierten kam es zu Auseinandersetzungen.

Ein wichtiger Moment des sozialen Kampfes Ende der 70er war der Kampf in den Universitäten, ausgelöst vom Versuch der Regierung, eine Bildungsreform durchzusetzen. Hier wurden die Grenzen der Unis überwunden, weiterreichende radikale Bestimmungen entwickelten sich und führten zur Beteiligung von deutlich mehr Menschen. Anarchist*innen konnten ihren Einfluss auf die im Kampf stehenden gesellschaftlichen Bereiche ausweiten.

Alleine führten sie einen weiteren Kampf: Solidarität mit den Gefangenen.

Die Frage nach den Gefängnissen galt für die Gesellschaft als Tabu – jetzt wurde deren Abschaffung gefordert.

Die erste Generation der griechischen Anarchist*innen war enttäuscht, als 1981 PASOK in die Regierungsübernahme gewählt wurde und zusammen mit der KKE versuchte die sozialen Konflikte der 70er Jahre zu beenden. Isoliert von allem zogen sich viele Leute nach und nach zurück, der Rückschlag für die anarchistische Bewegung stand auch im Zusammenhang mit dem Auftauchen von Heroin in Exarchia und umliegenden Vierteln.



Panzereinsatz am 25. Mai 1976

Selbstjustiz gegen die Folterer der Junta – Die Entstehung von 17N und ELA

Neben den individuellen Freiheiten waren Arbeitnehmer*innen-Rechte ein

zentrales Thema. Ebenso beschäftigte die Aufarbeitung der von den Obristen begangenen Verbrechen die Menschen. Einige Gruppen hatten Rache für die Morde, Entführungen und Folter der vergangenen sieben Jahre geschworen.

Beispiel Alexandros Giotopoulos:

Die Spur von *Alexandros Giotopoulos*, Gründer von *LEA (Laikos Epanastatikos Agonas – Volksrevolutionärer Kampf)*, Stadtguerilla von 1971 bis 1974, die als Vorläuferin der Organisation 17. November angesehen wird, orientierte sich an den Tupamaros in Uruguay), verlor sich im Schatten, wie es ein amerikanischer Botschafter formulierte. Aus einem Brief, der 1969 aus der Zentrale der Sicherheitspolizei in der Bouboulinas Straße 21 geschmuggelt wurde und an Jean-Paul Sartre gerichtet ist:

„Meine Zelle ist so eng, dass ich nur mit angezogenen Beinen liegen kann. Sie hat kein Licht, keine Belüftung, der Boden ist feucht und wimmelt von Wanzen. Das Guckloch in der Tür ist meine Angst und meine Hoffnung. Oft blicke ich durch das winzige Gitter und versuche etwas zu erkennen. Im Gang unterdrücktes Murmeln: ein Körper wird, in eine Decke gewickelt, vorbeigetragen. Der Mann stöhnt. Schritte nähern sich. Ich fürchte mich. Ein Schlüssel knirscht in meinem Schloss, meine Tür geht auf, man bringt mich hinaus. Und bald, wenn ich erst dieser in die Decke gewickelte blutende Körper bin, werde ich vor Schmerzen nur noch stöhnen können.

Man führt mich eine Etage höher. Das Verhör beginnt. Mallios ist ein Theoretiker, Lambrou dagegen wendet die Methoden dieses ausgeklügelten, perfektionierten Systems an. Ich schreie auf. Sartre! Hörst Du mich? Ich weiß das es Vietnam gibt, ich bin unbedeutend gegenüber den Feuern dieser Hölle, aber ich schwöre Dir, Sartre, unsere Tage in diesem Polizeigebäude sind der Keim eines zweiten Vietnam! Du kannst dieses Gebäude sehen, wenn du einmal in Athen spazieren gehst. Tausende von Leuten laufen täglich an ihm vorbei, ohne den Blick zu heben. Die einen aus Angst, die anderen aus Unwissenheit. Zwei Schritte weiter befindet sich der Park des Nationalen Archäologischen Museums. Unsere Schreie werden von dem Lärm der Stadt übertönt, in der die ausländischen Touristen in der Sonne spazieren gehen....Oft steht vor dem Gebäude ein Motorrad mit laufendem Motor, fährt aber niemals ab. Sein Lärm übertönt die Schreie. Wenn die Henker in der Eckkneipe ein Bier trinken gehen, wird der Motor abgestellt.

Du wirst auf diese Bank gebunden. Ein Reigen von Wilden umringt dich. Sie

gehören derselben Henker Rasse an, die in Vietnam meine Schwestern Pham Thi Binh, Nguyen Thi Tho gefoltert haben. Ich kann nicht, ich will Dir nicht sagen, Bruder, wie, womit, wie sehr sie mich gefoltert haben.

Ich schließe die Augen, um meine Henker nicht zu sehen. Lambrou steht etwas abseits, ein Arzt ist neben ihm. Er heißt Kioupis. Sein Name gehört auf die Liste derer, die eines Tages gerichtet werden müssen. Er fühlt meinen Puls. Er befiehlt: weitermachen...anhalten...Ich soll am Leben bleiben, ich soll sprechen, die Namen meiner Genossen nennen. Ich schwöre Dir, ich habe nichts gesagt. Mein Schweigen gibt mir das Recht, Dir zu schreiben.“

Vasilis Lambrou war Oberinspektor der Sicherheitspolizei (Asphalia) und einer der bekanntesten Folterer des Systems. Bekannt wurde ein Zitat von ihm gegenüber Gefangenen:

„Wenn Sie glauben, dass sie irgendetwas tun können, machen sie sich allenfalls lächerlich. Die Welt ist in zwei Hälften geteilt. Es gibt die Kommunisten und die freie Welt. Die Russen und die Amerikaner, sonst nichts. Und was sind wir? Amerikaner. Hinter mir steht die Regierung, hinter der Regierung steht die NATO, hinter der NATO stehen die USA. Ihr könnt nicht gegen uns kämpfen, wir sind Amerikaner.“

Im Verlauf ihrer Untersuchung wollten die von der europäischen Kommission für Menschenrechte beauftragten Ermittler Polizisten und Militärs anhören, die von den gefolterten Gefangenen am häufigsten genannt wurden. Die meisten von ihnen gaben Erklärungen ab, die die Sache der Obristen in verheerender Weise bloß stellte: Sie verloren die Selbstbeherrschung, beschimpften die politischen Gefangenen, behaupteten, dass dieser oder jener Häftling nichts als ein dreckiger Simulant sei, der auf Befehl der Kommunistischen Partei handle und sich selbst verstümmelt habe, um den Anschein zu erwecken, dass die „ehrenhaften griechischen Polizisten“ Wilde seien. Aber in Vasilis Lambrou hatten die Mitglieder dieser Kommission einen anderen Mann vor sich. Elegant, höflich, lächelnd, Nerven und Gefühle beherrschend, eloquent, ohne Fachausdrücke zu benutzen, war er der vollkommene Schauspieler. Er hatte versucht, eine „plausible“ Erklärung glaubwürdig zu machen: dass nämlich unvermeidliche Fehler in der Polizei eines jeden Landes vorkommen und er wies dabei noch auf die „besonderen Umstände“ in Griechenland hin. Später wurde er in die USA eingeladen um dort Vorträge über die Bekämpfung des Kommunismus zu halten.

Aussage der Schauspielerin *Kitty Arseni*, 34, nach ihrer Ausreise nach Frankreich vor der Menschenrechtskommission des Europarats (diese wurde auf Betreiben von Schweden, Dänemark und Norwegen tätig; die BRD

unterstützte die Obristen) am 26. November 1968. Sie war nachts in ihrer Wohnung von den Beamten *Lambrou*, *Babalis* und *Mallios* festgenommen worden:

„Lambrou fragte mich im Auto ob ich bereit wäre Fragen zu beantworten. Sonst würden sie mit mir nach Damaria fahren, ein einsamer Berg in Athen, bei Patissia. Im Auto fingen sie an mich zu beschimpfen und mir gegen den Kopf zu schlagen. Angekommen in der verlassenen Gegend, zogen sie mir die Schuhe aus, Mallios legte sich auf mich und hielt mir den Mund zu, während mir der Fahrer mit einem Rohr auf die Fußsohlen schlug. Sie sagten sie würden mich hinrichten. Danach wurde ich in die Zentrale der Asphalia in der Bouboulinas Straße gebracht wo ich in einer winzigen, leeren Zelle ohne Tageslicht in Isolation gehalten wurde.

Bei weiteren Verhören wurde ich auf dem Dach des Gebäudes u.a. von dem Beamten Spanos geschlagen, sie haben wieder die Falanga angewendet. Sie drohten mich vom Dach auf die Straße zu werfen. Nach drei Monaten wurde ich auf Bewährung entlassen.“

Am 12. März 1969 befragte die Menschenrechtskommission des Europa Rates in Athen die beschuldigten Polizeibeamten. Inspektor Vassilis Lambrou bestritt an der Verhaftung von Kitty Arseni am 23. August 1967 beteiligt gewesen zu sein. Die Verhaftung sei von Inspektor Mallios durchgeführt worden um das subversive Netzwerk des Dichters und Musiker Mikis Theodorakis zu zerschlagen. Letztendlich ging es um die Verbreitung einer Tonbandaufnahme. Lambrou stritt die Foltervorwürfe ab und bezichtigte Kitty Arseni der Lüge.

Inspektor Evangelos Mallios erklärte, zusammen mit Lambrou und Babalis in der Nacht der Verhaftung lediglich einige Fragen an Frau Arseni gestellt zu haben um das Versenden eines Tonbandes in andere Länder zu verhindern. Er bestritt die Foltervorwürfe und sagte, Kitty Arseni sei geisteskrank.

Inspektor Babalis sagte aus, dass er für die Sicherheit der Gefangenen verantwortlich sei und Frau Arseni sei sehr gut behandelt worden.

Als weitere Zeugin vernahm die Menschenrechtskommission *Anastasia Tsirka*, die am 23. September 1967 von der Asphalia verhaftet wurde. Vor dem Putsch war sie auf einer Friedensdemonstration fotografiert worden, jetzt wurden in ihrer Wohnung Flugblätter mit dem Titel *„Autonome Aktion“* gefunden. Zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung war sie sichtbar schwanger.

Auf dem Dach der Asphalia Zentrale in der Bouboulinas Straße wurde sie von Lambrou, Mallios, Babalis, Spanos und Georgantas gefoltert, u.a. mit Schlägen auf die Fußsohlen. Es wurde auch gedroht sie vom Dach zu

werfen. In den folgenden Tagen erlitt sie eine Fehlgeburt und wurde nach kurzem Krankenhaus-Aufenthalt ein weiteres Mal der Falanga unterzogen. Sie konnte nicht angeben von wem sie die Flugblätter erhalten hatte, weil sie diese auf der Straße gefunden hatte. Die griechische Regierung bezeichnete die Vorwürfe von Frau Tsirka als Lüge, die Polizei habe alles schon gewusst, so dass gar kein Grund für Folter vorgelegen habe.

Während der Diktatur hatte es bis auf den gescheiterten Anschlag auf *Papadopoulos* keine wesentlich tödlichen Aktionen gegeben. Ein Mensch war versehentlich durch eine Bombe getötet worden. Politische Tötungen wurden jetzt zur Option der militanten Gruppen, als deutlich wurde, dass die Folterschergen der *EAT-ESA* (Vernehmungseinheit der Militärpolizei während der Diktatur) und der Sicherheitspolizei *Asphalia* nicht wirklich zur Verantwortung gezogen werden, und dass die Demokratie eine personelle Kontinuität in den Machtstrukturen des Landes anstrebt.



Die Folterer der EAT-ESA vor Gericht. Vorne, 2.v. Links: Anastasios Spanos, daneben Chefermittler Theodoros Theofiloyannakos, ganz rechts: Kommandant Nikolaos Hajzisis. Sie waren schnell wieder frei.

Ende Juli 1974 fanden Diskussionen von Mitgliedern der Widerstandsgruppen über Aktionen gegen die soeben abgesetzte Junta statt. Militante von LEA, Christos Kasimis von 20 Oktober (20 O) –

Bombenleger während der Junta von 1967 bis 1974 – und *Kostas Agapiou* von *Aris Team* (Bombenleger*innen Gruppe während der Junta, mit Kontakten zu den Vorläufern der Roten Brigaden in Italien) waren neben wenigen anderen Gruppen aus dem Kampf gegen die Obristen hervorgegangen und berieten die neue Lage. Anfang 1975 gaben *20 Oktober* ihre Auflösung bekannt, weil Revolutionäre sich in die Massenkämpfe der Arbeiter integrieren sollten für die sie kein Programm hätten. Weil sie nur für den Kampf gegen die Diktatur entstanden seien, stellten sie ihre Unfähigkeit fest, das Vakuum zu nutzen, welches durch den Fall der Junta entstanden war. Anschläge würden nur den Vorwand für Repression liefern, die Gegengewalt des Volkes dürfe nicht von einer Avantgarde kommen.

Teile von LEA, unter anderen Giotopoulos wollten ihre Untergrund-Strukturen erhalten. Sie sahen das Wahlergebnis als Zeichen personeller Kontinuitäten von Angehörigen der Junta, die jetzt im Apparat von Nea Demokratia weitermachten.

Christos Kasimis und seine Frau *Alexandra* waren von der Notwendigkeit überzeugt, das griechische Industrieproletariat in die bewaffnete Bewegung einzubeziehen, etwas was während der Junta nie gelungen ist. Die beiden werden beim Plakatieren entsprechender Aufrufe verhaftet, aber auf Intervention von PASOK-Abgeordneten freigesprochen. Diese Gruppe versuchte auch Student*innen zu agitieren.

Militante um Kasimis suchten bei Arbeitskämpfen den Kontakt zu Streikenden, Fabriken wurden besetzt und Streikbrecher zusammengeschlagen. Auch in Nachbarschaftsinitiativen wurde Kontakt zu Schichten gesucht, die für revolutionäre Aktionen offen schienen. In diesen Zusammenhängen wurde zwischen Juli 74 und Februar 75 ein Text geschrieben, zirkuliert und im Dezember 75 in einer korrigierten Version veröffentlicht, der unter dem Tarnumschlag „*Outstanding Chemical Fertilizers*“ ein Gründungspapier mit dem Namen „*Revolutionärer Volkskampf für die Entwicklung der griechischen revolutionären Bewegung*“ verbarg.

Mit *Revolutionärer Volkskampf (Epanastatikos Laikos Agonas – ELA)* betrat eine klandestine, kommunistische Gruppe die Bühne. Ihrem Gründungspapier wird vorgeworfen wenig konkrete Vorschläge zu bieten und mit obsessiver Wiederholung ideologischer Formulierungen zu kaschieren. ELA kündigte an, ihre Erfahrungen aus dem Anti-Junta Widerstand zu nutzen, um die Massen aufzuklären. Sie glaubten „Volksmacht“ und Sozialismus nur durch eine gewalttätige Revolution der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Imperialismus erreichen zu können. ELA lehnte den Maoismus ab und distanzierte sich vom Begriff der „nationalen Unabhängigkeit“ früherer Texte von LEA. Ihr Konzept sah autonome Gruppen vor, die aus den einzelnen Konfliktfeldern erwachsen und sowohl den bewaffneten Kampf als auch legale Organisation praktizieren, während daran gearbeitet wird, die bürgerliche Hinterlassenschaft zu überwinden. Über die Thematik der Löhne sollte eine

Mobilisierung der Fabrikarbeiter erfolgen, mit dem langfristigen Ziel, die Lohnarbeit abzuschaffen. Im Jahr 1976 gab es in Griechenland 947 Streiks von 300.000 Beteiligten, was zu über 6 Millionen verlorenen Arbeitsstunden führte.

Als Zugeständnis an Anhänger Guevaras sollten aufständische Hot-Spots geschaffen werden, mit einem Schwerpunkt in großen Städten. Der während der Junta verbannte Historiker *Nikos Psyrroukis* soll mit seinen Texten großen Einfluss auf ELA Mitglieder gehabt haben.

Einer der ersten Leser der Gründungserklärung von ELA war *Christos Tsigaridis*, der als kommunistischer Student des Polytechnio mit den Dogmas der KKE aneinander geraten war. Er wurde von Kasimis überzeugt, ELA beizutreten und äußerte sich nach seiner Verhaftung 2003 zur Strategie von ELA. Es sollten kleine Bombenanschläge symbolischer Natur verübt werden, bei denen Verletzung von Menschen ausgeschlossen sein müssten. Dieses Vorgehen beruhte auf der politischen Taktik, keine Distanz zwischen Aktionen einer organisierten, revolutionären Kraft und den Aktionen kleiner, militanter Teams oder der Massenmilitanz aus der Bevölkerung entstehen zu lassen.

ELA wollte verhindern, dass Zuschauer ihrer Anschläge entstehen. Vielmehr sollte eine revolutionäre Gegengewalt zur Praxis der Arbeiterschicht werden. Nicht materielle Zerstörung sondern die Ausstrahlung einer widerständigen Nachricht war das Hauptziel.

Die Gruppe begann mit einfach nachzuahmenden Brandanschlägen. Die während der Diktatur beschafften Schusswaffen wurden jedoch behalten. Ab Mai 1975 produzierte und verbreitete ELA eine illegale, zweimonatliche Broschüre mit Gegeninformationen unter dem Titel *Antipliroforisi*, die auch an einigen Kiosken offen auslag.

Am 21. April 1975, dem achten Jahrestag des Obristenputsches, zogen zehntausende Demonstrant*innen zur US Botschaft in Athen, durchbrachen Polizeiabsperungen und warfen Scheiben der Botschaft ein.

Die maoistische Gruppe *E.K.K.E.* reklamierte diesen Erfolg für sich und wurde dafür von Papandreou und der KKE der Provokation im Auftrag ausländischer Mächte beschuldigt. Ehemalige Mitglieder von LEA und spätere Aktivisten von *17N* bezeichneten das Gebaren von EKKE als „folkloristisch und kindisch“; den Erfolg in der Auseinandersetzung mit den Bullen vor der Botschaft hatten kleine, autonome Gruppen ermöglicht, die linken Organisationen versagten beim Schutz der Demonstration, deren friedlicher Teil anschließend von der Polizei mit Gas und Schlagstöcken auseinander getrieben wurde. ELA-Militante waren bei diesem Riot anwesend und zündeten am 29. April im Hafen von Elefsina acht Fahrzeuge der US Marine an.

Am 14. Oktober fand in Athen ein Prozess gegen drei Mitglieder des Zentralrats E.K.K.E („Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenland“) sowie gegen einen 17-jährigen Schüler statt. Letzterer war angeklagt, wegen „Zerstörung fremden Eigentums und Beschimpfung einer Behörde“. Er war am 21. April 1975 in der US-Botschaft verhaftet worden und soll einen Knüppel in der Hand, den Polizeidirektor Karathanassis mit den Worten „Faschist Karathanassis, damit wirst du sterben“ bedroht haben, wofür er fünf Monate Knast bekam. Die Mitglieder der E.K.K.E. erhielten 18 Monate Gefängnis, da sie in einem Flugblatt die Aktionen gegen die US-Botschaft unterstützten.

Am 23. Juli 1975, ein Jahr nach dem Machtwechsel, kam es bei einem Generalstreik zu heftigen Straßenschlachten in Athen. Ein Supermarkt der amerikanischen Armee wurde am 10. November in der Sygrou Avenue von ELA angezündet. Der Presse war das nur eine kleine Randnotiz wert, das Bekenntschreiben „einer unbekanntenen Gruppe“ wurde nicht wiedergegeben.

Hinrichtung eines Agenten – 17N betritt die Bühne

Im November 1975 wurden sieben CIA-Agenten durch eine Zeitung geoutet, darunter der Chef der CIA-Station, *Richard Welch*, 46. Dieser diente seit 1951 beim CIA, von 1952 bis 1960 in Athen, danach auf Zypern während des Terrors türkischer und griechischer Faschisten gegen die Zivilbevölkerung, 1965 wurde er nach Guatemala zur Aufstandsbekämpfung geschickt, dann in Guyana zwecks Wahlmanipulation eingesetzt. 1972 war er Chef der CIA-Station in Lima, wo er im Februar 1975 verschwinden musste, nachdem sein Name in der Zeitung als Organisator einer Verschwörung genannt wurde.



Welch wurde seit seinem Eintreffen in Athen am 15. Juni 1975 observiert. Vermutlich hat Welch diese Observation bemerkt, aber die Leute dem Schutz durch den griechischen Geheimdienst KYP zugeordnet. Er übernahm den Posten des Leiters der CIA-Station in Athen.

Am 23. Dezember 1975 wurde Richard Welch im elitären Viertel Psychiko von einem Kommando aus vier Leuten bei der Ankunft vor seinem Haus gestellt. Zwei Kugeln aus einem Revolver trafen ihn tödlich, sein Fahrer wurde verschont. Das Fluchtfahrzeug war einige Tage zuvor in Pangrati besorgt worden.

Mit ihrem Bekennerschreiben trat die *Revolutionäre Organisation 17. November (17N)* erstmals in Erscheinung. Sie propagierten eine Volksmacht und den Sozialismus. Diese Erklärung unterlag einer Nachrichtensperre, wurde aber in Exarchia verteilt. Über den Zeitpunkt der ersten Hinrichtung eines für Folter und Mord Verantwortlichen wurde spekuliert, vermutlich handelte 17N erst als das Versagen der Justiz bei der Verfolgung von Verbrechen der Diktatur offensichtlich war. Die Adresse von Welch hatten sie jedenfalls schon vor dem Outing herausgefunden. Die KKE und die Presse bezeichneten das als Provokation fremder Mächte.



Die CIA nutzte den Anschlag um Kritik an den im Zusammenhang mit Watergate aufgedeckten Skandal mundtot zu machen. Der US Geheimdienst in Athen überlegte als Vergeltung gegen 35 bis 40 Menschen vorzugehen, die im Zusammenhang mit dem Aufstand am 17. November 1973 den Behörden bekannt geworden waren.

Verschiedene Quellen weisen auf eine gelegentliche Zusammenarbeit von ELA und 17N hin, auch wenn beide Gruppen oft unterschiedliche Positionen vertraten. ELA startete eine ganze Serie von Brandanschlägen, die zwar wenig Beachtung in der Presse fanden, aber in der Bevölkerung auf Zustimmung stießen.

Die ersten Toten der „Demokratie“

Am Abend des 30. April 1976 verbreitete der 16jährige Schüler *Isidoros*

Isidoropoulos am Omonia Platz Flyer seiner kleinen, leninistischen Gruppe. Deswegen von der Polizei gejagt, lief er vor ein Auto und wurde getötet.



Isidoros Isidoropoulos

Einen Tag später wurde *Alekos Panagoulis* von Elementen des „tiefen Staates“ in einem fingierten Verkehrsunfall ermordet, kurz bevor er verschollene Dokumente der ESA (Militärpolizei) veröffentlichen konnte, die eine Verwicklung von demokratischen Politikern in Verbrechen der Junta bewiesen hätten.



Das von Killern gerammte Auto von Alekos Panagoulis

Mit diesen beiden Morden wurde die Wut in der Bevölkerung weiter angeheizt, die bereits durch Gesetzesänderungen aufgebracht war, mit denen das Parlament auf Druck der Industrie das Streikrecht im Interesse der Arbeitgeber einschränkte.

Im Jahr 1976 griff ELA neun Banken und Firmen mit Bomben an, auch Busse wurden angezündet.

Ein Folterspezialist wird hingerichtet

Der oberste Ermittler der Sicherheitspolizei (Asphalia) während der Diktatur, *Evangelos Mallios*, war im September 1975 in einem ersten Prozess in Athen von Foltervorwürfen freigesprochen worden, später zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Ein neuer Prozess brachte ihm eine kurze Haftstrafe, die er nicht antreten musste weil sich das Berufungsverfahren auf unbestimmte Zeit verzögerte. Mit ihm auf der Anklagebank saß sein Kollege *Petros Babalis*.

In Haft waren hingegen der Anarchist *Christos Konstantinidis* und drei weitere Genoss*innen wegen Ausschreitungen bei einer Demonstration für *Rolf Pohle*, (der von der Bewegung 2. Juni aus deutscher Haft freigespreßt wurde und wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilt ist), der im Juli 1976 in Athen festgenommen wurde. Konstantinidis hatte bereits während der Diktatur anarchistische Publikationen verbreitet.

Der gesellschaftliche Hass gegenüber der Straffreiheit, mit der die Folterer davon kamen, drückte sich in einer Reihe von Sprechchören vor Gerichten und bei Demos aus, wie „Die Faschisten von Goudi“, „Volksprozesse gegen die Folterer“, „Vergiftet die Hunde der ESA“, „Das Volk vergisst nicht, erhängt die Faschisten“, usw.

Am 14. Dezember 1976 parkte der suspendierte Beamte Mallios sein Auto bei der Polizeistation im Athener Vorort Faliro. Seine ehemaligen Kollegen sollten verhindern, dass sein Auto angezündet wird. Die letzten Meter zu seinem Haus legte er zu Fuß zurück, als ein dunkles Fahrzeug von hinten kam und jemand Mallios mit zwei Kugeln tötete. Aus dem Fluchtfahrzeug wurden noch Blätter mit einem Kommuniqué geworfen.

In diesem nahm 17N Bezug auf die ermordeten *Isidoropoulos*, *Panagoulis* und *Tsivika*, mit denen der Staat die Bevölkerung terrorisierte. Außerdem ging es im Schreiben um den Unwillen der Justiz, die Folterer zu bestrafen und darum, dass Karamanlis ein Faschist im Dienst der USA sei. Das Volk müsse sich mit friedlichen und gewaltsamen Mitteln von den Amerikanern, von ausländischen und heimischen Kapital befreien. KKE und PASOK bezeichneten die Hinrichtung als Provokation ausländischer Mächte. Selbst ihre Mitglieder glaubten jedoch nicht an diese Verschwörungstheorie.

Es gab nicht wenige, die die Aktion des 17. November begrüßten. Zum Beispiel hat einige Tage nach der Hinrichtung von Mallios die Gruppe

„*Proletarische Linke*“ eine Solidaritätserklärung mit 17N veröffentlicht, in der es heißt: „Unter den gegebenen Umständen hat die Organisation des 17. November im Namen des Volkes gehandelt. Die Pistole die Mallios hinrichtete, wurde von den Hunderten, die durch die Diktatur getötet wurden, von den zehntausenden Gefolterten, vom ganzen Volk gehalten. Deshalb war dies der vereinte Widerstand eines ganzen Volkes.“

Bei der Beerdigung von Mallios kam es zu Salutschüssen und Pro-Junta Rufen durch uniformierte Polizisten und Ausschreitungen, ausgehend von Ultrarechten, Unterstützern der Diktatur. Unter ihnen Georgalas, Agathangelou und *Michaloliakos*, späterer Chef der *Chrisi Avgi* (Goldene Morgenröte, Golden Dawn). Die Anwesenden riefen antikommunistische Parolen und schlugen unter den Augen der Polizei auf Journalisten ein. Wenig später begann eine zweijährige Serie von 74 Bombenanschlägen gegen linke Ziele, zu der sich eine faschistische Organisation als Rache für Mallios bekannte. Damit war die These des 17N vom Parastaat bewiesen.

Kommen wir zu einem Aktivisten, der heute als Verantwortlicher von 17N im Knast sitzt: *Dimitris Koufodinas*.

Als 15 jähriger war Dimitris Koufodinas Augenzeuge der gewaltsamen Niederschlagung der Polytechnio Revolte 1973 gewesen. Seitdem las er aufmerksam alle politischen Publikationen und durchlief verschiedene linke Gruppen, sogar die Jugendgruppe der PASOK, als er 1977 auf ein umfangreiches Manifest der Organisation 17N stieß. 17N schlug darin kleine Zellen von Militanten vor, die bewaffnete Strukturen zur Selbstverteidigung des Volkes aufbauen sollten, die, wenn es an der Zeit wäre, in einer revolutionären Partei des Volkes aufgehen sollten. Die Hinrichtungen von Welch und Mallios waren Ausdruck dieser Strategie. Die liberale Zeitung *Eleftherotypia* druckte dieses Manifest ab, warnte aber davor mit solchen Hinrichtungen eine Repression zu provozieren, wie sie in Deutschland nach ähnlichen Anschlägen statt fand.

Koufodinas fand zunächst Kontakt zu ELA, deren Text „*Outstanding Chemical Fertilizers*“ ihn überzeugte. ELA baute damals kleine Untergruppen auf und in einem dieser Teams unter dem Namen *LAS (Laiki Agonistiki Syspeirosi)* startete Koufodinas eine Serie von 40 Brandanschlägen, meistens auf Fahrzeuge, beginnend mit dem Auto eines US Militärs in Exarchia. In Thessaloniki wurden vier junge Anarchisten bei einer ähnlichen Serie verhaftet.

Die Ermordung der RAF-Gefangenen in Stammheim am 18. Oktober 1977 löste in Athen und Thessaloniki Straßenschlachten mit Molotov Cocktails durch Hunderte, öffentlich als Anarchisten bezeichneter Menschen aus. Als Reaktion auf die Morde in Deutschland machten sich am 20. Oktober vier Aktivisten von ELA, darunter *Christos Kasimis*, in das Industrieviertel Rendis zwischen Athen und Piräus auf, um dort ein Lager der deutschen Firma AEG zu sprengen.

Bei den Vorbereitungen auf dem Firmengelände wurden sie von zwei Zivilfahndern überrascht, die Christos Kasimis überwältigen wollten. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem Kasimis von den Bullen erschossen wurde, den drei anderen gelang, teilweise verletzt, die Flucht. Auch beide Bullen wurden angeschossen. Auf Seite der ELA war auch Christos Tsoutsouvis, der später eine Abspaltung der ELA, die Gruppe Anti-Staats Kampf, anführen sollte, an der Aktion beteiligt.

Der griechische Polizeiapparat, unverändert von der Junta-Zeit übernommen, entnahm seinen Akten, dass neben Christos Kasimis auch ein *Giannis Serifis* bei der *Gruppe 20 O* gewesen war, die damals in der militanten Opposition gegen die Diktatur aktiv war. Damals zwar freigesprochen, wurde Serifis nun für 15 Monate in Untersuchungshaft gehalten. Der lächerliche Vorwurf war: Mord am von Asphalites erschossenen Kasimis, Beteiligung an dem Anschlag auf AEG und Mitgliedschaft bei ELA oder 17N. Giannis Serifis würde für Jahrzehnte der „übliche Verdächtige“ für jeden Anschlag sein.



Christos Kasimis, getötet bei einer Vergeltungsaktion gegen AEG wegen der Morde in Stammheim

Von 1977 bis 1980 wurden zahlreiche Brand- und Bombenanschläge von ELA gegen Behörden, Firmen und Banken, Polizeistationen und Fahrzeuge durchgeführt. Bei einem Angriff auf die Polizeistation Zografou im Dezember 1977 unter dem Namen *Christos Kasimis Revolutionary Team* wird auch ELA als Ausführende vermutet.

Die ELA nahe Zeitung *Antipliroforisi* radikalisierte sich nach dem Tod von Kasimis. Ein Grund könnte der sinkende Einfluss linksradikaler Gruppen in den Arbeitskämpfen sein. Wo weniger Arbeiter agitiert werden können, muss

auch keine Rücksicht auf die spezielle Situation in den Fabriken genommen werden – die Sprache wurde militanter.

Die griechische Regierung kündigte jetzt neue Anti-Terror Gesetze an, mit Verweis auf die Situation in Italien und Deutschland. Dagegen demonstrierten im April 1978 25.000 Menschen. Bei einer Durchsuchung in einem Gebäude wurde ein Benzinkanister, leere Flaschen und ein Buch gefunden; die Anarchisten *Filippas* und *Sophia Kyritsis* erhielten dafür neun und fünf Jahre Knast, Strafen die dem Innenminister zu gering erschienen.

Der nächste Folterer wird hingerichtet

Über die Urheberschaft einer weiteren Hinrichtung rätselten die Behörden lange Zeit.

Im Oktober 1977 wurde der Chef der Überwachungsabteilung der Sicherheitspolizei (Asphalia) während der Diktatur, *Petros Babalis*, nach kurzer Haft wegen der Folter von Regimegegnern freigelassen. Nach der Hinrichtung seines Kollegen Mallios durch 17N war er wachsam und trug eine Waffe bei sich. Trotzdem erwartete ihn am 31. Januar 1979 der Tod: zwei Männer vor seiner Garage richteten ihn mit acht Schüssen hin.

Ein Bekenner schreiben verwies auch auf seine fortgesetzte Tätigkeit als Berater der Polizei hin, eine faschistische Kontinuität also. Unterschrieben war diese Erklärung mit „*Juni 78 Team*“. Spuren in Richtung 17N wurden nicht gefunden und ELA beging unter ihrem Namen keine Hinrichtungen. Erst im Jahr 1985 würde ELA erklären, dass das *Juni 78 Team* ein eigens gegründetes Kommando der Gruppe war.

Bei den Straßenschlachten hatte sich besonders die 1976 gegründete MAT mit Brutalität hervor getan. Den Aktivisten vom 17N war besonders Pantelis Petrou aufgefallen. Er hatte auch schon unter der Junta sein Handwerk verrichtet. Der Direktor der MAT hatte am Rande der Studentendemos gestanden und über sein Funkgerät Befehle zur Misshandlung von Studierenden gegeben. Am 16. Januar 1980 wurde er in der Nähe seiner Wohnung zusammen mit seinem Fahrer von einem Kommando des 17N erschossen.

Im Sommer 1979 zündete ELA zahlreiche Bomben gegen Ziele, die Bezug auf Arbeitskämpfe nahmen: Busse der Verkehrsbetriebe, Gerichte und Finanzämter, Ministerien und Arbeitgeberverbände waren betroffen. Die ebenfalls ELA zugehörige LAS, zündete derweil weiter Fahrzeuge von amerikanischen Militärangehörigen an.

Bildungsproteste erweitern den anarchistischen Raum

Am 9. August 1979 eskalierte im Zentrum Athens eine Demonstration von

Arbeitern, die von der Polizei eingekesselt wurde, als Arbeiter, Studierende und Mitglieder von Parteien die Sperren durchbrachen; bei den folgenden Riots brachen die Bullen das Uni-Asyl, drangen auf das Gelände der Juristische Fakultät ein um Leute zusammenzuschlagen und festzunehmen. Am 25. Oktober besetzten Anarchisten die Chemische Universität, weitere Besetzungen führten zur Annullierung des Semesters und zur Rücknahme von Regierungsplänen einer Bildungsreform.

Bei den Straßenschlachten hatte sich besonders die 1976 gegründete *MAT (Polizei-Einheit zur Wiederherstellung der Ordnung)* mit Brutalität hervorgetan. Den Aktivisten vom 17N war besonders *Pantelis Petrou* aufgefallen. Er hatte auch schon unter der Junta sein Handwerk verrichtet. Der Direktor der MAT hatte am Rande der Studentendemos gestanden und über sein Funkgerät Befehle zur Misshandlung von Studierenden gegeben. Am 16. Januar 1980 wurde er in der Nähe seiner Wohnung zusammen mit seinem Fahrer von einem Kommando des 17N erschossen, mit der gleichen Waffe wie Welch und Mallios.

In ihrer Erklärung bezog sich 17N auf die faschistische Unterdrückung der Unruhen an den Universitäten durch die MAT und ihre aus Junta Zeiten übernommene Doktrin. Der KKE warfen sie vor, die Demonstration im Stich gelassen zu haben, als die Polizei angriff. 17N solidarisierte sich auch mit spontanen Ausschreitungen in Aghia Barbara wegen dem Rausschmiss eines Schülers und dem Abstieg einer Fußballmannschaft. Revolutionäre Gruppen müssten solche Revolten unterstützen, es sollte eine antiautoritäre Gesellschaft erkämpft werden ohne Bullen, mit bewaffneten Arbeitern und Kommunisten.

Es folgte eine Welle der Repression gegen Studierende und Publizisten linker Literatur. Und auch Namenslisten aus der Diktatur wurden erneut abgearbeitet.

Ein sehr wichtiges Ereignis dieser Zeit, das die politische und gesellschaftliche Dynamik der Subjekte des Widerstands ebenso zeigt wie die Grausamkeit der politischen Machthaber, war die Demonstration am 17. November 1980, dem siebten Jahrestag der Revolte im Polytechnikum, also dem Ereignis, das eigentlich die politischen Entwicklungen dieser Zeit definierte. In jenem Jahr hatte die Regierung verboten, dass die Demonstration zur US Botschaft zieht. Die Jugendorganisationen wie auch die Studentenorganisationen, die von den kommunistischen und sozialistischen Parteien kontrolliert wurden, hielten sich an das Verbot; linksradikale Organisationen, die zu der Zeit sehr stark waren, entschieden sich jedoch für den Versuch, die Demonstration weiter zur US Botschaft zu führen.

Am Abend des 17. November 1980 sahen sich also Tausende von Demonstranten in der Straße neben dem Parlament, die zur Botschaft führt, einem äußerst starken Polizeiaufgebot gegenüber. Die Versuche der ersten Reihen, bestehend aus Linksradikalen, zur Botschaft durchzubrechen,

wurden mit einem massiven Angriff der Sicherheitskräfte beantwortet, der die Menge zerstreuen sollte. Doch trotz der Polizeiangriffe gab es starken und dauerhaften Widerstand von mehreren Tausend Menschen, Jugendlichen und Arbeiter, Anarchisten und Autonomen, die im Athener Stadtzentrum Barrikaden errichteten – Barrikaden die von den Bullen mit gepanzerten Fahrzeugen geräumt wurden. Vor dem Parlament erschlugen Polizisten den 26 jährigen *Iakovos Koumis* und mit achtzehn Knüppelhieben die 20 jährige *Stamatina Kanelopoulou*, beides Mitglieder von linksradikalen Organisationen. Hunderte wurden verletzt, zwei Menschen wurden von den Bullen angeschossen. Zum Schluss flüchteten die Menschen in den Schutz des Asyls auf dem Polytechnio.

Während der Ausschreitungen wurden viele kapitalistische Ziele angegriffen und geplündert, darunter Kaufhäuser, Juweliere und dergleichen. Diese Art von Angriffen, die eine der ersten Äußerungen einer großstädtischen Gewalt waren, die sich nicht nur auf die Polizei richtete, sondern auch gegen Symbole von Wohlstand, wurden sogar von den Linken verurteilt, deren politische Kultur nur die Polizei als legitimes Ziel anerkannte. Doch eine neue Form metropolitaner Gewalt hatte sich gezeigt. Neben der Beteiligung an den Konfrontationen mit der Polizei zerstörten und plünderten Demonstrant*innen kapitalistische Ziele, und genau das wurde von den Linken verurteilt.

Nach dieser Phase wurde die Folter während der Junta verdrängt, im Gegensatz zu lateinamerikanischen Diktaturen. Das könnte daran liegen, dass in Griechenland weniger Menschen ermordet wurden und daran, dass die Überlebenden, von denen alle gefoltert wurden, oft der Folter nicht standgehalten und ausgesagt hatten. Daran wollten die wenigsten später erinnert werden. In Chile sah die Sache anders aus. Pinochet kam mit Hilfe der CIA an die Macht, als sich schon die Krise der griechischen Obristen abzeichnete. Als Lehre aus dem Widerstand in Griechenland und anderen Diktaturen ermordeten die chilenischen und z.B. auch die argentinischen Regime die Menschen nach der Folter und ließen sie verschwinden. Es blieben Angehörige auf der Suche nach den Opfern. Das Trauma, unter Folter Aussagen gemacht zu haben kollektivierte sich nicht so sehr in einem Verdrängungsprozeß.

Zwischen Stadtguerilla und Punk – Die anarchistische Bewegung im Athen der 80er Jahre

Gegen Ende der 70er Jahre war Christos Tsoutsouvis eine zentrale Figur bei *ELA*. Nach einem Studienaufenthalt in Österreich war er 1975 nach Griechenland zurückgekehrt und dann von der Bildfläche verschwunden. Im Oktober 1977 gehörte er zu dem Kommando, welches als Reaktion auf die Morde an den Gefangenen in Stammheim einen Bombenangriff auf AEG in Athen durchführen wollte, dabei war der *ELA* – Mitbegründer Christos Kassimis erschossen worden (s.o.).

Tsoutsouvis war an der Zeitung *Antipliroforisi* beteiligt und an zahlreichen Kommandoaktionen. Im Gegensatz zu vielen anderen *ELA* Mitgliedern vertrat er eher anarchistische Positionen. Seine Vorschläge zur Finanzierung der Gruppe, nämlich Banküberfälle durchzuführen, konnten sich nicht durchsetzen weil die eher marxistisch orientierte Mehrheit dadurch eine Entfremdung von den Massen befürchtete. Diese Meinungsverschiedenheiten spiegeln sich auch in *Antipliroforisi* wieder, wo dem Milieu der anarchistischen Drop-Outs und kriminellen Gegenkulturen als Basis revolutionären Potentials, mehrere Artikel gewidmet wurden.

Im Januar 1980 verließ Christos Tsoutsouvis *ELA* und formierte ein neues Team, wobei er viele Aktivisten mit zog. Dimitris Koufondinas, zu diesem Zeitpunkt beim *ELA* Ableger *LAS* aktiv, verabschiedete sich auch, nicht ohne vorher drei Siemens Lastwagen zu verbrennen. Seine neue Gruppe, *Revolutionäre Linke*, griff Energieversorger und Fahrzeuge der US Militärbasen an, sie wollten die bewaffnete Bewegung durch polymorphe, militärisch-politische Aktionen upgraden.

Die Erklärungen von *Revolutionäre Linke* endeten mit einem Slogan den auch die *Gruppe 17. November* benutzte: „Für Volksmacht und Sozialismus.“

Im Dezember 1980 wurden im Zentrum Athens die beiden größten Kaufhäuser durch Brände zerstört, verantwortlich erklärte sich das bis dahin unbekannt *Revolutionäre Team Oktober 80 (O80)*. Christos Tsoutsouvis wird von einigen Quellen die Gründung dieser Gruppe zugeschrieben, die in ihrer Erklärung zu den Brandanschlägen ausführte:

„Lasst uns alles was wir nicht enteignen können oder wollen zerstören, es dient nur dem Profit der Bosse.“

Der Anschlag war nicht unumstritten, weil er 1300 Angestellte arbeitslos machte, die Bullen holten sich zahlreiche Anarchist*innen dafür zum „Verhör“.

Oktober 80 verstand sich nicht als traditionelle bewaffnete Organisation und erklärte nach weiteren Bombenanschlägen: „Niemand wurde je durch Aktionen von anderen befreit.“ Die Gruppe soll sich durch Texte von *Alfredo Bonanno* inspiriert gefühlt haben, die damals ins Griechische übersetzt wurden.

Auch das Jahr 1981 wurde von zahlreichen Bomben- und Brandanschlägen in Athen geprägt, die einen hohen Druck auf die Polizeiführung auslösten. *ELA* hatte sich zu einigen bekannt, aber sich auch von anderen, insbesondere auf Anschlagsserien gegen Supermärkte, distanziert. Kopien von *Oktober 80* Erklärungen zirkulierten im anarchistischen Milieu und wurden auch zwei Schwestern und befreundeten Anarchisten zum Verhängnis, bei denen diese Papiere gefunden wurden. Sie landeten für mehrere Wochen in Untersuchungshaft.

Auch die *Gruppe 17. November* kritisierte Brandstiftungen an aus ihrer Sicht nicht vermittelbaren Zielen. In den Blättern der Bewegung und der bürgerlichen Presse wurde dieser Diskurs ausgetragen. Kleine Zusammenhänge zündelten ebenso in Athen, wie zum Beispiel im Mai 1981 im Viertel Pangrati einen Bus der Firma Grundig als Reaktion auf den Tod von Sigurd Debus nach seinem Hungerstreik im Hamburger Knast.

In dieser Phase von öffentlichen geführten Richtungsstreitereien zwischen *17N* und *ELA* sowie *O80*, fiel der Wahlsieg der PASOK mit ihrem Kandidaten Andreas Papandreou. Der kündigte ein Kabinett an, in dem viele Posten von ausgewiesenen Gegnern der Obristen Diktatur (1967 – 1974) besetzt wurden. Der Erziehungs- und der Marineminister hatten bei den Attentatsplänen von Panagoulis gegen Junta Chef Papadopoulos eine Rolle gespielt, Landwirtschaftsminister Kostas Simitis hatte 1969 an der Bombenkampagne einer demokratischen Gruppe teilgenommen. Der Innenminister hatte Militante vor den Gerichten der Junta verteidigt. Die neue Regierung erlaubte exilierten Kommunist*innen des Bürgerkriegs die Rückkehr und liberalisierte einige Punkte im Bildungsbereich. Die anarchistischen Gefangenen *Filippas Kyritsis*, *Kyriakos Moiras* und *Giannis Skandalis* wurden freigelassen. Allerdings stürmte die MAT den Knast in *Korydallos* um eine Revolte niederzuschlagen und brach auch im Januar 1982 die Waffenruhe in Exarchia, indem sie Häuser räumte und einen bekannten Anarchisten für das Schlagen eines Zivilbulen verhaftete.

Außenpolitisch hatte PASOK den Wahlsieg mit einer starken Rhetorik gegen NATO und EU-Richtlinien gewonnen. Zwar stimmte Griechenland in einigen Gremien zur Wut seiner Verbündeten nicht konform, hinter den Kulissen änderte sich aber nichts an der Bündnistreue.

17N erklärte, ihre Operationen wegen dem anti-imperialistischen und demokratischen Regierung-programm von PASOK auszusetzen.

ELA zündete zunächst noch einige Bomben, verstummte dann aber. Ihre Zeitschrift *Antipliropsiri* wurde eingestellt, es erschien aber noch eine lange Abhandlung u.a. über Bombenbau, Erste Hilfe Techniken und Riot Taktiken. Auch Texte der anarchistischen Gefangenen *Bouketsidis* und *Pisimisis* wurden abgedruckt, die ein Abrücken der Soligruppen von Unschuldskampagnen für die Freilassung der Gefangenen forderten.

1989 würde *ELA* die politische und organisatorische Mitverantwortung für ein halbes Dutzend kleinerer und temporärer Zusammenschlüsse übernehmen, die Anfang der 80er Jahre in Athen und Thessaloniki zu verschiedensten Themen aktiv waren.

Punk und Anarchie als Jugendbewegung im Stadtteil

Zwischen 1978 und 1980 entstand die Bewegung der Hausbesetzungen in Griechenland vom Athener Stadtteil Exarchia ausgehend. Grund genug für

die Zeitung Rizospastis, Zentralorgan der KKE (Kommunistische Partei Griechenlands), das Viertel als Raum von Angst und Schrecken zu verunglimpfen, in dem Anarchisten ihre Gesetzlosigkeit mit Drogen und einem *american way of life* ausüben würden, als Provokateure im Auftrag der abwesenden Polizei die Platia besetzen würden.

*Galten die 70er Jahre als Vorboten einer Revolution, waren die 80er in Exarchia von ständigem Aufstand geprägt. Zunächst hatte sich Viele der erste Generation der Anarchist*innen zurückgezogen, frustriert von den Befriedungsstrategien von PASOK und KKE. Die nächste Generation war aggressiver und gewalttätiger, plötzlich lungerten Punks auf den Plätzen herum. In dieser Phase wurde der exzessive Gebrauch von Molotow Cocktails auf Demonstrationen populär.*

Außer den Kommunisten glaubte niemand diesen Lügen, stürmten doch die Bullen am 8. April 1980 eine bekannte Taverne im Viertel, verhafteten 100 Menschen und beendeten das Musikprogramm wegen kritischen Texten. Zu diesem Zeitpunkt startete die Regierung eine „Anti-Terror“ Kampagne, die sie mit der Verbreitung von Heroin begleitete, was unter den Jugendlichen nicht wirkungslos blieb. Ein Versuch, anarchistische Gruppen aus Athen, Thessaloniki, Patras, und Agrinio in einer Föderation zu organisieren, scheiterte.

Galten die 70er Jahre als Vorboten einer Revolution, waren die 80er in Exarchia von ständigem Aufstand geprägt. Zunächst hatte sich Viele der erste Generation der Anarchist*innen zurückgezogen, frustriert von den Befriedungsstrategien von PASOK und KKE. Die nächste Generation war aggressiver und gewalttätiger, plötzlich lungerten Punks auf den Plätzen herum. In dieser Phase wurde der exzessive Gebrauch von Molotow Cocktails auf Demonstrationen populär. Als im September 1981 Rory Gallagher sein legendäres Konzert in Athen gab, wollten 40.000 Menschen in das Fußballstadion im Viertel Nea Filadelfia. Die Bullen hatten mit viel weniger Besucher*innen gerechnet und reagierten hektisch. Anarchist*innen waren involviert als stundenlange Krawalle ausbrachen, die sich gegen die Bullen und Shops richteten. Mit dem Erzwingen freien Eintritts entstanden Verbindungen zu „unpolitischen“ Leuten und eine längere Phase kostenloser Konzerte begann.

Punks waren die neuen Feinde für die Presse und die Medien propagierten eine Säuberung der Gegend, was auch angeblich die „normale“ Bevölkerung fordern würde. Einer dieser besorgten Bürger war Makis Voridis, der 1984 von der Vereinigung der juristischen Studierenden ausgeschlossen wurde und die Führung der faschistischen EPEN Jugendbewegung übernahm. Später wurde er Minister einer ND-Regierung.

Im Vorfeld des jährlichen Gedenken an den Polytechnio Aufstand wurde im November 1983 das Büro von Rizospastis, das Sprachrohr der KKE von Anarchist*innen angegriffen und zerstört, aus Solidarität mit dem Widerstand

von Arbeitern in Polen gegen das stalinistische Regime. Am Folgetag demolierten sie die Kammer für Technische Beratung der Regierung.

Exarchia wird Experimentierfeld für Aufstandsbekämpfung – neue Bulleneinheiten und Bürgerwehren aus Blockwarten werden von PASOK (sozialistische Regierungspartei) ins Rennen geschickt. Der Säuberungsplan für Exarchia beginnt am 28.9.1984 – hundert uniformierte Bullen und Zivis marschieren ein, verhaften wahllos Punks und Jugendliche auf den Straßen und Plätzen Exarchias. Diese Einsätze finden nun praktisch täglich statt und am 1. Oktober 1984 fangen die Leute an sich zu wehren. Mit der Razzia beginnt auch eine Straßenschlacht als die Bullen das VOX Kino angreifen.

Am 17. November 1984 sollte ein Konzert „against state repression“ auf dem Gelände des Polytechnio stattfinden, welches im letzten Moment vom Rektor verboten wurde. Ähnliches war auch schon auf Betreiben der KNE in der ASOEE Universität passiert und hatte dort zu Auseinandersetzungen mit Stalinisten und Bullen geführt. Auch jetzt kam es wieder zu massiven Ausschreitungen.



Ein Höhepunkt der anarchistischen Bewegung war im Dezember 1984 der Sturm auf das Caravel Hotel im Zentrum Athens. Dort wurde eine Konferenz der europäischen Rechten ausgetragen, zu der auch Le Pen aus Frankreich eingeladen war. Zum ersten Mal formierte sich eine Demonstration ausschließlich aus Anarchist*innen. Es waren Tausende, die das Hotel

angriffen und damit die Absage der Konferenz erzwangen. Für die Demonstrierenden war es ein Aufbruch in eine neue Phase weil sie bewaffnet und gut ausgerüstet auftraten und das nicht spontan sondern geplant.

Die Auseinandersetzungen beim Hotel Caravel

Die folgenden zwei Jahre, nachdem die MAT (Einheit zur Wiederherstellung der Ordnung) so auf der Platia Exarchia erschienen ist, war die Gegend geprägt von Zusammenstößen und einem Klima der Gewalt; eine Zeit in der kein Stein fest an seinem Platz blieb, Molotows flogen als das Viertel durch seine Menschen leidenschaftlich verteidigt wurde. Ständige Angriffe auf die Busse der MAT in der Stournari Str. und Harilaou Trikoupi Str. (die gleichen Orte wo sie auch heute noch stationiert sind und angegriffen werden) durch kleine, gut organisierte Gruppen. Im Frühjahr 1985 ist der vorläufige Höhepunkt der Repression erreicht, am 27. April 1985 regnet es Molotows auf die Bullen, als diese wieder im Viertel wüten, Menschen in Shops zusammenschlagen und acht Personen verhaften.

Eine anarchistische Zeitung ruft für den 9. Mai zu einer Demo auf, Motto: Die Bullen sollen aus Exarchia verschwinden. Trotz Demoverbot sammeln sich die Leute und werden von der MAT zerschlagen. Vierzig Menschen flüchten darauf in die Chemische Universität und besetzen diese bis zum 13. Mai.

Ein Großaufgebot der Bullen belagert das Viertel und riegelt es ab, Faschisten tauchen am Rand auf und unterstützen die Bullen. Nach einer großen Demonstration antiautoritärer Gruppen zur Chemischen Fakultät, kommen die Besetzer*innen heraus.

Die Ermordung von Michalis Kaltezas

Ein weiteres Ereignis sollte für den Stadtteil und seine Bewohner*innen prägend werden. Wie jedes Jahr fielen am 17. November 1985 Bullen in das Viertel ein, um Proteste anlässlich des Jahrestages des Polytechnio Aufstands zu unterdrücken. In diesem Jahr nahmen daran nicht so viele Anarchist*innen teil, diese zerstörten aber das Büro der *South African Airlines* aus Protest gegen die dortige Apartheidsregierung. Es entwickelten sich Zusammenstöße mit Bullen Einheiten um das Polytechnio herum. Dabei wurde der 15-jährige *Michalis Kaltezas* in der Stournari Straße ermordet.

Er wurde während der Auseinandersetzungen vom Polizeibeamten Melistas erschossen. Sofort wurde die Chemische Universität besetzt, zu deren Erstürmung durch die Bullen der Unipräsident am nächsten Tag die Erlaubnis gab. Wer den Bullen in die Hände fiel wurde misshandelt, einige Leute konnten durch die Kanalisation entkommen. Es folgten tagelange Unruhen mit den Spezialeinheiten des demokratischen Regimes, auch in Thessaloniki.

Zum ersten Mal seit 1976 wurde ganz Athen von der MAT im Tränengas erstickt. Die Zusammenarbeit von Bullen und Faschisten wurde überdeutlich und die Leute verloren jedes Vertrauen in PASOK.

Als Vergeltung griff die *Revolutionäre Organisation* 17. November am 26.11.1985 einen Konvoi von MAT-Bussen an, der sich von der Station der Spezialeinheiten in Kaisariani auf den Weg nach Exarchia machte. In Höhe des Caravel Hotels schickten drei Männer die Passanten weg, dann explodierte eine ferngezündete Autobombe neben dem Polizeikonvoi. Ein MAT Bus wurde völlig zerstört, wobei einer der Bullen getötet und 15 weitere verletzt wurden.

Ein Auszug aus dem Bekennerschreiben von 17N:

„Der Mord an dem 15jährigen Schüler Michalis Kaltezas enthüllte die tragische Wahrheit der heutigen griechischen Gesellschaft, ihre politische und gesellschaftliche Schläfrigkeit. Er zeigt, dass die dem Faschismus immer näher kommende PASOK schlimmer ist, als wir dachten.

So passierte das Tragische, dass eine Gesellschaft einen 15jährigen Schüler durch ihre eigenen Leute ermordet – eine der schlimmsten Gewalttaten – es gibt nicht nur keine Reaktion aus breiten Teilen der Bevölkerung, sondern verschiedene Regierungsorgane und Parteien verbreiten auch Mythen, um den Mord zu entschuldigen. Mythen, die zum gesellschaftlichen Faschismus führen.

Der Schüler kann kein Anarchist gewesen sein, auch kein Kommunist oder Linker, weil man in seinem Alter noch keine festgesetzte Meinung hat. Er war ein Jugendlicher, der sich Gedanken macht. Er war unschuldig – und eine Gesellschaft, die statt Lösungen für seine Probleme zu suchen, ihn erschießt, ist keine Demokratie. Die Einzigen, die sonst noch 15 jährige ermorden, sind Pinochet und Südafrika.

Michalis soll einen Molotov Cocktail geworfen haben. Zeugen sagen, dass es nicht stimmt, sondern dass der Polizist ihn einfach so erschossen hat und auf ihn gezielt hat. Was bestätigt wird, wenn man weiß, dass er zu den besten Schützen der internationalen Mannschaften gehört.

Aber dieser Mythos funktioniert nur zusammen mit der Theorie, dass die Aufgabe der Polizei nicht darin besteht, die Gesetzesbrecher festzunehmen und sie der Justiz zu übergeben, sondern dass ihre Aufgabe die direkte Strafe ist. Der Mord an dem 15jährigen ist kein Zufall. Er kommt nach den Morden an Koumis und Kanelopoulos im November 1980, den zehnfachen Schießereien von Seiten der Polizei gegen motorradfahrende Jugendliche, der Verletzung von 3 Jugendlichen im Mai 83 bei einem Rockkonzert, der schweren Magenverletzung eines 16jährigen durch Schüsse, der von der Polizei angehalten wurde und weiter fuhr, den Schüssen auf einen 14jährigen, der aus einem Heim abgehauen war, den Schüssen auf einen

17jährigen, der versucht hatte, eine Apotheke zu beklaunen, und der Ermordung einer englischen Touristin während einer Personenkontrolle.

Die Regierung ist verantwortlich für die Methoden der Polizei, die nicht davor zurückschreckt, Jugendliche für kleine Straftaten zu erschießen. Und diejenigen, die unsere Tat erschreckend finden, sollten uns sagen, was sie gemacht haben, um die Verhältnisse zu ändern.

Aber dieser Mord war ein Manöver, um von den Auseinandersetzungen am 17.11. abzulenken, um die brutalen Einsätze von Polizei und Militär zu decken. Diese Auseinandersetzungen sind nicht durch den Mord entstanden, aber genau wie in England sind die Ausgangspunkte immer Kleinigkeiten wie Personalienfeststellung usw. Der wahre Grund sind die großen gesellschaftlichen Klassenunterschiede in Griechenland, die Wirtschaftskrise, die neuen Maßnahmen, die Arbeitslosen und die aussichtslose Zukunft der Jugend.

Diese Arbeitslosen sind keine Anarchisten, es sind unorganisierte Linke. Die organisierten Anarchisten glänzen durch ihre Abwesenheit. Sie verbrachten ihre Zeit mit verbalen Auseinandersetzungen im Gebäude des Polytechnio und versuchten, die Kämpfe zu verhindern.

Unsere Bombenanschlag gegen den Bus ist eine Antwort auf den Mord, eine Antwort auf die milde Strafe für den Mörder, eine Antwort auf die Tatsache, dass die einzigen, die auf den Mord reagierten, zusammengeschlagen und festgenommen wurden.

Für die Volksmacht und den Sozialismus! Der Kampf geht weiter!

Athen, den 26.11.1985“



Auch die Juristische Fakultät Nomiki war 1985 Ziel von Angriffen der Bullen

Die Bedeutung der Demonstration am 17. November schwankte in den nächsten Jahren ständig, 1986 war es einer der größten anarchistischen Blöcke, in diesem Jahr wurden neue Versuche unternommen die anarchistische Bewegung zu einigen. Das scheiterte aber und der anarchistische Raum blieb fragmentiert. 1987 begannen dreitägige Unruhen schon mit der versuchten Kranzniederlegung von Regierungsvertretern auf dem Unigelände und 1989 beteiligten sich nur wenige Anarchist*innen an diesem Block.

Zum Jahreswechsel 85/86 schrieben die Zeitungen vom „Staat von Exarchia“, der als Ort der Prostitution, Kriminalität und Drogen dargestellt wird, wofür Anarchisten verantwortlich wären.

Als am 17. Februar 1986 Anarchisten eine Gruppe von Heroindealern vom Exarchia Square vertreiben, werden sie von Bullen verhaftet, die auf die Hilfe der Dealer bei der Zerstörung der sozialen Beziehungen angewiesen sind.

Konfusion bei Bombenkampagnen

Nachdem vielen Militanten klar wurde, dass eine PASOK Regierung nicht ihre Wahlversprechen umsetzen wird, stieg die Zahl der Bombenanschläge rapide an. Für Verwirrung sorgt, dass viele neue, kleinere Zusammenschlüsse aktiv wurden, aber sowohl 17N als auch ELA unterhielten Bomben Teams, die unter anderem Namen operierten. Teilweise wurde sich später dazu bekannt oder entsprechende Behauptungen der Presse zurückgewiesen. Dadurch wurde immer wieder Spekulationen über False Flag Operationen neue Nahrung gegeben. Die meisten Stadtguerilla Gruppen dieser Zeit waren marxistisch und anti-imperialistisch orientiert, sie glaubten an die zu gewinnende Volksmacht und besonders 17N und ELA griffen regelrecht in den Wahlkampf 1989 ein, als Papandreou wegen Korruption abtreten musste. Doch am Horizont schien bereits der verstärkte Einfluss der Anarchie auf, diese hatte bei der Massenmilitanz die Bedeutung von Maoisten, Trotzlisten und sektiererischen Linken zurückgedrängt. Daraus ergibt sich auch das Bedürfnis von 17N in ihrer Erklärung zum Anschlag auf den MAT Bus im November 1985 gegen die Anarchisten zu schimpfen. Allerdings war es auch die marxistische Gruppe 17. November, die im Februar 1985 den Zeitungsherausgeber Nikos Momferatos liquidierte, der während der Junta als Industrieminister diente.

ELA verdächtigte ihren Dissidenten Christos Tsoutsouvis hinter der Gruppe *Anti-Militär Kampf* zu stehen, die sich im März 1983 zur Erschießung des Herausgebers einer rechten Zeitung bekannte. Tatsächlich war Tsoutsouvis in verschiedensten Bomben Teams aktiv und überfiel auch zu deren Finanzierung Banken.

Mit Sicherheit gehörte Christos Tsoutsouvis zur Gruppe *Anti-Staats-Kampf*, die am 1. April 1985 den Staatsanwalt Theofanopoulos erschoss. In ihrer

Erklärung schrieben sie dazu:

„Heute übernehmen wir die Verantwortung für die Hinrichtung des Staatsanwaltes Theofanopoulos.

Die Hinrichtung was für ihn das traurige Ende einer noch traurigeren und schädlichen Lebensbestimmung, die er selbst getroffen hat und so sich auch für sein Ende entschied. Er war keine x-beliebiger Staatsanwalt. Gedeckt durch die Sicherheit, die ihm der Schutz der Polizeirevolver und die Gesetze gewähren, wurde er in einem solchen Maße dreist und überheblich, dass er auch Abscheu in einem Teil des Justizapparates hervorgerufen hat. Er war ein Söldner, der nicht zögerte, andere Menschen mit absoluter Kälte ins Gefängnis, unter die Folter und sogar in den Tod zu schicken. Er hat sich das Recht herausgenommen, über Leben und Schicksal anderer Menschen zu entscheiden, ein Recht, das wir ihm heute geraubt haben. Er forderte und nahm die Urteile im Namen des öffentlichen Interesses und versuchte so, davon zu überzeugen, dass die Interessen aller identisch seien mit denen der Arbeitgeber und des Staates, dem dieser Elende diene.

Ihr alle, Bullen, Richter, Zeitungen, Parteien und Minister, werdet morgen schreien, dass die Demokratie ins Wanken gerät, die Terroristen vernichtet werden müssen, die Spitzel ihre Arbeit nicht gut genug machen und dass die gesellschaftliche Ruhe gestört ist.

Wir werden auch nicht auf die gesellschaftliche Ruhe Rücksicht nehmen, die sowie so nie bestand. Wir werden uns nicht an sie halten, weil wir an dem Krieg teilnehmen wollen, der euren Schlaf in einen Alptraum verwandeln wird, außerhalb der Gesetze und gegen die Gesetze der Unternehmer und des Staates. Wir werden unser Schicksal und unsere Leben in die eigenen Hände nehmen.“

Diese Gruppe wurde auch beschuldigt, wenige Wochen später beim Überfall auf einen Geldtransport, einen Bullen und einen Security erschossen zu haben. Am 15. Mai 1985 observierten Fahnder aus einem Auto heraus im Stadtteil Gyzi ein gestohlenen Motorrad. Als zwei Verdächtige auftauchten, kam es zu einem Schusswechsel bei dem alle drei Bullen getötet wurden und ein Verdächtiger entkam. Christos Tsoutsouvis blieb tödlich getroffen liegen. Der lebte seit 1981 im Untergrund und war in Exarchia ein angesehener Kämpfer. Ihm zu Ehren kam es in den folgenden Tagen in den größeren Städten Griechenlands zu schweren Ausschreitungen.



ELA gab eine Woche später folgende Erklärung ab:

„Am 15. Mai um 16.30 hat in der Amfikiliastraße im Stadtteil Gyzi ein Gefecht zwischen einer Gruppe Kämpfer und den Organen der innerstaatlichen Unterdrückung, B. Bura, G. Degeni und G. Georgou, stattgefunden. Die bewaffnete Auseinandersetzung entstand aus einer den Kämpfern gestellten Falle und aus der hinterhältigen und verbrecherischen Frechheit der Sicherheitsorgane heraus, als sie versuchten, die beiden Kämpfer zu ermorden.

Der Kämpfer Christos Tsoutsouvis wurde im Alter von 32 Jahren getötet – von den frevelhaften Kräften, welche die bewaffneten Staatsapparate des kapitalistischen-imperialistischen Systems einsetzen, um sich vor dem Klassen- und revolutionären Kampf zu schützen, der gegen sie geführt wird. (...)

Der Kämpfer Christos Tsoutsouvis wurde 1976 Mitglied des Revolutionären Volkskampfes – ELA – und nahm über mehrere Jahre an seiner gesamten revolutionären politischen Praxis teil. 1980 trat er aus dem ELA aus, um seinem eigenen Ziel zu folgen, dessen politischer Charakter nicht mit der ideologischen und politischen Praxis des ELA zusammen ging.

Vor dem politischen Wechsel von der Junta-Regierung zur Regierung von Karamanlis am 27.7.1974 und den letzten zwei bis drei Jahren der Junta – Diktatur (seit er 19 Jahre alt war), beteiligte er sich an der Aktivität einer politischen Gruppe des revolutionären Widerstands, die ganz sicher auf keinen Fall eine Gruppe der damaligen ‘Gesamtgriechischen Befreiungsbewegung’ (PAK) gewesen ist, weil PAK im Wesentlichen bloß ein oppositioneller Apparat einer innenpolitischen Partei war. (...)

Nach der Diktatur setzte der Kämpfer Christos Tsoutsouvis seine politische Praxis unter den neuen politischen Verhältnissen fort und arbeitete in verschiedenen politischen Initiativen mit, welche die Neugestaltung der Volks- und revolutionären Bewegung in unserem Land zum Ziel hatten. Er nahm direkt und indirekt an vielen Aktionen der revolutionären Volksgewalt gegen das kapitalistische – imperialistische Regime teil. Er arbeitete an

vielen verschiedenen Punkten vom Gruppen mit politischer Initiative mit und half bei der publizistischen Tätigkeit sowie in der übrigen politischen Praxis von Gegenöffentlichkeit in den Jahren 1977 – 1980. In der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober 1977 war er Teil der ELA – Gruppe, die das Fertigwarenlager und die Büros der multinationalen Firma AEG in Brand setzten versuchte. Das Ziel dieser Aktion war die Unterstützung der deutschen revolutionären Kämpfer, welche die westdeutsche Regierung ermordet hatte, und zugleich ein konkreter Schlag gegen eine der wichtigsten Stützen des kapitalistisch – imperialistischen Regimes, was die multinationale Firma ist. Während dieser Aktion kann es zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit den Organen der staatlichen Unterdrückung, K. Plessa und I. Stergiu, der den Tod des Gründungsmitglied der ELA, Christos Kassimis, zur Folge hatte.“

Tsoutsouvis stand für eine Verschiebung inhaltlicher Schwerpunkte der Stadtguerilla Gruppen von einer anti-imperialistischen zu eher sozialrevolutionären Praxis. Das wurde nicht von allen Militanten unterstützt, ein Brandanschlag am 15. Juni 1986 auf das Büro der Regierungspartei PASOK, zu dem sich eine *Anarchistische Aktion* bekannte, war die Ausnahme.

Der üblichen Tradition entsprechend, sich nach getöteten Genossen zu benennen, bekannte sich zu den Bombenanschlägen auf das Ministerium für soziale Ordnung und das Polizeirevier in Gyzi am 25.8.87 eine Gruppe ‚*Christos Tsoutsouvis*‘. Die Erklärung, die sie in einem Papierkorb in der Patissonstraße hinterließen, hatte folgenden Wortlaut:

„Der Mord an G. Stamatopoulos macht deutlich, daß selbst der letzte Bulle das Recht hat, über Tod oder Leben zu entscheiden. Da er und seinesgleichen mit den Wertevorstellungen des provinziellen Kleinbürgertums und Cowboy Allüren gesäugt wurden und beeinflusst sind von den amerikanischen Serien wie Hillstreet , Kojak, Kid, glauben sie, daß sie die Ungeheuer und Verbrecher der griechischen Unterwelt zähmen könnten, diejenigen, die mit 15 Jahren die Umerziehungsanstalten schwänzen, Kuluri Verkäufer , Kleinhehler, Bettler, Rocker, kleine Einbrecher.

Treu der Traditionen von Mallios , Babalis und Karathanasis zögern sie nicht, auf Demonstrationen zu schießen, Bürger zu verfolgen und überhaupt jeden erdenklichen Menschen zu terrorisieren. Die neurotischen Würmer mit dem Dienstrevolver repräsentieren nicht nur den Charakter der Sicherheitsbehörden sondern auch den persönlichen Charakter des neuen Menschentyps den sie herziehen: Den Bullen.

Die Gesellschaft, die sich die Herrschenden ausmalen, kann sich nur auf solche Menschen stützen. Die Bullen sind die Leute, die sich mit der Brutalität der Menschenunterwerfungsmechanismen identifiziert haben. Sie sind in Ihrer Barbarei die Menschenwärter der morgigen Dachaus, die Hunde der Bouboulinastraße , die heutigen Folterer in den Polizeireviere. (...)

Wir sind nicht nur gekommen, um die Morde der Bullen an den Bürgern zu rächen, sondern auch um den letzten Bullen davon abzuhalten, die Pistole zu ziehen, denn wir kennen keine höheren oder niederen Bullen, weder Bullenfrauen noch Bullenfamilien, da sie bewiesen haben, daß sie wie Furien in Häuser eindringen, Kinder, Frauen und Alte foltern und töten.

Bewaffnete Organisation Christos Tsoutsouvis“



Die bewaffneten Mörder schaffen die Leiche von Michalis Prekas fort

Im Milieu dieser Militanten bewegte sich Michalis Prekas, ein Anarchist und Unruhestifter aus der Unterschicht. Am 1. Oktober 1987 wurde er im Viertel Kalogreza bei einem Schusswechsel mit Bullen getötet als er sich auf der Flucht vor einer Spezialeinheit in einem Haus verbarrikadierte. Seine Begleiter Christoforos Marinos und Klearchos Smyrna wurden festgenommen. Danach behaupteten die Bullen ihn als Beteiligten an verschiedenen Anschlägen unterschiedlicher Gruppen identifiziert zu haben, u.a. am Bombenanschlag auf eine AEG Niederlassung in Solidarität mit Gefangenen der RAF in Deutschland. ELA gab später eine Erklärung für Prekas ab, die eine Verbindung zu anarchistischen Strukturen nahe legt.

Der korrupte Premierminister Andreas Papandreou (PASOK) wurde nach etlichen Skandalen vom Parlament aus dem Amt gedrängt, vorgezogene Neuwahlen sollten die Nachfolgepartei der Junta, Nea Demokratia, an die Macht bringen. Diese bediente sich dafür der KKE, die im Wahlbündnis Synapsismos der ND zur Regierungsübernahme verhelfen wollte. Das Wahlergebnis im Juni 1989 ließ nur eine absurde Koalition aus ND, KKE und PASOK zu, so dass die Demokratie weiter an Ansehen verlor. ELA und 17N hatten im Wahlkampf mehrere Richter, Staatsanwälte und Politiker getötet oder verletzt und Bomben gegen Behörden gerichtet. Ihre Erklärungen plädierten für Wahlboykott, korrespondierten aber mit den Artikeln einer empörten Zeitungslandschaft und stellten dadurch eine Art Wahlbeteiligung der Stadtguerilla dar.

Manifest der Jugend (Frankreich 2022)



Im Jahr 2022 zwanzig Jahre alt zu sein.

Das bedeutet, sich zu sagen, dass die Zukunft, wie die Gegenwart, versiegelte Ausgänge hat: versprochene Dinge, geschuldete Dinge.

Es bedeutet, erzogen zu sein und gewesen zu sein, sich zu melden und überall Rechenschaft abzulegen, ob wir mit der Welt des tatsächlichen Lebens kompatibel sind, von der man uns seit unserer Kindheit erzählt, und das jetzt aus der Ferne grüsst.

Es bedeutet, an den Endpunkten des Netzwerkes zu hängen, verbunden zu sein und bereits nach Luft zu schnappen.

Es ist jeden Tag das Ende des Monats.

Man fragt sich, wo das wahre Leben geblieben ist, von dem man gestern noch gesprochen hat.

Man muss Pläne für einen noch nicht vorhandenen oder unerreichbaren Kometen machen, der vielleicht schon kolonisiert wurde.

Es bedeutet, von den guten Absichten aller Mächte, Familien, Schulen und Regierungen gezwungen zu werden: Man dressiert uns wie Kampfhunde und behandelt uns wie Esel.

Es bedeutet, dazu aufgefordert zu werden, so weiterzuleben, unter der Verpflichtung zu endgültig verstümmelnden Zwängen.

Es bedeutet, als wachsamer Bürger die ganze Last des Schwachsinnigen zu tragen zu müssen, der diese Erde verwüstet hat.

Es bedeutet, zu ahnen, dass ein Übermaß an Aufmerksamkeit uns gegenüber so etwas wie eine Auslöschung vorbereitet hat, eine vollständige Ausmerzung.

Es bedeutet, dass die Seele von einem namenlosen Schrecken gezeichnet ist.

Es bedeutet, sich verantwortlich zu fühlen, sich selbst zu bestrafen und alle Anzüge zu tragen.

Es bedeutet, das Wort Krieg zu hören, das Wort Krieg wieder und wieder zu hören, das sind die Toten in unseren Köpfen, Visionen von Toten, Millionen und noch viel mehr in unseren Herzen.

Es bedeutet, unsere Mitmenschen zu zählen, die kaum der Kindheit entwachsen sind und sich selbst verstümmeln, erhängen oder aus dem Fenster stürzen.

Es bedeutet, sich zu fragen, ob wir morgen noch aufrecht stehen werden.

Es bedeutet, den unzumutbaren und diffusen Glauben an das Katastrophenszenario zu konstatieren, das einige unserer unerwünschten Väter vorangetrieben hatten, während unsere älteren Schwestern und Brüder auf die Welt kamen.

Es bedeutet, der Möglichkeit beraubt zu werden, ein Leben zu verwirklichen, das uns wünschenswert und akzeptabel lebenswert erscheint.

Es bedeutet, dass wir uns in dem engen Rahmen bewegen müssen, der uns überall auferlegt wird, dass wir weiter Handel betreiben müssen, während alles, was zum guten Leben gehört, stirbt oder fehlt.

Das heißt, bald werden sie mit unseren Träumen handeln, unsere Währung wird quantenmechanisch sein, wir werden unsere Träume gegen ein Wegerecht in einer ziemlich geschlossenen Welt eintauschen.

Es ist unsere Jugend, diese schöne Jugend, kniend, die Hände hinter dem Kopf, die Augen auf den Boden gerichtet, es ist dieses Bild von aufgereihten Körpern.

Es bedeutet, seit dem Kindergarten verdächtig zu sein und unter Generalverdacht zu stehen.

Es bedeutet, unsere Körper zu beobachten, die von Autoimmunkrankheiten befallen sind, unsere Körper, die bereits altern, unsere Seelen, diese kleinen Accessoires, die mit Beruhigungsmitteln totgeschwiegen werden, unsere Geister, die sich mit einer Form des Todes abgefunden haben, die durch die verschiedenen palliativen Behandlungen, die uns durch die täglichen Updates verschiedener absurder und entmündigender Anwendungen angeboten werden, aufrechterhalten und gepflegt werden.

Es bedeutet, die Form der Werkzeuge anzunehmen, die wir bedienen.

Es bedeutet zu sagen, dass wir überall dort, wo sich die Dürre der Steine ausbreitet, nach dem Schatten suchen, in dem wir uns ausruhen können.

Es heißt, dass man für uns eine Reihe von Geräten entwickelt hat, die letztlich nur der Alptraum unserer Väter waren.

In Wirklichkeit sind wir viel weiser als unsere Mütter, unsere Väter, unsere Schwestern und Brüder, und vielleicht ist es unsere Weisheit, die den Weg für alles frei macht, was uns unterdrückt, seien es Menschen oder die Exomächte von Menschen, die zu Maschinen gemacht wurden, denen man nun die Aufgabe überträgt, uns zu kontrollieren. Unsere Weisheit ist keine Weisheit. Unsere Weisheit ist eine Niedergeschlagenheit.

Es bedeutet, dass wir gelernt haben, Selbst-Unternehmer sein zu wollen, so wie uns beigebracht wurde, unsere Rechte auf keinen Fall zu kennen, geschweige denn, sie zu beanspruchen.

Es bedeutet zu behaupten, dass wir aufrichtig sind, mit unseren Kinderaugen in dieser nicht zu rechtfertigenden Welt; wenn jemand jemanden angreift, wird jemand jemanden angreifen.

Es ist eine Bestätigung, dass wir uns nicht täuschen lassen: Wir werden den umweltfreundlichen Kapitalismus nicht mithilfe von Cotillard und ähnlichen Tricks sexier machen. Wir sind uns auch bewusst, dass die Identitäten, die ein Produkt der liberalen Welt sind, uns verstümmeln, spalten und den langen Weg der Zensur vervollständigen, der schon seit vielen Jahren lauert.

Wir sind für einen offensiven und irreversiblen, fröhlichen und befreienden Streik. Wir rufen dazu auf, die Niedergeschlagenheit, in der man uns gerne halten würde, abzulegen, wir rufen dazu auf, die Moral und die Düsternis abzulegen, die an uns arbeiten wie das Gewicht einer langen Strafe. Wir rufen dazu auf, jeder Zensur und jedem Rückzug zu misstrauen, wir rufen dazu auf, überall dort direkt zu handeln, wo das, was die Menschheit zerstört, es noch wagt, sich zu zeigen. Tauschen wir unser Wissen und unsere Einsichten aus und zeigen wir ihnen dann, dass man sich vor schläfrigen Gewässern hüten muss.

Konfliktbereite Gewerkschaften unter Beschuss:

Der Krieg der Bosse gegen die sozialen Kämpfe (Italien)



*Wir haben die folgenden Zeilen von den Genoss*innen von Infoaut übernommen und übersetzt, weil wir den heutigen repressiven Schlag gegen die basisgewerkschaftliche Organisation in Italien für einen strategischen Angriff in einem historischen Moment halten. Nach 2 Jahren Ausnahmezustand, im Angesicht des innerimperialistischen Krieges, der galoppierenden Inflation, soll eine kampfbereite Fraktion des Proletariats im strategischen Logistiksektor ihrer Handlungsfähigkeit beraubt werden. So oft wurde ein neuer heißer Herbst herbeigeredet und herbeigesehnt, so unmittelbar nahe wie seit Jahrzehnten scheint er nun am Horizont auf. Sunzi Bingfa*

Vorwort Infoaut

Wie zu erwarten war, entfesselt das über die Medien und das Parlament aufgezwungene Klima der nationalen Einheit den internen Krieg gegen all jene widersprüchlichen sozialen Realitäten, die sich nicht dem Diktat der Intensivierung der Ausbeutung und der Zerstörung von Territorien anschließen wollen. Das implizite

Ziel ist eine Art präventives polizeiliches Diapositiv im Hinblick auf einen Herbst, in dem die Knoten der sozialen Krise und der gewaltsamen Verarmung der Volksschichten zum Platzen gebracht werden.

Heute Morgen wurde bekannt, dass eine neue und sehr gravierende Operation zur Verhaftung von Genossinnen und Genossen der Gewerkschaften Si Cobas und USB geführt hat, die die Kämpfe im Logistiksektor führten. Wie im Fall von Askatasuna und der Arbeitslosenbewegung von Neapel lautet die Anklage erneut auf kriminelle Vereinigung. In diesem Sinne waren die Überlegungen des Rechtsanwalts Claudio Novaro vorausschauend: „Wenn man diesem Postulat (der Turiner Staatsanwaltschaft, Anm. von Infoaut.) Glauben schenkt, wäre es eine subversive Verschwörung, wenn Studenten gegen Reformen an Schulen oder Universitäten oder Arbeiter gegen Wirtschaftsreformen usw. protestierten und wenn es dann bei den Demonstrationen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen käme“. Im Grunde genommen wird jeder, der sich gegen die Politik der Regierung und der Bosse oder für bessere Lebensbedingungen für die arbeitenden Klassen organisiert, in jeder Hinsicht als Krimineller betrachtet. So sehr dies nach einer Perspektive aus dem 19. Jahrhundert klingen mag, so ist sie doch durchdrungen von der Modernität, in der die kapitalistische Gesellschaft lebt, wie Emiliano Brancaccio sagt: „Die Tendenz zur Zentralisierung des Kapitals führt nicht nur zu einer Konzentration der wirtschaftlichen Macht, sondern ist auch die Grundlage für die Konzentration der politischen Macht, die wir in den letzten Jahren beobachten konnten: die Entmachtung der Volksvertretungen, die „Exekutivisierung“ politischer Entscheidungen, die krampfhaftige Suche nach großen Entscheidern, starken Männern, denen man das kollektive Schicksal anvertraut. Eine Entwicklung die die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts völlig zerstört hat und im Laufe der Zeit sogar die liberalen demokratischen Institutionen und die grundlegendsten politischen und bürgerlichen Rechte, auf denen sie beruhen, angreift. Diese Tendenz ist meiner Meinung nach der Hauptgrund für die Krise der Demokratie im kapitalistischen Westen und hilft uns zu verstehen, warum wir uns allmählich dem Grad der Zentralisierung der Macht nähern, der für die politischen Systeme des Ostens typisch ist. Wir sind ihnen ähnlicher, als wir zugeben wollen.“

Dies wird noch deutlicher, wenn man die Ereignisse der letzten Zeit im Logistiksektor betrachtet. Wie wir hier geschrieben haben, durchläuft der Sektor als Reaktion auf die Kämpfe der Arbeitnehmer eine allgemeine Umstrukturierung, die auf eine stärkere Zentralisierung des Sektors abzielt, so dass die Aspekte der Gesetzgebung und der Bestrafung zusammenfallen. Wie die SI Cobas in ihrem Kommuniqué in Erinnerung ruft, erfolgen die Verhaftungen von heute Morgen nach dem parlamentarischen Staatsstreich, den die Regierung Draghi vor einigen Tagen auf Betreiben von Assologistica (1) mit der Änderung des Artikels 1677 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Abschaffung der gesamtschuldnerischen Haftung der

Unternehmer für Lohndiebstahl durch Genossenschaften und Zuliefererfirmen durchgeführt hat.

Das Kommando zeigt sich von seiner polizeilichen Seite zu einem Zeitpunkt, an dem der aufziehende Sturm bereits auf absurde Weise in den Parlamentssälen ankommt.

Was hier geschieht, verlangt von jedem, der soziale Konflikte als eine lebenswichtige Kraft in unseren Gesellschaften betrachtet, ein tiefes Nachdenken. Unsere größte Solidarität gilt den von diesen Operationen betroffenen Genossinnen und Genossen. Im Folgenden geben wir die Mitteilungen von SI Cobas und USB wieder:

VERHAFTUNG DER NATIONALEN FÜHRER VON SI COBAS: EIN NEUER, SEHR SCHWERER REPRESSIVER ANGRIFF AUF DIE KLASSENGEWERKSCHAFT UND DIE ARBEITERKÄMPFE.

Im Morgengrauen hat die Polizei auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von Piacenza den nationalen Koordinator der SI Cobas, Aldo Milani, und drei führende Mitglieder der Gewerkschaft von Piacenza unter Hausarrest gestellt: Mohamed Arafat, Carlo Pallavicini und Bruno Scagnelli.

Die Anklage lautet auf Bildung einer kriminellen Vereinigung wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen einen Amtsträger, Sabotage und Störung eines öffentlichen Dienstes. Auslöser für diese Anklage waren angeblich Streiks in den Logistiklagern von Piacenza in den Jahren 2014 bis 2021: Der Staatsanwaltschaft zufolge wurden diese Streiks unter einem Vorwand und mit „erpresserischen“

Absichten durchgeführt, um bessere Bedingungen für die Arbeitnehmer zu erreichen, als sie der nationale Vertrag vorsieht...

Auf der Anklagebank befinden sich alle wichtigen Kämpfe und Mobilisierungen der letzten Jahre: GLS, Amazon, FedEx-TNT, usw.

Es ist klar, dass wir vor der letzten Offensive des Staates und der Bosse gegen den außergewöhnlichen Zyklus von Kämpfen stehen, bei denen Zehntausende von Arbeitern in ganz Italien gegen das Caporalato (2) und die brutalen Ausbeutungsbedingungen aufbegehrt haben.

Der Zusammenhang zwischen diesem repressiven Theorem und dem parlamentarischen Staatsstreich, den die Regierung Draghi vor einigen Tagen auf Geheiß von Assologistica mit der Änderung des Artikels 1677 des Zivilgesetzbuches zur Abschaffung der gesamtschuldnerischen Haftung der Arbeitgeber für Lohndiebstahl durch Genossenschaften und Zulieferbetriebe durchführte, ist ebenfalls offensichtlich.

Wir sind mit einem groß angelegten politischen Angriff auf das Streikrecht konfrontiert, der vor allem darauf abzielt, Tarifverhandlungen auf der 'zweiten' Ebene faktisch zu verbieten und damit klassenkämpferische und konfliktbereite Gewerkschaften endgültig aus den Betrieben zu verbannen.

Wie wir bereits mehrfach dargelegt haben, führen das Voranschreiten der Krise und der Wind des Krieges zu einer immer schärferen Offensive gegen das Proletariat und insbesondere gegen die Avantgarde des Kampfes.

Die SI Cobas und die kämpferischen Arbeitnehmer, unabhängig von den Akronymen, denen sie angehören, werden erneut kompakt, entschlossen und rechtzeitig auf diese Provokation von Polizei, Regierung und Arbeitgebern reagieren.

Wir fordern die Arbeitnehmer und alle solidarischen Menschen auf, sich ab sofort mit ihren jeweiligen Provinzkoordinatoren in Verbindung zu setzen, um die zu ergreifenden Initiativen zu vereinbaren.

Aktualisierungen werden folgen.

Der Kampf gegen Ausbeutung steht nicht vor Gericht.

Die wahre kriminelle Vereinigung ist der Staat und die Bosse.

ALDO, ARAFAT, CARLO UND BRUNO: BEFREIT SIE JETZT!

SI cobas national

Präventive Repression und Durchsuchungen gegen die 'Unione Sindacale di Base' und die Klassenkämpfe: USB ruft zum Generalstreik in der Logistik auf. Hände weg von der USB!

Seit dem Morgengrauen läuft auf Betreiben der Staatsanwaltschaft von Piacenza eine Polizeiaktion gegen die Gewerkschaftsführer der USB und der Si Cobas aus dem Bereich Logistik. Mit nicht weniger als 350 Seiten Verordnung wird ein wahrer „juristischer Präzedenzfall“ auf der Grundlage einer endlosen Liste von

„Straftatbeständen“ wie Streikposten, Streiks, Lagerbesetzungen, Versammlungen usw. aufgestellt. Zahlreiche Gewerkschaftsführer wurden unter Hausarrest gestellt und ihre Wohnungen durchsucht.

Die Logistik ist einer der zentralen Knotenpunkte der kapitalistischen Wirtschaft der neuen Generation, der Warenverkehr ist ein entscheidendes Glied in der Wertschöpfungskette, und dort kommt der Widerspruch auf höchstem Niveau zum Ausdruck: Ausbeutung von Arbeitskräften, die zumeist aus dem Ausland kommen und erpresst werden, hemmungslose Nutzung von Verträgen und Unteraufträgen an Genossenschaften mit nicht einmal von der organisierten Unterwelt zu unterbietenden Bedingungen, nicht vorhandene und systematisch verletzte Gewerkschaftsrechte, und genau deshalb sind dort die Kämpfe und Konflikte härter und entschlossener, und genau dort schlägt die Repression zu.

Die USB steht schon zu lange im Fadenkreuz des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaften in halb Italien, angefangen von der Flut von Denunziationen gegen diejenigen, die gegen den Krieg und die Waffenlieferungen sind, über die Verurteilungen derjenigen, die gegen den Mord an unserem Logistikdelegierten Abd El Salam (3) während einer Mahnwache in Piacenza demonstriert haben, für die niemand bezahlt hat, bis hin zum „Fund“ einer Waffe in einem Badezimmer des nationalen USB-Verbandes, der einem Gewerkschaftsführer der Logistikbranche angelastet wird.

Es ist daher klar, dass dieser kriminelle Versuch zu verhindern versucht, dass in den Logistiklagern, an den Orten der Produktion und der Vermarktung von Waren die konfliktträchtige Klassenorganisation wächst und gestärkt wird, jene, die bei den Rechten der Arbeitnehmer keinen Millimeter nachgibt.

Die USB ruft ab der heutigen Nachtschicht für 24 Stunden einen Generalstreik im Logistiksektor aus, ruft alle ihre Verbände auf, in allen Städten Protestposten aufzustellen, und prüft mit ihren Anwälten die juristische Gegenoffensive, um dieses echte gewerkschaftsfeindliche Theorem und weitere repressiven Initiativen zu zerschlagen.

Union der Basisgewerkschaften (USB)

Fußnoten Sunzi Bingfa

1.Dachorganisation der italienischen Speditions- und Logistikdienstleister

2.Praxis der sklavenähnlichen Ausbeutung von ('illegalen') Migrant*innen in der Landwirtschaft. Dagegen gab es zahlreiche Kämpfe, bei denen die Basisgewerkschaften eine zentrale Rolle in der Organisation spielten.

3.siehe dazu

<https://www.derfunke.ch/html/de/deutsch/arbeiterinnenbewegung/gewerkschaften/italien-ein-arbeiter-wurde-am-streikposten-beim-gls-depot-in-piacenza-getoetet/>



Sūnzǐ Bīngfǎ wird vierwöchentlich veröffentlicht

<https://sunzibingfa.noblogs.org/>

Kontakt: Email: sunzi-bingfa@riseup.net - PGP-Key auf Anfrage

Twitter: @Sunzi_Bingfa

孫子兵法

Sūnzǐ Bīngfǎ

